

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Die Neue Welt“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sinau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband im Deutschland monatlich 1 Grembl. 1,75 Mk., 2 Exempl. 2,90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Interaktionsgebühr: die gebaltene Kolonietabelle 15 Pf., außerdem 25 Pf., im Restamteile Seite 1 Mk. Zeitungskreisliste Seite 443.

Nr. 202.

Magdeburg, Mittwoch den 30. August 1911.

22. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Flugblätter von vorgestern.

Flugblätter vergilben und zerfallen rasch. So fördern sie das schlimmste Uebel in der politischen Entwicklung: das Vergeßen. Gerade deshalb ist es nützlich, bisweilen in dieser verwirrten Literatur zu stöbern. Das putzt das Gedächtnis und zeigt Verfall wie Aufstieg klarer, als es unter den rastlos andrängenden Hindrücken des Tages möglich ist.

Dieser Tage fiel uns ein Bündel von Zentrumsflugblättern in die Hand, die wie Märchen aus uralten Zeiten anmuten, obwohl sie vor nicht gar so langer Zeit gedruckt sind. Sie stammen aus Bayern, aus den Reichstagswahlen von 1898. Da lesen wir mit Vergnügen eine „Lebensbeschreibung der verschiedenen Parteien“. Besonders höhnisch und abweisend ist die Lebensbeschreibung der Konservativen:

Sie sind die Partei der protestantischen Adligen und Großgrundbesitzer in Preußen. Sie sagen meistens „ja“ zu allem, was die Regierung verlangt, und sagen immer „ja“, wenn sie mehr Soldaten und Schiffe verlangen. Solange Bismarck den Kulturkampf gegen die katholische Kirche führte, waren die Konservativen verlässliche Kulturkämpfer. Sie wären auch gleich dabei, dem Volke das Wahlrecht zu nehmen. Die Konservativen arbeiten auch mit besonderem Eifer und ohne Rücksicht auf die übrigen Stände für die Landwirtschaft, wobei sie aber viel mehr auf den Vorteil ihrer Gegenden, der östlichen Provinzen Preußens und auf den Vorteil der Großgrundbesitzer schauen als auf den Vorteil der andern Bauern. Der preussische Bauernbund, Bund der Landwirte genannt, tragt durch die und dünn hinter der konservativen Junkerpartei einher. Mit diesen Erzpreußen mag sich ein bayrischer Mann, dem das alte Blauweiß die liebste Farbe ist, nicht an einen Tisch setzen.

Heute ist auch den bayrischen Merkmalen blaueschwarz die liebste Farbe, und sie sitzen nicht nur mit den preussischen Junkern an einem Tisch, sondern sie essen mit ihnen aus einer Schüssel. Nicht viel mehr als ein Duzend Jahre sind seit dieser Lebensbeschreibung verfloßen, und schon kann man sie Wort für Wort auf das Zentrum selbst anwenden. Es sagt meistens „ja“ zu allem, was die Regierung verlangt, und sagt immer „ja“, wenn sie mehr Soldaten und Schiffe verlangt. Es wäre gleich dabei, dem Volke das Wahlrecht zu nehmen, seine Agrarpolitik ist zugunsten der preussischen Großgrundbesitzer, und es tragt durch die und dünn hinter der preussischen Junkerpartei einher.

Wenn's gerade notwendig ist, redet das Zentrum auch antikemistisch. Die Antisemiten sind ja auch die Schmarotzer am schwarzblauen Block. Damals höhnte das Zentrum über sie, sie hätten noch keinen brauchbaren Gesetzesvorschlag auf die Welt gebracht. „Die Antisemiterei paßt für genügsame Schützen, die schon zufrieden sind, wenn die Büchse recht kracht, wenn sie auch die Scheibe niemals treffen.“

In den Flugblättern des heutigen Zentrums spielt die größte Rolle die Behauptung, die Sozialdemokratie sei arbeiterfeindlich, weil sie gegen die Sozialgesetze gestimmt hätte. Dieser Zentrumszorn wegen der sozialpolitischen Gesetzgebung ist erst sehr verspätet erwacht. 1898 mehrte sich das Zentrum noch mit viel Entrüstung gegen die Verleumdung, daß es selber für die Sozialgesetze gestimmt hätte. Die Bauernbündler machten den Schwarzgen damals viel zu schaffen mit der Behauptung, sie hätten für das Wappergesetz (Mitter- und Invaliditätsgesetz) gestimmt, das die Bauern so viel Geld kostete und ihnen so viel Schererei bereitete. Grimmig bemerkt darauf ein Flugblatt des Zentrums:

Wie steht es da mit der Wahrheit? Das Gesetz wurde am 24. Mai 1889 mit 185 gegen 165 Stimmen, also mit 20 Stimmen Mehrheit, im Reichstag angenommen. Vom Zentrum stimmten 75 Mann dagegen, 13 dafür, 4 Zentrumsleute waren krank, 2 beurlaubt und 8 fehlten ohne Entschuldigung. Das Zentrum ist also in seiner übergroßen Mehrheit (75 Mann) gegen das Wappergesetz gewesen. Daß die 13 Zentrumsabgeordneten, die sich bei der Abstimmung vom Zentrum getrennt hatten, abkommandiert worden seien, ist reiner Schwachsinn, ein Märchen für die politische Kinderstube. Denn erstens sind die 13 zu jeder Zeit und aus innerster Ueberzeugung für das Wappergesetz gewesen und haben zu jeder Zeit scharfen Widerspruch von Seite der Zentrumsmehrheit gefunden. Fürs zweite ließ sich das Ergebnis der Abstimmung überhaupt nicht im voraus berechnen, da bei jeder größeren Partei in dieser Frage Uneinigkeit herrschte, und ein Teil entweder gar nicht oder anders stimmte als seine Parteifreunde.

Das Zentrum verteidigte 1898 auch die Herabsetzung der Zölle. Es hatte für die Capribischen Handelsverträge gestimmt:

Der Getreidezoll kann immer nur in mäßiger Höhe gehalten werden. Wenn wir kein fremdes Getreide zu unsrer Haustür hereinlassen, lassen die andern Staaten unsere Waren zu ihrer Haustür auch nicht hinein, und dann stehen die Fabriken still und die Arbeiter können mit dem Bettelsteden in der Hand spazieren gehen. Wir können auch das Auslandsgetreide nicht entbehren. Wir haben nicht so viel Getreide als wir brauchen. Deutschland muß ein Behälter seines Brotgetreides im Ausland kaufen. Die Bevölkerung wächst alle Jahre um eine halbe Million Mäuler, die alle Tage essen wollen, aber Grund und Boden wächst nicht mit, auf dem wir das Getreide bauen könnten.

Jetzt wächst die Bevölkerung jährlich um 800 000 Menschen und das Zentrum tritt für die höchsten Zölle ein.

Das Zentrum lehnte 1898 noch die Verantwortung für die Militärvorlagen ab. Es sei ganz richtig, „daß gar kein Ende mehr herausgeht mit lauter Soldaten“; aber das Zentrum sei daran nicht schuld. Noch weniger wollten die bayrischen Zentrumsleute von der Marinepolitik etwas wissen; die Bayern hatten gegen die Flottenvorlage von 1897/98 gestimmt. Im meeresfernen Bayernland herrsche fast überall im Volk eine große Abneigung gegen die Marine und das Meerwasser. Inzwischen ist das Zentrum auch im Süden sogar bis zur Adirpolitik gesunken. Aber das Zentrum rühmte sich wenigstens, es habe bei der Flottenvorlage durchgesetzt, daß dem Volke mit den neuen Schiffen keine neue Steuerlast aufgeschuldet werden dürfe:

Wegen der Flotte darf die begonnene Schuldenentlastung nicht unterbrochen werden, ferner darf keine Erhöhung und Vermehrung der indirekten Reichssteuern (zum Beispiel Bier-, Branntwein-, Tabak-, Salz-, Weinsteuer) eingeführt werden. Das ist etwa nicht bloß mündlich besprochen, sondern in § 8 gesetzlich nied- und nagelfest gemacht worden.

Seitdem hat das Zentrum selbst wiederholt dieses nied- und nagelfeste Gesetz in Stücke gehauen. Die beiden vom Zentrum gemachten Reichsfinanzreformen sind ein schamloser Bruch der Flottengesetze.

In der Arbeiterpolitik rühmte sich das Zentrum seines im bayrischen Landtag angenommenen Antrags zum Koalitionsrecht, „daß Verabredungen und Vereinigungen, welche die Verbesserung der Lage der Arbeiter im Allgemeinen oder die Erlangung günstigerer Lohn- oder Arbeitsbedingungen bezwecken, nicht beschränkt werden sollen“. Jetzt fordert das Zentrum die Unterdrückung der freien Eisenbahnergewerkschaft, und hat auch schon gelegentlich für das Streikverbot der Bergarbeiter gewirkt. Das Zentrum ist ins Lager der Schamfächer übergegangen, und bei der kommenden Reform des Strafrechts wird es für alle Ausnahmefälle gegen die Arbeiterbewegung stimmen.

Schließlich ist auch in der religiös-kirchlichen Politik eine grundtätliche Wandlung eingetreten. Das deutsche Zentrum treibt nicht mehr seine Politik im Dienste der Kirche, vielmehr ist umgekehrt die katholische Kirche in Deutschland nur ein Werkzeug des Zentrums als der Partei aller reaktionär-kapitalistischen Interessen. Die Kirchenpolitik der Bischöfe ist abhängig von dem Bedürfnis und Geboten der feudalen Großgrundbesitzer und der arbeiterfeindlichen Großindustriellen.

Diese Wandlungen sind so tiefgehend, daß damit nun auch die Möglichkeit des Kampfes gegen das Zentrum ganz andre Ausichten gewinnt. Das alte Zentrum, in dem Schatzkelch der Volkspartei, mochte unüberwindlich sein; das neue Zentrum muß erbeben, sobald die sozialdemokratische Aufklärung erst einmal die schwarzen Gefilde intensiv durchackert.

Politische Uebersicht.

Magdeburg 29. August 1911.

Statt einer gleich zwei Wahlparolen.

Es ist aufgefallen, daß Wilhelm 2. in seinem Atonaer Trinkpruch auf die Provinz Schleswig-Holstein zwar der Not der Landwirte gedacht hat, daß er aber kein Wort für die übrige Bevölkerung fand, die von den Folgen der Dürre sicher stärker bedroht ist als der großgrundbesitzende Teil der Landwirtschaft. Der kaiserliche Redner, der jetzt wieder sehr fleißig von Ansprache zu Ansprache eilt, hat, wie gestern notiert wurde, das Veräumdete in Hamburg nachgeholt. Er hat dort eine Maßnahme angekündigt, die auch

für den nichtlandwirtschaftlichen Teil der Bevölkerung von hohem Interesse, wenn auch von recht zweifelhaftem Vorteil ist — eine weitere Verstärkung der deutschen Kriegsflotte.

Von den Landwirten wird der dem Adel angehörende Teil die himmlische Prüfung dieses Jahres durchgängig bei Sekt und Mustern ganz gut bestehen, für das Volk aber bleibt als Ergebnis zweier kaiserlicher Reden weiter nichts als die Aussicht auf neue Lasten!

Ein linksliberales Blatt, das es neuerdings für „politisch“ hält, seine sonst demokratischen Tendenzen recht unharmonisch mit einem ausgiebigen Kaiserfult zu verbinden, das „Berliner Tageblatt“, gibt der optimistischen Meinung Ausdruck, daß die neue Flottenrede Wilhelms 2. nicht unbedingt als Ankündigung einer neuen Marinevorlage aufgefaßt werden müßte. Sicher aber kommentiert die „Post“ die kaiserliche Ansprache richtiger, wenn sie meint:

Neben dem Ausbau des Heeres müssen wir unsere volle Aufmerksamkeit dem Ausbau der Flotte zuwenden, eine Forderung, die wir schon seit längern vertreten haben, die der Flottenverein auf sein Schild gehoben hat, und die jetzt der Kaiser in seiner Hamburger Rede unterstrichen hat.

Das Organ der Panzerplattenpatrioten hat in diesem Punkte zur Abwechslung wieder alle Ursache, mit seinem Kaiser zufrieden zu sein. Vielleicht war es schon die Voraussetzung des kommenden großen Geschäftes, die dieses Blatt beantragte, seinen Ton gegenüber dem Träger der Krone seit einiger Zeit wieder etwas herabzustimmen.

Die Stärke der deutschen Kriegsflotte und das Programm ihres Ausbaues ist durch das Flottengesetz von 1908 festgelegt worden. Danach sollten gebaut werden 1908 bis 1910 je drei Linienschiffe und zwei kleine Kreuzer, 1911 zwei Linienschiffe, zwei kleine Kreuzer, 1912 bis 1916 je ein Linienschiff, ein großer Kreuzer, zwei kleine Kreuzer und schließlich 1917 ein Linienschiff, ein großer Kreuzer und ein kleiner Kreuzer. Wenn Wilhelm 2. in Hamburg davon gesprochen hat, daß die Flotte fürderhin verstärkt werden sollte, so kann er damit nicht die programmmäßigen Neubauten, sondern nur die neue, auf Flottenvermehrung gerichtete Marinevorlage gemeint haben, die, wie man ohnehin weiß, schon längst für das Jahr 1912 geplant ist. Man muß damit rechnen, daß dem neugewählten Reichstag eine solche Vorlage unmittelfach nach seinem Zusammentritt zugehen wird, wenn anders nicht der Wahlausfall den verbindeten Regierungen die Lust an solchen Experimenten gründlich verdirbt.

Die kaiserliche Ankündigung einer neuen Flottenvorlage ist zugleich auch die Antwort auf die von England ausgehenden, von der internationalen Sozialdemokratie lebhaft geförderten Bestrebungen, dem sich ins Maßlose steigenden Wettbewerb der Rüstungen durch gegenseitiges Uebereinkommen Einhalt zu gebieten. Sie zertrümmert auch den kleinen Fortschritt, der nach dieser Richtung schon gemacht worden ist. Bis jetzt konnte nämlich die englische Regierung gegenüber den Flottenforderungen der konservativen Opposition darauf hinweisen, daß das deutsche Flottenprogramm bis 1917 gesetzlich festgelegt sei. Jetzt muß man in England damit rechnen, daß das Gesetz von 1908 im nächsten Jahre schon wieder umgeworfen werden wird, und es besteht kein Zweifel daran, daß die jingoistische Flottenpropaganda sich diesen Sachverhalt in ausgiebigster Weise zunutze machen wird.

Wir können der internationalen Flottenvermehrung, für die durch die Hamburger Rede das Signal gegeben ist, nur die Tatsache entgegenhalten, daß es die deutschen Wähler sind, die zunächst über die angekündigte Vorlage ihr Votum abzugeben haben werden. Mag es so ausfallen, daß den internationalen Flottenpatrioten die Freude verdorben und einer vernünftigen, dem Wohl aller Völker dienenden Verständigung der Weg geebnet wird!

Der schwarzblaue Block hat aber nicht genug mit dieser kaiserlichen Wahlparole. Er hat mittlerweile schon eine eigne ausgeheckt. Martin Erzberger, der kleine Zentrumsdemagoge, hat sich in Reden und Zeitungsartikeln mit mühenenden Denunziationen auf die bekannte Rede des Genossen Däumig geworfen, in der gewisse Eventualitäten des Kriegsfalles erörtert worden sind. Er fordert von der Regierung „Vorschläge zur Niederwerfung revolutionärer Bestrebungen“ und findet dafür den unbedenklichen Beifall der „Deutschen Tageszeitung“, die da schreibt:

Der Abgeordnete Erzberger hat durchaus recht. Wir sind nach den Erfahrungen der letzten Zeit zu der Ueberzeugung gekommen, daß die bestehenden Gesetze tatsächlich nicht mehr ausreichen. Sie müssen ergänzt und verschärft werden. Derartige Verschärfungen und Ergänzungen

Winnen aber nicht von Parteien in irgendwelcher Weise beantragt oder angeregt werden; es ist vielmehr Sache, Aufgabe und Pflicht der verbündeten Regierungen, Vorschläge zu machen... Nach den Ausführungen des genannten Abgeordneten darf wohl gehofft werden, daß das Zentrum künftig in seine Mitwirkung bei einer Verschärfung der bestehenden Gesetze nicht versagen wird.

Das Zentrum mit den Agrarkonservativen Arm in Arm für ein neues Sozialistengesetz! Dieses Bild verdient für die kommenden Wahlen ebenso festgehalten zu werden wie die Hamburger Flottenrede des Kaisers. Neue Kasten, neue Unterdrückungen der politischen Freiheit, das sind die Aussichten, die die regierenden Mächte dem deutschen Volke für die kommende neue Gesetzgebungsperiode des Reichstags eröffnen!

Das sind aber zugleich auch Wahlparolen, wie sie sich die Sozialdemokratie nicht besser wünschen kann. Sie wird kämpfen gegen Flottenverstärkung und Umsturzvorlage, für Herabsetzung der Militärlasten, für volle Demokratie und Freiheit des Wortes! Wäre es die Absicht unsrer blauschwarzen Gegner, immer und immer wieder neue Hunderttausende unter die rote Fahne zu treiben, so hätten sie ihre Wahlparolen nicht anders wählen oder unterstreichen können!

Ein Zentrumskblatt gegen Zentrumskstaten.

Die „Essener Volkszeitung“, das verbreitetste Zentrumskblatt Deutschlands, klagt in ihrer Nummer 195 bitter über die Absicht der Tabakindustriellen Westdeutschlands, sämtliche christlichen Tabakarbeiter auszusperrern, weil es in Kaldenkirchen nicht gelungen ist, zwischen den streikenden christlichen Tabakarbeitern und den Unternehmern eine Einigung herbeizuführen. Im Eifer des Wädoyers für die Sache der christlichen Tabakarbeiter läßt sich das Blatt zu folgender netten Kennzeichnung der Reichsfinanzreform hinreißen:

Die Lage der Tabakarbeiter ist anerkanntermaßen seit der Finanzreform keine beneidenswerte. Soweit es sich übersehen läßt, haben die Fabrikanten durch anderweitige Arrangements ihrer gangbarsten Sorten längst das Publikum zum Träger der neuen Steuer gemacht. Wir können dafür genügend Beispiele anführen. Man hat die beliebtesten Zigaretten ein wenig kleiner gemacht, wie z. B. Loeser u. Wolff eine vielgefragte Marke für 10 Pfg., während die gleiche Marke in der alten Größe heute 12 Pfg. kostet, also um 20 Prozent teurer geworden ist. In ähnlicher Weise haben sich die andern Fabrikanten schadlos zu halten gewußt; man darf also getrost sagen, daß sie die neue Steuer in keiner Weise belastet. Wohl aber haben die Arbeiter, namentlich in der Zeit des Heberganges erhebliche Einbußen erlitten, und unter dem allgemeinen Druck, der auf der Tabakindustrie lastete, war an eine Aufbesserung der Lage der Arbeiter zunächst nicht zu denken. Wenn nun Tabakarbeiter mit Wunden nach Aufbesserung ihrer Einkünfte kommen, so dürfte wohl eine sorgliche Prüfung solcher Wünsche am Platze sein und es erscheint bedenklich, sie durch eine Ausperrung, zumal des friedlichsten Teiles der Arbeiter zu beantworten.

Die Beurteilungen der Finanzreform im Zentrumslager mehren sich. Die „Essener Volkszeitung“ gibt zu, daß der Steuerraubzug von 1909 auf Kosten der Arbeiter erfolgte. Sie gibt weiter zu, daß die Entschädigung der Tabakarbeiter, die entgegen dem Antrag der Sozialdemokraten vom Zentrum beschnitten wurde, eine durchaus ungenügende war. Sie gibt die Schröpfung der Konsumenten durch die Reichsfinanzreform zu und bekennet schließlich auch, daß die Arbeiter nur unter harten Kämpfen wieder zu der Lebensstellung kommen können, die sie vor der Reichsfinanzreform besaßen.

Hätte das große Zentrumskblatt dann noch hinzugefügt, daß alles dieses lediglich Folge der Zentrumspolitik ist, die die Reichen vor der Erbschaftsteuer sich hüte, dann hätte es die volle Wahrheit gesagt, was man allerdings von einem Zentrumskorgan nicht wohl erwarten kann.

Ein vornehmes Familienblatt.

Die „Post“, das neuerdings vielgenannte Organ der Scharfmacher und Kriegsbezer, sucht die Konjunktur, die es sich durch seinen berühmten Angriffskrieg auf Wilhelm 2. geschaffen hat, auch geschäftlich auszunutzen. Sie verwendet an Personen „besserer Stände“ einen auf Monumentenfing berechneten Reklamebrief und bezeichnet sich darin mit edler Weisheit als ein „vornehmes nationales Familienblatt, das in keiner Offiziers- oder Beamtenfamilie fehlen sollte“. Sie rühmt sich ferner, in der Lage zu sein, Veränderungen und Beförderungen in der Armee mindestens gleichzeitig mit den amtlichen Organen, also eventuell sogar früher als diese melden zu können. Für ihre sonstigen guten Beziehungen zeugt die Liste hervorragender Mitarbeiter, die folgende Namen enthält: Arendi, Frhr. von Jedlik, Karl Peters, Landrat v. Dawig, General der Kavallerie Frhr. v. Bernhardt, Generalleutnant v. Liebert, Generalleutnant v. Brocham.

Also ein Landrat und drei Generale, natürlich lauter tüchtige Umsturzbesämpfer, scheuen sich nicht, einem Blatte zur Reklame zu dienen, das vor 3 Wochen den Kaiser schwer beschimpfte und dafür das jubelnde Lob einiger hervorragender Stützen von Thron und Altar geerntet hat. Daß das vornehme Familienblatt täglich in bößelhafter Weise auf die Sozialdemokratie losgeht und daß es u. a. auch den Genossen Rebel mit der Ermordung bedroht hat — es gibt auch in Deutschland Charlotte Cordans; hätten Sie sich, alter Sänder! — kann natürlich für die Generale nicht ins Gewicht fallen. Die „Post“ ist aber auch dasjenige Blatt, das durch die Schärfe seiner persönlichen Angriffe auf Wilhelm 2. alle in Deutschland erscheinenden Blätter bei weitem überboten hat.

Für dieses vornehme Familienblatt, das in keinem Offiziers- oder Beamtenhaus fehlen soll, figurieren jetzt drei Generale als Reklameträger, unser ihnen — Ironie der Weltgeschichte! — der Vorsitzende des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Reffeltreiben gegen die Arbeiterturnvereine.

In Greppin, Kreis Bitterfeld, hat kürzlich ein Turnverein beschlossen, aus der Deutschen Turnerschaft auszutreten und sich „eventuell“ dem Arbeiter-Turnerbund anzuschließen. Kaum war der Austritt aus der Deutschen Turnerschaft vollzogen, so wurde der Verein, der 34 Jahre ungestört existiert hatte, am 7. August vom Amtsvorsteher aus Wolfen aufgefordert, seine Satzungen und ein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen, weil der Verein sich einer politischen Bewegung angeschlossen habe. Der Arbeiter-Turnerbund sei laut Oberverwaltungsgerichtsentscheidung eine politische Organisation.

Der Vorsitzende wies die Aufforderung zurück mit dem Bemerkten, der Verein gehöre nicht dem Arbeiter-Turnerbund an; er, der Vorsitzende sei weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert. Der Amtsvorsteher aber bestand unter Strafandrohung auf seinem Verlangen.

Nachdem am 19. August der Vorsitzende den Antrag auf Genehmigung eines Umzugs eingereicht hatte, wurde ihm noch an demselben Tage der Bescheid ausgefertigt: Der Umzug werde verboten, weil er Anlaß zu Meibereien mit den aus dem Verein Ausgetretenen geben könne. — Einem gutgesinnten Turnverein des Ortes aber wurde für Sonntag den 24. August ein Umzug gestattet. —

Aus dem Lande der Freiheit.

Aus dem Gefängnis von Wilmington im Staate Delaware wurde am 2. August Upton Sinclair mit einer Reihe anderer Männer nach 18tägiger Haft entlassen, die ihnen wegen Verletzung des Sonntagsgesetzes zuditiert worden war. Upton Sinclair, dessen Roman „Der Sumpf“ hüben wie drüben zu den meistgelesenen gehört, ist eine Zierde des amerikanischen Geisteslebens. Das Vergehen, dessen er angeklagt und schuldig befunden wurde, für das ihn der Richter im Lande der Freien mit Zwangsarbeit bestrafte, bestand darin, daß er am Sabbat — Tennis gespielt hatte. Upton Sinclair und seine Freunde mußten 7 Stunden lang in Gesellschaft von 40 schwarzen und weißen Sträflingen Steine kopfen.

In Coatesville, einer pennsylvanischen Ortschaft, gab es am 14. August eine „Show“, die wie jede andre Schau auf dem amerikanischen Jahrmakkt „reformbrechend“ war. In dem smarten Lande wird bekanntlich mindestens jeden Tag irgendwo irgendein „Reform“ gebrochen. Diesmal war's nicht der Reform auf dem Gebiete zeltföhrer Sabbatmuderei und Paffernstrijt, sondern der Lynchmörderei. Ein unglückseliger Neger war von einem Polizisten im Besitze eines Revolvers betroffen worden. Das verborgene herumtragen von Wapdaffen ist eine nationale Schwäche der Amerikaner. Großstädtische Jungen bekommen ihr Schießeschießen als Konfirmationsgeschehen. Aber der freie Bürger von schwarzem Hautfarbe muß sich schwer hüten, diese kleine Schwäche für Wapdwerkzeuge teilen zu wollen. Er soll nicht schießen, sondern höchstens geschossen werden, wenn ein weißer Gentleman — schwarze gibt's nicht — etwa mal seine Waffe probieren will.

Als der bejammernswerte Neger von Coatesville sollte wegen Tragens eines Revolvers erretiert werden und darüber knallte er den Blaurauch über den Haufen. Der Schwarze bereuete, es wäre in Nowehr geschessen. Genug, er wurde verhaftet und als Arrestant schob er sich selber eine Kugel in den Kopf.

Den sterbenden Neger schleppte dann am nächsten Tage samt seinem Sterbeshett ein tauendköpfiger Haufen, darunter sämtliche kirchengehende Honoratioren des Ortes, nach einem aus Holz und Stroh geschichteten Scheiterhaufen, und als der Schwarze sich in seiner höchsten Todesangst befreit hatte und über einen Zaun entkommen wollte, ergrißen ihn starke Männer und trieben ihn in die Flammen zurück.

Nur die Höhe des Negers blieb auf dem Platze. Die Reste des Scheiterhaufens nahmen die „besten Bürger“ des Ortes und ihre zart fühlenden, christlichen Geweisslein als Andenken mit nach Hause.

Wilmington im Staate Delaware wie Coatesville im Pennsylvanischen liegen nur einige Bahnstunden vor den Toren Neuyork's, in dessen Gafen sich die bronzene Freiheitsgöttin erhebt, deren Hadel den ganzen Erdkreis erleuchten soll. Fragt sich nur, mit welchen Strahlen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 29. August 1911.

Hohe Kartoffelpreise.

Nachdem Wochen hindurch der Ausfall der Kartoffelernte immer ungünstiger beurteilt worden war, sagt nunmehr der neueste wöchentliche Saatenstandsbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats, daß nicht nur der Ertrag bei den frühen und mittelfrühen Sorten vielfach besser ausgefallen sei, als erwartet worden war, sondern daß der Ausfall auch die späten Kartoffeln ernstlich oder doch von einer weiteren Verschlechterung bewahrt habe.

Wenn sich schon so der Bericht des deutschen Landwirtschaftsrats äußert, so kann man, meint die „Arbeitsmarkt-Korresp.“, fast mit Sicherheit annehmen, daß die Kartoffelpreise nicht so gering ausfallen, wie man es nach der Höhe der Verkaufserlöse die Stimmung, die für eine Verteuerung so geschäftig vorbereitet worden ist, auszusagen und die Kartoffelpreise auf eine Höhe hinaufzuführen, die im Hinblick auf die ärmere Bevölkerung für die der Kartoffelpreis eine wichtige Stelle für den Ernährungsaufwand spielt, ernste Bedenken erregen muß?

Die Notierungen der Kartoffelpreise in den Probiantenamtstaben ergeben gegenüber August 1910 schon eine ganz beträchtliche Steigerung. In den letzten Oktobersorten zahlte man für 100 Kilogramm im August 1910 4 bis höchstens 6 Mark, im Mai dieses Jahres 4 bis 7 Mark und im August 5 bis 8 Mark. Diese Steigerung ist schon schon, aber die meistpreußischen Orte zeigen schon eine größere Steigerung: im August vorigen Jahres notierte man 2,50 bis 3,50 Mark, im Mai 1911 3 bis 5,00 Mark und im August 6,50 bis 10 Mark. Wie sich in den verschiedenen Landesteilen die Notierungen für 100 Kilogramm im Mai 1911

1910, im Mai 1911 und im August 1911 bewegten, das ergibt nachstehende Zusammenstellung:

	August 1910	Mai 1911	August 1911
Ostpreußen	4,0—6,0	4,0—7,0	5,0—8,0
Westpreußen	2,8—5,5	3,0—5,6	6,8—10,0
Polen	4,0	3,0—5,0	—
Sachsen	3,4—5,6	3,0—5,6	7,0—11,0
Rheinland	2,5—5,0	3,7—5,0	5,8—8,0
Brandenburg	2,4—5,5	3,7—5,5	6,0—10,0
Provinz Sachsen	3,5—8,0	4,1—10,0	5,5—12,0
Schleswig-Holstein	5,2—8,0	6,0—9,0	8,5—10,0
Hannover	4,0—6,0	5,6—11,0	6,0—10,0
Westfalen	6,0—9,0	7,0—10,0	7,5—10,0
Sachsen-Massau	5,5—8,0	6,0—10,0	8,5—12,0
Baden	6,0—9,0	8,0—11,0	10,0—14,0

Es ist bei dieser Bewegung zu erwägen, daß die Preise des Monats Mai in diesem Jahre schon ziemlich hoch standen und daß mit dem Herannahen der neuen Ernte in der Regel eine Senkung der Preise zu erwarten ist. Wenn man nun im Großhandel der Preis für 1 Kilogramm Kartoffeln bis auf 12 Pfg. hinaufgeht, dann kann man sich wohl vorstellen, daß im Detailhandel der Kartoffelpreis eine Höhe erreichen muß, die den Haushalt der arbeitenden Bevölkerung ganz empfindlich berührt. Gab es doch im Juli schon Plätze, an denen der Preis für Kartoffeln ebenso hoch stand wie der Preis für 1 Kilogramm Brot! In Spandau z. B. kostete 1 Kilogramm Kartoffeln im Juni noch 8, im Juli aber 20 Pfg. Selbst wenn es sich um neue Kartoffeln handeln sollte, so ist der Preis, da alte Kartoffeln nicht mehr zu haben sind, ungewöhnlich hoch. Bromberg notierte im Juli gar 25 Pfg. In Halle a. S. zahlte man im Detailverehr 22 Pfg., in Amberg 24, in Baireuth 20, in Regensburg und Pforzheim ebenfalls 20, in Jena 24, in Weimar 20, in Straßburg und Sigmaringen gleichfalls 20 Pfg. für das Kilogramm. Das sind allerdings Plätze mit den höchsten Notierungen. Familien mit einem Wochenverbrauch von 20 bis 30 Pfund Kartoffeln kann man fast als Regel annehmen. Ob das Kilogramm nun 10 oder 20 Pfg. kostet, fällt bei den Haushaltskosten ganz merklich ins Gewicht und nötigt meist zur Einschränkung der Ausgaben für Fleisch. —

Der Kampf gegen die Nahrungsmittelverwertung, der von der gemeinsamen Kommission des Gewerkschaftsartikels und des Sozialdemokratischen Vereins aufgenommen worden ist und seinen ersten Ausbruch in der großen „Hoffjäger“-Versammlung fand, findet auch in bürgerlichen Kreisen lebhaftere Unterstüzung. Die „Demokratische Vereinigung“ hat der an sie ergangenen Einladung Folge geleistet und ein Mitglied in die Kommission delegiert. Von den übrigen eingeladenen Organisationen ist bis jetzt eine schriftliche Antwort nicht eingegangen. Das Organ der hiesigen Gewerkschaften, der „Mitteldeutsche Kurier“, hat seine Leser von den bisherigen Veranlassungen unterrichtet, nicht aber von der an sie ergangenen Einladung, an der Kommission mitzuwirken. Dafür aber bringt es im Anschluß an einen Bericht über die Konsumentenversammlung folgende Randglosse:

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß wir der Kommission und den getroffenen Maßnahmen durchaus das größte Interesse entgegenbringen. Bereits im verflassenen Jahre haben wir uns mit der Fleischsteuer befaßt und in einer Resolution von der agrarischen Gesetzgebung die Aufhebung der Fleischsteuerverbote, Öffnung der Grenzen usw. verlangt. Diese Resolutionen wollen aber herzlich wenig bezagen, wenn nicht Bürgertum und Arbeiterchaft größere Willenskundgebungen bezugen. Wir möchten deshalb an dieser Stelle betonen, daß es wohl am Platze ist, Wert darauf zu legen, daß allen derartigen Veranstaltungen der Charakter einer sozialdemokratischen Volksversammlung genommen wird. Ebenso ist es notwendig, die politischen Parteien von der Aktion auszuscheiden. Die wirtschaftlichen Verbände sind stark genug, um Hand in Hand mit dem Bürgertum die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Auch bei den Lesern des „Mitteldeutschen Kuriers“ wird diese Auslassung zweifellos den Eindruck machen, daß sie nach Gründen sucht, um die mögliche Nichtbeteiligung der „H.-D.“ zu motivieren. Gerade die Gewerkschaften sollten doch aus eigener Erfahrung wissen, daß das „Bürgertum“ keine homogene Masse darstellt, sondern in den Fragen, die bei der Teuerung zu erörtern sind, durchaus widerstrebende Interessen hat. Es gilt, alle diejenigen Kreise zu einigen, die den Preissteigerungen der Produzenten- und Händlerorganisationen entgegenzutreten und die Interessen der Konsumenten wahren wollen. Da kann von Ausschaltung politischer Parteien, die auf diesem Gebiet wirken, ernsthaft nicht die Rede sein. Vielmehr sollten die Leute vom „M. K.“ in ihren Parteien dahin wirken, daß sie mit derselben Energie dem Lebensmittelmacher entgegenzutreten, auch der Fleischüberzeugung, wie es die Sozialdemokratie stets getan hat.

Der Gesundheitszustand in Magdeburg. Der Nachweis über die in Magdeburg in der Woche vom 20. bis 26. August amtl. gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten besagt folgendes: Es wurden gemeldet: Diphtheritis: vom 13. Polizeirevier 1 Fall, vom 2. und 3. Revier je 2 Fälle, vom 4. Revier 3 vom 6., 9. und 10. Revier je 2, vom 5. Revier 5, vom 7. Revier 1 vom 8. Revier 8, vom 11. Revier 12 und 1 Todesfall, zusammen 52 Erkrankungen und 1 Todesfall. Unterleibs Typhus: vom 2., 4., 5., 11. und 12. Revier je 1 Erkrankung, vom 9. Revier 2 Erkrankungen, zusammen 7 Erkrankungen. Lungen- und Kehlkopf tuberkulose: vom 3., 6., 7. und 10. Revier je 1 Todesfall, zusammen 4 Todesfälle. Scharlach: vom 9. Revier 2 Fälle, vom 1., 6. und 8. Revier je 3, vom 12., 5. vom 1. Revier 1 Todesfall zusammen 16 Erkrankungen und 1 Todesfall. —

Die Schraff der Schulkinder. In den Volksschulen Hannovers hat eine eingehende Prüfung der Schulleistungen von Schulkindern stattgefunden, die sich auf 18 824 Knaben und Mädchen erstreckte. Auffallend war das Ergebnis insofern, als die Schulleistungen der Mädchen in denen der Knaben wesentlich nachstanden. Während nämlich die Knaben es auf eine Durchschnittsleistung von über 18 Metern brachten, waren die Mädchen im Durchschnitt schon bei 11 Metern an der Grenze ihrer Leistung angelangt. Als Ursache dieser Erscheinung ist vielleicht die Schwächung der Augen der Mädchen durch die Näharbeit anzusehen. Die Untersuchung ergab, daß auch Lage und Bauart der Schulstühle auf die Schulleistungen ausüben. Die in den Vororten und an der Peripherie der Stadt gelegenen Schulkhäuser waren teilweise für die Augen. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß dunkeläugige Personen wegen des Pigmentreichtums ihrer Netzhaut jähligere Augen hätten als die helläugigen, hat sich bei dieser Prüfung durchaus nicht bestätigt. —

Schon wieder Pigeferien. Durch die erneut eingesetzte große Hitze haben sich die Schulleiter veranlaßt gesehen, die Schulkinder und Schulkinder der hiesigen Schulen am Montag vom Unterricht die letzten Stunden zu entbinden. —

Arbeiterjugend. Der Bezirk Altstadt veranstaltet am Mittwoch einen Spezejungend. Treffpunkt 8 1/2 Uhr an der Zitadelle. Der Unterhaltungsabend für Wilhelmstadt fällt aus. — Die „Arbeiterjugend“ wird am Mittwoch abend im Arbeitersekretariat ausgegeben.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 202.

Magdeburg, Mittwoch den 30. August 1911.

22. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1911.

Gemeindevahlen.

In Baden fanden die Gemeindevahlen zum erstenmal unter dem neuen Gemeindeverfassungsgesetz statt, das die Dreiklassenwahl bestehen ließ, aber an Stelle der Zwölftelung des alt. Gesetzes die Sechstelung zur Grundlage der Klasseinteilung machte. Es wählen jetzt in der 1. Klasse $\frac{1}{6}$, in der 2. Klasse $\frac{1}{3}$ und in der 3. Klasse $\frac{1}{2}$ (nach dem alten Gesetz $\frac{1}{12}$) der Wahlberechtigten. Außerdem brachte das Gesetz den Proporz für die Wahlen der Stadtverordneten und der Stadträte. Die Wahlen fanden unter weit stärkerer Wahlbeteiligung statt, eine Folge des neuen Gesetzes. Die Einführung des Verhältniswahlsystems verhinderte es, daß wir in den Industriestädten die ganze dritte Klasse erobereten und in Pforzheim und Karlsruhe konnten wir in der zweiten Klasse unter dem Proporz nicht so viel Mandate erobern, als wir in der dritten Klasse einbüßten. Geringer kam das neue Wahlrecht in den weniger industriellen Städten der Sozialdemokratie zugute, wo bisher zumeist nur durch Kompromisse Wahlerfolge zu erzielen waren. So hatten wir z. B. früher in Freiburg 4 Stadtverordnetenmandate, jetzt haben wir deren 16 und zudem diese aus eigener Kraft. Außerdem ebnete das neue Wahlrecht der Partei den Weg in den Stadtrat, von dem die Sozialdemokratie jetzt durch das Zusammenwirken der Gegner nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

In Leipzig wurde am 6. Juli auf dem Rathaus über eine Vorlage des Magistrats verhandelt, die die Einteilung der Wahlkreise und Wahlkreisbezirke für die 3. Abteilung der Stadtverordnetenwahlen betraf. Durch diese Einteilung sollten sozialdemokratische Wahlerfolge erschwert werden. Unser Genosse verlangte die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Gemeindevahlen unter Zugrundelegung des Verhältniswahlsystems. Die gegenwärtige Mehrheit lehnte das ab und nahm die Magistratsvorlage an. Während der Verhandlungen waren das Rathaus und die Zugänge zum Rathaus von einem Heere von Polizisten besetzt. 10000 Arbeiter protestierten in der inneren Stadt durch imposante Straßenumgebungen gegen die Entrechtung der Arbeiterschaft und die den Volkswillen fälschende Wahlkreisgeometrie. Das Massenauflaufgebot von Polizei verstärkte nur den Eindruck der gelungenen Demonstration.

In Mannheim beteiligten sich unsere Genossen zum erstenmal an den Wahlmännerwahlen zur Kreiserversammlung für Mannheim-Stadt. Der Erfolg war ein glänzender. Die Sozialdemokratie eroberte 578 Wahlmänner, die Liberalen brachten es nur auf 88. Von 26 Wahlbezirken wurden 23 gewonnen. Sechs sozialdemokratische Abgeordnete zogen in die Kreiserversammlung ein. Die Wahlbeteiligung hatte durch das Eingreifen der Sozialdemokratie seit der letzten Wahl von 600 auf 5000 zugenommen.

In den Kommunalwahlen für den Regierungsbezirk Wiesbaden wurden von dem Magistrat und den Stadtverordneten der Stadt Frankfurt a. M. mit 75 bez. 72 von 79 Stimmen zum erstenmal zwei Genossen gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte entsprechend ihrer Stärke sechs Sitze verlangt, die Fortschrittler wählten aber nur zwei Genossen.

In Offenbach a. M. gelang es unsern Genossen nach einem Wahlkampf von beispielloser Schärfe zu siegen. Den Gegnern mußte ihre gehässige, persönliche Kampfesweise nichts. Die Sozialdemokratie hat damit wieder die Mehrheit im Offenbacher Stadtverordnetenkollegium. Die Wahlbeteiligung betrug über 85 Prozent.

Viktoria-Theater.

Magdeburg, 28. August.

Robert und Bertram. Die lustigen Vagabunden Gustav Maeders haben sich schon vielerlei auf der Bühne gefallen lassen müssen. Jeder doktort auf seine Art an ihnen herum, so daß sie bei jedem Auftreten ein anderes Gesicht haben. Am Montag tanzte man sie kaum wieder. Da trat ohne jeden Zusammenhang mit dem Stück ein Zaubermeister auf, der Wein in Wasser verwandelte und Wasser in Wein, aus der Luft Blumen griff und 1000 Meter Band aus dem Nichts hervorholte. Dazu plauderte er ganz angenehm. Dann teilte Bankier Zoppelmeier mit, daß er zur Erleichterung seiner Gäste das Sanneniannische Konservatorium für Musik gewonnen habe. Zoppelmeiers Diener Jod, der mit den Fremdwörtern auf dem Kriegsfuß steht, sagte freilich immer Vorkonzertorium. Es war aber nicht böse gemeint. Quertler Fräulein Hoffmann. Ein niedliches Persönchen, mit ebensolcher Stimme und Seele. Es klang ziemlich sicher und rein. Herr Erich Nothe trat als Zigeuner auf und brachte eine Violinsonate von Gänzel recht frisch zur Behör. Ihm folgte Fräulein Elsa Heinisch am Flügel und dann sang Siegfried Münker Lieder für Bass mit Klavier und Orchester, in dessen Tönen die Stimme hin und wieder verjant. Bankier Zoppelmeiers Gäste auf den Brettern und das Publikum vor der Bühne machten mit dem Vorzeichen des Uhrzeigers immer längere Gesichter. Die Schauspieler hatten aber den Vorteil voraus, hin und wieder hinter den Kulissen verschwinden zu können. Und die Nacht dieser Töne war so überwältigend, daß Walgüsse und Lakaien einträchtig auf den Hauteuils hineinwandelten. Zum Schluss dirigierte Direktor Sannemann noch zwei eigne Kompositionen für Orchester. Das „Frühlingssteden“ wurde ruhig angehört, beim „Kofferreißen“ aber traten einige Zuhörer den Takt mit und andre klatschten. Kurz vor Mitternacht ging diese sehr, sehr eigenartige Vorstellung zu Ende.

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 28. August.

Konzert im Stadttheatergarten. Das heutige Programm war ein recht inhaltreiches. Aus der sechsten Sinfonie von Joseph Haydn wurde der vierte Satz, das Finale und Allegro molto, gespielt. Wenn man erwägt, daß Haydn allein 125 Sinfonien geschrieben hat, so wird man über die Menge dieses musikalischen Stoffes staunen müssen, der sich in keiner Stelle wiederholt. Von diesen Sinfonien sind die bekanntesten. Die Sinfonie mit dem Paukenschlag, von der heute der vierte Satz auf dem Programm stand, die „Tyfoid-Sinfonie“, „La Reine“, „La Chasse“, die „Kinder-Sinfonie“ und die „mit dem Paukenschlag“. In allen tritt die heitere, fast naive und schlichte Art des Komponisten zutage, der mit den einfachsten, ja spärlichen Orchestermitteln hausbacken mußte (wie es der Etat der Esterhazyischen Kapelle zuließ), und der mit diesen Mitteln große Wirkungen erzielte. Mit einem ganz andern orchestralen Rüstzeug geht Haydn's Programm nachher Richard Wagner in seinem „Meistersinger“-Vorspiel vor. Die künstlerischen Ziele heider Kompositionen sind zwar sehr verschieden; aber die rein abstrakte, die Leitwirkung heider Werke wird die gleiche bleiben. Kapellmeister Georg Bruno brachte

Im Grazer Gemeinderat bejagt die Sozialdemokratie die Zweidrittelmehrheit, nachdem bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen zu den 11 Genossen, deren Mandat noch weiterläuft, 15 Genossen zugewählt worden sind.

Der Rixdorfer Wahlrechtsrat wurde im vorjährigen Bericht behandelt. Inzwischen hat der Bezirksausschuß erneut mit dem gegenwärtigen Vorgehen Rixdorfer Magistrats beschäftigt und auch die am 15. Juni 1910 offengelegte Wählerliste für ungültig erklärt. Das Oberverwaltungsgericht hat in der Sitzung vom 2. März das Urteil des Bezirksausschusses über die im Sommer 1907 vorgelegte Liste bestätigt und diese Wählerliste für ungültig erklärt. Der Rixdorfer Magistrat ist also selbst bei den preussischen Verwaltungsgerichten mit seinen im Interesse des Besitzbürgertums unternommenen Plänen zur Entrechtung der Arbeiterschaft abgeblitzt.

In der zweiten heftigen Kammer wurde der Ministerpräsident Ewald wegen Nichtbestätigung von sozialdemokratischen Abgeordneten zur Rede gestellt. Ewald erklärte, daß das Ministerium für die Bestätigung des Abgeordneten Eigner in Offenbach seinerzeit die Verantwortung übernommen habe. Inzwischen habe sich aber vieles geändert. Auf dem Magdeburger Parteitag habe die Sozialdemokratie offen die republikanische Parole für die Reichstagswahlen ausgegeben. Diese Äußerung des heftigen Ministerpräsidenten zeige, wie preussisch die Regierungsgeschäfte in Hessen bereits geworden sind, wo die skleralen Arm in Arm mit antisemitischen Wühlern und heftigen Nationalliberalen jede Maßregel beden, die die verfassungsgemäß zugestehende Gleichheit der Staatsbürger aufhebt.

Am 4. Mai beschloß eine in Stuttgart tagende Versammlung der organisierten Genossen von Groß-Stuttgart die Verteilung an der Oberbürgermeisterwahl durch Aufstellung eines eignen Kandidaten. Die Stuttgarter Parteileitung und die Vertrauensmännerversammlung hatten der Versammlung folgende Entschließung vorgelegt:

Die Vertrauensmännerversammlung spricht sich für eine eigene Parteikandidatur aus. Unter der Voraussetzung, daß der Kandidat die für jeden Genossen geltenden Parteitag- und Organisationsbeschlüsse grundsätzlicher Art auch für sich als bindend erachtet, spricht sich die Versammlung für die Kandidatur Dr. Lindemann aus.

Zu dieser Resolution erklärte Genosse Dr. Lindemann u. a., daß die Parteitagbeschlüsse, soweit sie ihm bekannt seien, kein Hindernis für die Übernahme einer Kandidatur seien, daß eine genaue Prüfung der lokalen Organisationsbeschlüsse ihm aber geblieben habe, daß mit ihnen die Ausübung eines Postens als Oberbürgermeister unmöglich sei, daß er volle Freiheit in der Ausübung der Repräsentationspflichten, namentlich auch im Verkehr mit der Krone als Vorbedingung für die Ausübung des Amtes betrachte. Nach eingehenden Erörterungen wurde die Resolution der Parteileitung und der Vertrauensmänner mit 387 gegen 199 Stimmen abgelehnt. Es gelangte dann folgende Resolution mit 451 gegen 115 Stimmen zur Annahme.

Die Parteiversammlung hat nach der bisherigen Wirksamkeit des Genossen Dr. Lindemann und nach seinen heutigen Ausführungen das Vertrauen zu ihm, daß er stets im Sinne unserer Bestrebungen und Forderungen tätig sein wird; sie stellt Lindemann als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl auf und wird mit aller Energie für dessen Wahl eintreten.

Der Parteivorstand wurde von dem Ergebnis der Versammlung telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Der Parteivorstand hat darauf erwidert, daß er gegen die Kandidatur Lindemanns im einzelnen habe, aber erwarte, daß Genosse Lindemann im Falle seiner Wahl die Grundzüge der Partei und die Beschlüsse der Parteitage beachte. Von dieser Ent-

beiden sehr verschiedene gearteten Autoren gleiches Interesse entgegen. Viel Anerkennung fand auch Engelbert Humperdinck's „Traumpantomime“ aus „Gänzel und Gretel“, deren Lyrik, besonders in einzelnen Teilen, nie versagt. In der Verwendung des Dreifalters ist äußerlich wefensbehaftet Richard Strauß und Heinrich Marschner, von denen der Militär- und Kriegsmarsch und die Luvertüre zur Oper „Hans Heiling“ in das Programm aufgenommen waren. Mit andern Mitteln arbeitet Leo Delibes, Adolphe Adam und Franz von Suppé. Ihre Musik entbehrt nicht des äußeren Reizes, der gefälligen Form, einer festgelegten Rhythmik und reicher Melodik. Für diese Musik ist das Publikum empfänglicher und daher eher zu Beifall geneigt, was Kapellmeister Bruno schon häufig hat erfahren müssen. Außer den angeführten Nummern waren im Programm noch Blon, Konzal, der Unvermeidliche, Johann Strauß und Roszkowsky vertreten, die am meisten verehrt wurden.

Kleines Feuilleton.

*** Was Jungmädchen wissen.** In einer Artikelserie des „Munstwarters“ handelt Hedwig Welter-Wafer von „Jungmädchenart“, die sich nach ihr besonders in einer frapierenden Vereinigung von Gegensätzen ausdrückt, von „Anschuld und Raffinement, Naivität und Koketterie, Treuebereitschaft und Bosheit, hilflosem Bündeln und intriganter Durchtriebenheit“. „In so einem Jungmädchenjenseits“, schreibt sie, „faßt das Licht des Bewußtseins von oben bis unten wie ein Scheinwerfer, läßt bald diese, bald jene Partie blitzartig aufleuchten; auf einmal scheint alles in Schärfe hervortreten zu wollen, dann verflucht es wieder in undurchdringliche Finsternis. Nie bekommt man einen verlässlichen Ueberblick des Ganzen. — Da kann man zum Beispiel fragen: Was weißt du von einem Mädchen? Der Lehrer, wenn er ein Psychologe ist, wird kaum je darüber ganz klar sein, sondern am Ende sogar zugeben, daß er von den wenigsten Mädchen seiner Klasse sicher sei, ob sie objektiv dumm sind oder geistig. Am wenigsten weiß natürlich die Kleine selber, was sie weiß. Sie könnte auch zum Beispiel vollkommen ehrlich versichern, es sei ihr unbekannt, wo die kleinen Kinder herkämen, um am nächsten Morgen einen Traum zu erzählen, der in durchsichtiger Verkennung den Vorgang nicht nur der Geburt, sondern sogar der Zeugung symbolisiert. Neben kraffer Unwissenheit der einfachsten Tatsachen gedächte da manchmal das feinste Ahnungsvermögen persönlicher Beziehungen zumal derer zwischen beiden Geschlechtern. So bezogte mir eine fünfzehnjährige alles Erntes jauchzend, daß der Mann durch sein Krächzen die Geburt eines Eies anzeige; dieselbe Naive wachte aber nachher auseinander, wie man aus dem, was Ariemild und Brundhild im Nebenlied über ihre Männer sagen, ganz gut merken könne, welche ihren Gatten liebe, welche bloß mit ihm prahle. — Einmal beobachtete ich, wie einem in derlei Sachen noch ganz kindischen Mädchen von einem etwas älteren Gymnasiasten, der sie sonst recht spöttisch behandelte, ausnahmsweise Kirchen vom Baume geholt wurden, wobei er unter dem Gelächter des kleinen Knabls zu Falle kam. Nach einiger Zeit entdeckte ich in ihrem Roestalbum unter dem Verstecktitel „Nach einem Wild“ die Verschen:

Schwarze Kirjchen, rote Kirjchen wollte einst für dich ich pflücken
Doch es brach die schwarze Leiter — seufzend lag ich auf dem Rücken.
Schwarzer Kirjchen schimmernd Dunkel: deiner Augen fische Nacht!

Scheidung wurde sofort auch dem Genossen Lindemann Mitteilung gemacht.

In Württemberg werden die Stadtverstände von der Stadtbürgerchaft in direkter Wahl gewählt. Die Stuttgarter Genossen stellten eine Parteikandidatur für die Oberbürgermeisterwahl auf, weil sie glaubten, daß die Wahl eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters unter den gegebenen Verhältnissen den Interessen des Proletariats förderlich wäre. Das war das gute Recht der Stuttgarter Genossen, wenn auch anderseits nicht verhehlt werden soll, daß einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister in der Ausübung seines Amtes die größten Schwierigkeiten entstanden wären, weil er in Stuttgart im Magistrat und im Bürgerausschuß einer bürgerlichen Mehrheit gegenübergestanden hätte. Jedoch diese Sorgen waren verfrüht. Die Gefahr eines sozialdemokratischen Sieges bei der Oberbürgermeisterwahl, bei der die relative Mehrheit entschied, rüttelte die bürgerlichen Parteien zu äußerster Kraftanstrengung auf. Die Volkspartei zog zwar ihren Kandidaten nicht zurück. Aber die Volksparteiler wählten in heißen Kämpfen den nationalliberalen Kandidaten, der mit 13 154 Stimmen siegte. Die Volkspartei vereinigte nur 3360 Stimmen auf ihren Kandidaten, während Genosse Lindemann 12 278 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung betrug 86 Prozent. Das Massenbewußtsein des Bürgertums hatte sich bewährt. Der „Württembergische Staatsanzeiger“ triumphierte, weil Stuttgart's Bürgerchaft „den politischen Auf der württembergische Staatsanzeiger“ stellte mit Genugtuung fest, daß das Bürgertum die Entscheidung selbst getroffen und sich nicht auf das Eingreifen der Staatsregierung und der Krone verlassen habe. Der Minister v. Bismarck wurde wegen dieses Artikels des „Staatsanzeigers“ am 23. Mai im Landtag zur Rede gestellt und der Redner unserer Fraktion kennzeichnete die Haltung der Regierung mit den Worten: „Die Regierung hat gezeigt, daß sie ein Organ des Klassenhaates ist.“

Trotzdem der eigentliche Wahlkampf ein sehr kurzer war — die Proklamierung der Parteikandidatur erfolgte erst 8 Tage vor dem Wahltage — hat die Partei den Wahlkampf in strenger Geschlossenheit geführt und seit den Bürgerausschufwahlen im Dezember vorigen Jahres 2059 neue Wähler gewonnen.

Mit der Bürgermeisterwahl hatten sich auch unsere Genossen in Solingen bei Solingen ernstlich zu befassen, wo wir im Gemeinderat die Mehrheit haben. Eine Konferenz der Gemeindevertreter des Stadt- und Landkreises Solingen lehnte es ab, eine Parteikandidatur für diesen Posten aufzustellen. Unter den preussischen Verhältnissen ist diese Haltung richtig. In Preußen würde die Wahl sozialdemokratischer Bürgermeister nur den Charakter einer Demonstration haben. Ein sozialdemokratischer Bürgermeister würde nicht in sein Amt eingeführt werden, sondern die Stelle würde nach wiederholter zum gleichen Ergebnis führender Wahl von einem der Regierung genehmen Affeurer besetzt werden.

Im letzten Jahre ist die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 7729 auf 8910 gestiegen.

Aus der Parteibewegung.

Kritik um der Kritik willen? In der „Leipziger Volkszeitung“ hatte die Genosin Lugenburg, wie wir seinerzeit mitteilten, lebhaften Kritik am Parteivorstand geübt, weil er nicht rechtzeitig eine Massenaktion gegen den Razoffo-Kummel veranstaltet habe. Nachdem der Parteivorstand ihrem Drängen nachgegeben und einen Aufruf zur Veranstaltung von Massenversammlungen erlassen und gleich-

Roter Kirjchen Purpurfunkteln: deiner Lippen holde Pracht,
Dran ich — ach so gern — mich labte! Doch der Worte keine Sprossen
Stets mir brachen und mein Segnen bleibt im Herzen scheu verschlossen.

So mußte die Kleine also ebenso genau wie eine 30jährige Sokette, was in der Seele des tatsächlich verliebten, wenn auch todstimmten Jungen vorgegangen war. — In einer Gesellschaft wird ein 14-jähriges, sehr begabtes, aber noch ganz kindliches Mädchen zum Vortrag eines selbstverfaßten Gedichtes aufgefordert. Neben Stolz, völlig unbesonnen, deklamiert das Kind mit Feuer zum Schrecken des Damenpublikums die folgenden, sprachlich so unreißen, und doch durch den Gefühlsrhythmus padenden Verse:

So sage ich.

Ich werde in weißem Schleier
Einher zur Kirche gehn,
Und alle Buben und Mädchen,
Die werden nach mir sehn,
Und alle Männer und Frauen
Und all die alten Leut,
Die werden nach mir schauen
Und denken vergangener Zeit.
Wo sie auch einst geschritten
Zum großen Bundesfest,
Das mit seinen Freuden und Schmerzen
Sich nicht mehr lösen läßt.
Denn jede Hochzeitsfeier
Trägt zum Bestand der Welt
Die vorbestimmte Steuer,
Damit sie nicht zerfällt.
Solange sich noch Kräfte
Verschmelzen Blut in Blut,
Solange die Schmelzflamme
Im Welkenkern nicht ruht,
Solange sich noch Kräfte
Entzünden, zeugungsstark,
Im heißen Schaffensbrange
Der Erde heißem Markt,
Solange am Schicksalsherde
Nach frische Würfel strehn,
Solange wird die Erde
Nicht modern noch vergehn!

Dasselbe Mädchen weiß in einem Jhus von Gedichten, die sie ihrer Mama widmet, der Liebe zum Kinde so warmen, ja leidenschaftlichen Ausdruck zu geben, daß eine wirkliche Mutter das Gefühl nicht ausgebildeter besitzen kann. Wie echt weiblich und von welcher merkwürdiger Reife ist der Einfall, den lieben Gott zu bitten, wenn er ihr einen Gatten bejimmert habe, diesen vor ihr sterben zu lassen, um ihn das Alleinsein zu ersparen:

... Gib mir die Last, ich bin das Weib
Und ihm das Glück.
Ich trag nicht deine Werdnot
Mit dir, für dich —
So laß mich nehmen deinen Tod
Ganz auf mich.

Weil sie nicht die Schmerzen seiner Geburt getragen habe, so wolle sie wenigstens die seines Todes erleben — die echt weibliche Verhüllung des Kindes mit dem Geliebten schon bei dieser Schwüchsten! . . .

Können aber nicht von den Parteien in irgendeiner Weise beantragt oder angeregt werden; es ist vielmehr Sache, Aufgabe und Pflicht der verbündeten Regierungen, Vorschläge zu machen... Nach den Ausführungen des genannten Abgeordneten darf wohl gehofft werden, daß das Zentrum künftighin seine Mitwirkung bei einer Verschärfung der bestehenden Gesetze nicht versagen wird.

Das Zentrum mit den Agrarkonferenztischen Arm für ein neues Sozialistengesetz! Dieses Bild verdient für die kommenden Wahlen ebenso festgehalten zu werden wie die Hamburger Plottenrede des Kaisers. Neue Kasten, neue Unterdrückungen der politischen Freiheit, das sind die Aussichten, die die regierenden Mächte dem deutschen Volke für die kommende neue Gesetzgebungsperiode des Reichstags eröffnen!

Das sind aber zugleich auch Wahlparolen, wie sie sich die Sozialdemokratie nicht besser wünschen kann. Sie wird kämpfen gegen Plottenverstärkung und Umsturzbörse, für Herabsetzung der Mißstellungs-lasten, für volle Demokratie und Freiheit des Wortes! Wäre es die Absicht unserer blauschwarzen Gegner, immer und immer wieder neue Hunderttausende unter die rote Fahne zu treiben, so hätten sie ihre Wahlparolen nicht anders wählen oder unterstreichen können!

Ein Zentrumblatt gegen Zentrumstuten.

Die „Eisener Volkszeitung“, das verbreitetste Zentrumblatt Deutschlands, klagt in ihrer Nummer 195 bitter über die Absicht der Tabakindustriellen Westdeutschlands, sämtliche christlichen Tabakarbeiter auszusperren, weil es in Kaldenkirchen nicht gelungen ist, zwischen den streikenden christlichen Tabakarbeitern und den Unternehmern eine Einigung herbeizuführen. Im Eifer des Mäddoyers für die Sache der christlichen Tabakarbeiter läßt sich das Blatt zu folgender netten Kennzeichnung der Reichsfinanzreform hinreißen:

Die Lage der Tabakarbeiter ist anerkanntermaßen seit der Finanzreform keine beneidenswerte. Soweit es sich übersehen läßt, haben die Fabrikanten durch anderweitige Arrangements ihrer gangbarsten Sorten längst das Publikum zum Träger der neuen Steuer gemacht. Wir könnten dafür genügend Beispiele anführen. Man hat die beliebtesten Zigarren ein wenig kleiner gemacht, wie z. B. Roeder u. Wolff eine vielgefragte Marke für 10 Pfg., während die gleiche Marke in der alten Größe heute 12 Pfg. kostet, also um 20 Prozent teurer geworden ist. In ähnlicher Weise haben sich die anderen Fabrikanten schadlos zu halten gesucht; man darf also getrost sagen, daß sie die neue Steuer in keiner Weise belastet. Wohl aber haben die Arbeiter, namentlich in der Zeit des Ueberganges erhebliche Einbußen erlitten, und unter dem allgemeinen Druck, der auf der Tabakindustrie lastete, war an eine Aufbesserung der Lage der Arbeiter zunächst nicht zu denken. Wenn nun Tabakarbeiter mit Wünschen nach Aufbesserung ihrer Einkünfte kommen, so dürfte wohl eine sorgfältige Prüfung solcher Wünsche am Platze sein und es erscheint bedenklich, sie durch eine Aussperrung, zumal des friedlichsten Teiles der Arbeiter zu beantworten.

Die Beurteilungen der Finanzreform im Zentrumslager mehren sich. Die „Eisener Volkszeitung“ gibt zu, daß der Steuerraubzug von 1909 auf Kosten der Arbeiter erfolgte. Sie gibt weiter zu, daß die Entschädigung der Tabakarbeiter, die entgegen dem Antrag der Sozialdemokraten vom Zentrum beschnitten wurde, eine durchaus ungenügende war. Sie gibt die Schröpfung der Konsumenten durch die Reichsfinanzreform zu und bekennt schließlich auch, daß die Arbeiter nur unter harten Kämpfen wieder zu der Lebensstellung kommen können, die sie vor der Reichsfinanzreform besaßen.

Sätze das große Zentrumblatt dann noch hinzugefügt, daß alles dieses lediglich Folge der Zentrumspolitik ist, die die Reichen vor der Erbschaftsteuer schützt, dann hätte es die volle Wahrheit gesagt, was man allerdings von einem Zentrumorgan nicht wohl erwarten kann.

Ein vornehmes Familienblatt.

Die „Post“, das neuerdings vielgenannte Organ der Scharfmacher und Kriegshelden, sucht die Konjunktur, die es sich durch seinen berühmten Angriffsartikel auf Wilhelm 2. geschaffen hat, auch geschäftlich auszunutzen. Sie verwendet an Personen „besserer Stände“ einen auf Abonnentenart berechneten Reflektierbrief und bezeichnet sich darin mit edler Bescheidenheit als ein „vornehmes nationales Familienblatt, das in keiner Dilettanz- oder Beamtenfamilie fehlen sollte“. Sie rühmt sich ferner, in der Lage zu sein, Veränderungen und Beförderungen in der Armee mindestens gleichzeitig mit den amtlichen Organen, also eventuell sogar früher als diese melden zu können. Für ihre sonstigen guten Beziehungen zeugt die Liste hervorragender Mitarbeiter, die folgende Namen enthält: Trendl, Frhr. von Zedlig, Karl Peters, Landrat v. Dewig, General der Kavallerie Frhr. v. Bernhardt, Generalleutnant v. Nebert, Generalleutnant v. Brochem.

Also ein Landrat und drei Generale, nämlich lauter tüchtige Umsturzbesämpfer, scheuen sich nicht, einem Blatte zur Reflektierbrief zu dienen, das vor 3 Wochen den Kaiser schwer beleidigte und dafür das jubelnde Lob einiger hervorragender Stützen von Thron und Altar geerntet hat. Daß das vornehme Familienblatt täglich in böselhafter Weise auf die Sozialdemokratie schimpft und daß es u. a. auch den Genossen Febel mit der Ermordung bedroht hat — „es gibt auch in Deutschland Charlotte Cordans; hüten Sie sich, elter Sünden!“ — kann natürlich für die Generale nicht ins Gewicht fallen. Die „Post“ ist aber auch dasjenige Blatt, das durch die Schärfe seiner persönlichen Angriffe auf Wilhelm 2. alle in Deutschland erscheinenden Blätter bei weitem überboten hat.

Für dieses vornehme Familienblatt, das in keinem Offiziers-, keinem Beamtenhaus fehlen soll, figurieren jetzt drei Generale als Reflektierträger, unter ihnen — Ironie der Weltgeschichte! — der Vorsitzende des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Reffeltreiben gegen die Arbeiterturnvereine.

In Greppin, Kreis Bitterfeld, hat kürzlich ein Turnverein beschloffen, aus der Deutschen Turnerschaft auszutreten und sich „eventuell“ dem Arbeiter-Turnerbund anzuschließen. Kaum war der Austritt aus der Deutschen Turnerschaft vollzogen, so wurde der Verein, der 34 Jahre ungestört existiert hatte, am 7. August vom Amtsvorsteher aus Wolkow aufgefordert, seine Satzungen und ein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen, weil der Verein sich einer politischen Bewegung angeschlossen habe. Der Arbeiter-Turnerbund sei laut Oberverwaltungsgerichtsentcheidung eine politische Organisation.

Der Vorsitzende wies die Aufforderung zurück mit dem Bemerkten, der Verein gehöre nicht dem Arbeiter-Turnerbund an; er, der Vorsitzende sei weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert. Der Amtsvorsteher aber bestand unter Strafandrohung auf seinem Verlangen.

Als dann am 19. August der Vorsitzende den Antrag auf Genehmigung eines Umzugs eingereicht hatte, wurde ihm noch an demselben Tage der Bescheid ausgefertigt: Der Umzug werde verboten, weil er Anlaß zu Reibereien mit den aus dem Verein Ausgetretenen geben könne. — Einem gutgefinnten Turnverein des Ortes aber wurde für Sonntag den 24. August ein Umzug gestattet. —

Aus dem Lande der Freiheit.

Aus dem Gefängnis von Wilmington im Staate Delaware wurde am 2. August Upton Sinclair mit einer Reihe anderer Männer nach 18tägiger Haft entlassen, die ihnen wegen Verletzung des Sonntagsgesetzes zudiktiert worden war. Upton Sinclair, dessen Roman „Der Sumpf“ hüben wie drüben zu den meistgelesenen gehört, ist eine Zierde des amerikanischen Geisteslebens. Das Vergehen, dessen er angeklagt und schuldig befunden wurde, für das ihn der Richter im Lande der Freien mit Zwangsarbeit bestrafte, bestand darin, daß er am Sabbat — Tennis gespielt hatte. Upton Sinclair und seine Freunde mußten 7 Stunden lang in Gesellschaft von 40 schwarzen und weißen Sträflingen Steine klopfen.

In Coatesville, einer pennsylvanischen Ortschaft, gab es am 14. August eine „Show“, die wie jede andere Show auf dem amerikanischen Jahrmarkt „reißend“ war. In dem smarten Lande wird bekanntlich mindestens jeden Tag irgendwo irgendein „Reform“ gebohen. Diesmal war's nicht der Reform auf dem Gebiete zeltlicher Sabbatmuderei und Kaffernjustiz, sondern der Lynchmorderei. Ein unglückseliger Neger war von einem Polizisten im Besitze eines Revolvers betroffen worden. Das verborgene Herumtragen von Wodwasser ist eine nationale Schwäche der Amerikaner. Großstädtische Jungen bekommen ihr Schieß-eisen als Konfirmationsgeschenk. Aber der freie Bürger von schwarzer Hautfarbe muß sich schwer hüten, diese kleine Schwäche für Wodwasser zu teilen zu wollen. Er soll nicht schießen, sondern höchstens geschossen werden, wenn ein weißer Gentleman — schwarze gibt's nicht — etwa mal seine Waffe probieren will.

Also der bejammerenswerte Neger von Coatesville sollte wegen Tragens eines Revolvers arretiert werden und darüber knallte er den Blaurock über den Hauften. Der Schwarze beicuerte, es wäre in Notwehr geschehen. Genug, er wurde verhaftet und als Arrestant schoß er sich selber eine Kugel in den Kopf.

Den sterbenden Neger schleppte dann am nächsten Tage samt seinem Sterbepett ein tausendköpfiger Haufen, darunter sämtliche kirchengehende Honoratioren des Ortes, nach einem aus Holz und Erdo geschichteten Scheiterhaufen, und als der Schwarze sich in seiner höchsten Todesangst befreit hatte und über einen Haun entkommen wollte, ergriffen ihn starke Männer und trieben ihn in die Flammen zurück.

Nur die Nische des Regers blieb auf dem Platze. Die Reste des Scheiterhaufens nahmen die „besten Bürger“ des Ortes und ihre ganz pflügenden, christlichen Schwelmer als Andenken mit nach Hause.

Wilmington im Staate Delaware wie Coatesville im Pennsylvanischen liegen nur einige Bahnhöfen von den Toren New-Yorks, in dessen Hafen sich die bronzene Freiheitsgöttin erhebt, deren Fackel den ganzen Erdbreis erleuchteten soll. Fragt sich nur, mit welchen Strahlen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 29. August 1911.

Hohe Kartoffelpreise.

Nachdem Wochen hindurch der Ausfall der Kartoffelernte immer ungünstiger beurteilt worden war, jagt nunmehr der neuste wöchentliche Saatenstandsbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats, daß nicht nur der Ertrag bei den besten und mittelstarken Sorten vielfach besser ausgefallen sei, als erwartet worden war, sondern daß der Regen auch die späten Kartoffeln erreicht oder doch vor einer weiteren Verhinderung bewahrt habe.

Wenn sich schon in der Bericht des deutschen Landwirtschaftsrats anzeigt, so kann man, meint die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, fast mit Sicherheit annehmen, daß die Kartoffelernte nicht so gering ausfällt, wie man es nach der Höhe der Kartoffelpreise annehmen sollte. Ist es aber ein Wunder, wenn die Verkäufer die Stimmung, die für eine Verteuerung so günstig vorkommt, zu nutzen wissen und die Kartoffelpreise auf eine Höhe hinaufschrauben, die im Hinblick auf die höhere Bevölkerung für die der Kartoffelpreis eine wichtige Rolle für den Ernährungsaufwand spielt, ernste Bedenken erregen muß?

Die Notierungen der Kartoffelpreise in den Probiantenämtern ergeben gegenüber August 1910 schon eine ganz beträchtliche Verteuerung. In den Orten Trierweilen zählte man für 100 Kilogramm im August 1910 4 bis höchstens 6 Mark, im Mai dieses Jahres 4 bis 7 Mark und im August 5 bis 8 Mark. Diese Steigerung ist schon schon, aber die wehrschwächeren Orte zeigen schon eine größere Erteuerung: im August vorigen Jahres notierte man 2,50 bis 3,50 Mark, im Mai 1911 3 bis 5,50 Mark und im August 3,50 bis 10 Mark. Wie sich in den verschiedenen Landesteilen die Notierungen für 100 Kilogramm im Mai im August

1910, im Mai 1911 und im August 1911 bewegten, das ergibt nachstehende Zusammenstellung:

	August 1910	Mai 1911	August 1911
Ostpreußen	4,0—6,0	4,0—7,0	5,0—8,0
Westpreußen	2,8—5,5	3,0—5,6	6,8—10,0
Sachsen	4,0	3,0—5,0	—
Schlesien	3,4—5,6	3,0—5,6	7,0—11,0
Rheinland	2,5—5,0	3,7—5,0	5,8—8,0
Brandenburg	2,4—5,5	3,3—5,5	6,0—10,0
Provinz Sachsen	3,5—8,0	4,1—10,0	5,5—12,0
Schleswig-Holstein	5,2—8,0	6,0—9,0	6,5—10,0
Hannover	4,0—6,0	5,6—11,0	6,0—10,0
Westfalen	6,0—9,0	7,0—10,0	7,5—10,0
Hessen-Nassau	5,5—8,0	6,0—10,0	8,5—12,0
Baden	6,0—9,0	8,0—11,0	10,0—14,0

Es ist bei dieser Bewegung zu erwägen, daß die Preise des Monats Mai in diesem Jahre schon ziemlich hoch standen und daß mit dem Herannahen der neuen Ernte in der Regel eine Senkung der Preise zu erwarten ist. Wenn man sich den Handel der Preise für 1 Kilogramm Kartoffeln bis auf 14 Pfg. hinaufgeht, dann kann man sich vorstellen, daß im Detailhandel der Kartoffelpreis eine Höhe erreichen muß, die den Haushalt der arbeitenden Bevölkerung ganz empfindlich berührt. Gab es doch im Juli schon Plätze, an denen der Preis für Kartoffeln ebenso hoch stand wie der Preis für 1 Kilogramm Brot! In Spanbau z. B. kostete 1 Kilogramm Kartoffeln im Juni noch 8, im Juli aber 20 Pfg. Selbst wenn es sich um neue Kartoffeln handeln sollte, so ist der Preis, da alle Kartoffeln nicht mehr zu haben sind, ungewöhnlich hoch. Bromberg notierte im Juli gar 25 Pfg.! In Halle a. S. zahlte man im Detailverkehr 22 Pfg., in Amberg 24, in Daireuth 20, in Regensburg und Pforzheim ebenfalls 20, in Jena 24, in Weimar 26, in Straßburg und Sigmaringen gleichfalls 20 Pfg. für das Kilogramm. Das sind allerdings Plätze mit den höchsten Notierungen. Familien mit einem Wochenverbrauch von 20 bis 30 Pfund Kartoffeln kann man fast als Regel annehmen. Ob das Kilogramm nun 10 oder 20 Pfg. kostet, fällt bei den Haushaltskosten ganz merkwürdig ins Gewicht und nötigt meist zur Einschränkung der Ausgaben für Fleisch. —

— Der Kampf gegen die Nahrungsmittelkennzeichnung, der von der gemeinsamen Kommission des Gewerkschaftskartells und des Sozialdemokratischen Vereins aufgenommen worden ist und seinen ersten Ausdruck in der großen „Spießbürger“-Versammlung fand, findet auch in bürgerlichen Kreisen lebhaftere Unterstützung. Die „Demokratische Vereinigung“ hat der an sie ergangenen Einladung Folge geleistet und ein Mitglied in die Kommission delegiert. Von den übrigen eingeladenen Organisationen ist bis jetzt eine schriftliche Antwort nicht eingegangen. Das Organ der hiesigen Gewerkschaften, der „Mitteldeutsche Kurier“, hat seine Leser von den bisherigen Veranstaltungen unterrichtet, nicht aber von der an sie ergangenen Einladung, an der Kommission mitzuwirken. Dafür aber bringt es im Anschluß an einen Bericht über die Konsumantenversammlung folgende Handlosse:

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß wir der Kommission und den getroffenen Maßnahmen durchaus das größte Interesse entgegenbringen. Bereits im verfloffenen Jahre haben wir uns mit der Fleischsteuerung befaßt und in einer Resolution von der agrarischen Gesetzgebung die Aufhebung der Fleischtransportverbote, Deckung der Grenzen usw. verlangt. Diese Resolutionen wollen aber herzlich wenig besagen, wenn nicht Bürgertum und Arbeiterschaft größere Willensanstrebungen bezogen. Wir möchten deshalb an dieser Stelle betonen, daß es wohl am Platze ist, Wert darauf zu legen, daß allen derartigen Veranstaltungen der Charakter einer sozialdemokratischen Volksversammlung genommen wird. Ebenso ist es notwendig, die politischen Parteien von der Aktion auszuschließen. Die wirtschaftlichen Verbände sind stark genug, um hand in hand mit dem Bürgertum die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Auch bei den Lesern des „Mitteldeutschen Kuriers“ wird diese Auslassung zweifellos den Eindruck machen, daß sie nach Grundens sucht, um die mögliche Mitarbeit der „S.-D.“ zu motivieren. Gerade die Gewerkschaften sollten doch aus eigener Erfahrung wissen, daß das „Bürgertum“ keine homogene Masse darstellt, sondern in den Fragen, die bei der Kennzeichnung erörtert sind, durchaus widersprechende Interessen hat. Es gilt, alle diejenigen Kreise zu einigen, die den Preissteigern der Produzenten- und Händlerorganisationen entgegenzutreten und die Interessen der Konsumenten wahren wollen. Da kann von Ausschaltung politischer Parteien, die auf diesem Gebiet wirken, ernstlich nicht die Rede sein. Vielmehr sollten die Leute vom „M. K.“ in ihren Parteien dahin wirken, daß sie mit derselben Energie dem Lebensmittelwucher entgegenzutreten, auch der Fleischsteuerung, wie es die Sozialdemokratie stets getan hat.

— Der Gesundheitszustand in Magdeburg. Der Nachweis über die in Magdeburg in der Woche vom 20. bis 26. August amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten besagt folgendes: Es wurden gemeldet: Diphtheritis: vom 13. Polizeirevier 1 Fall, vom 2. Revier je 3 Fälle, vom 4. Revier 3, vom 6. 9, und 10. Revier je 4, vom 5. Revier 5, vom 7. Revier 7, vom 8. Revier 8, vom 11. Revier 12 und 1 Todesfall, zusammen 52 Erkrankungen und 1 Todesfall. Unterleibstypthys: vom 2. 4, 5, 11, und 12. Revier je 1 Erkrankung, vom 9. Revier 2 Erkrankungen, zusammen 7 Erkrankungen. Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose: vom 3, 6, 7, und 10. Revier je 1 Todesfall, zusammen 4 Todesfälle. Scharlach: vom 9. Revier 2 Fälle, vom 1. 6, und 8. Revier je 3, vom 12. 5, vom 1. Revier 1 Todesfall, zusammen 16 Erkrankungen und 1 Todesfall. —

— Die Schikast der Schulfürder. In den Volksschulen Hannovers hat eine eingehende Prüfung der Schulleistungen von Schulfürdern stattgefunden, die sich auf 1824 Anaben und Mädchen erstreckte. Auffallend war das Ergebnis insofern, als die Schulleistungen der Mädchen in denen der Anaben wesentlich nachstanden. Während nämlich die Anaben es auf eine Durchschnittsleistung von über 13 Metern brachten, waren die Mädchen im Durchschnitt schon bei 11 Metern an der Grenze ihrer Leistungen angelangt. Als Ursache dieser Erscheinung ist vielleicht die Schwächung der Augen der Mädchen durch die Arbeit anzusehen. Die Untersuchung ergab, daß auch Lage und Bauart der Schule Einfluß auf die Schulleistungen ausübt. Die in den Vororten und an der Peripherie der Stadt gelegenen Schulfürder bieten Vorteile für die Augen. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß dunkeläugige Personen wegen des Pigmentreichtums ihrer Netzhaut härtere Augen hätten als die helläugigen, hat sich bei dieser Prüfung durchaus nicht bestätigt.

— Schon wieder Hitzeferien. Durch die erneut einsetzende große Hitze haben sich die Schulleiter veranlaßt gesehen, die Schüler und Schülerinnen der hiesigen Schulen am Montag vom Unterricht für die letzten Stunden zu entbinden. —

— Arbeiterjugend. Der Bezirk Altstadt veranstaltet am Mittwoch einen Speisegang. Treffpunkt 8½ Uhr an der Zitadelle. — Der Unterhaltungsabend für Wilhelmshafen fällt aus. — Die „Arbeiterjugend“ wird am Mittwoch abend im Arbeiterretariat ausgegeben.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 202.

Magdeburg, Mittwoch den 30. August 1911.

22. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1911.

Gemeindegewahlen.

In Baden fanden die Gemeindegewahlen zum erstenmal unter dem neuen Gemeindeverfassungsgesetz statt, das die Dreiklassenwahl bestehen ließ, aber an Stelle der Abstufung des alten Gesetzes die Schichtung zur Grundlage der Klasseneinteilung machte. Es wählten jetzt in der 1. Klasse $\frac{1}{3}$, in der 2. Klasse $\frac{1}{3}$ und in der 3. Klasse $\frac{1}{3}$ (nach dem alten Gesetz $\frac{1}{10}$) der Wahlberechtigten. Außerdem brachte das Gesetz den Proporz für die Wahlen der Stadtverordneten und der Stadträte. Die Wahlen fanden unter weit stärkerer Wahlbeteiligung statt, eine Folge des neuen Gesetzes. Die Einführung des Verhältniswahlsystems behinderte es, daß wir in den Industriestädten die ganze dritte Klasse eroberten und in Pforzheim und Karlsruhe konnten wir in der zweiten Klasse unter dem Proporz nicht so viel Mandate erobern, als wir in der dritten Klasse einbüßten. Geringer kam das neue Wahlrecht in den weniger industriellen Städten der Sozialdemokratie zugute, wo bisher zumeist nur durch Kompromisse Wahlerfolge zu erzielen waren. So hatten wir z. B. früher in Freiburg 4 Stadtverordnetenmandate, jetzt haben wir deren 16 und zudem diese aus eigener Kraft. Außerdem ebnete das neue Wahlrecht der Partei den Weg in den Stadtrat, von dem die Sozialdemokratie jetzt durch das Zusammenwirken der Gegner nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

In Leipzig wurde am 6. Juli auf dem Rathaus über eine Vorlage des Magistrats verhandelt, die die Einteilung der Wahlkreise und Wahlkreisbezirke für die 3. Abteilung der Stadtverordnetenwahlen betraf. Durch diese Einteilung sollten sozialdemokratische Wahlerfolge erschwert werden. Unser Genosse verlangte die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Gemeindegewahlen unter Zugrundelegung des Verhältniswahlsystems. Die gegenwärtige Mehrheit lehnte das ab und nahm die Magistratsvorlage an. Während der Verhandlungen waren das Rathaus und die Zugänge zum Rathaus von einem Heere von Polizisten besetzt. 10 000 Arbeiter protestierten in der inneren Stadt durch imposante Straßenumgebungen gegen die Entrechtung der Arbeiterschaft und die den Volkswillen fälschende Wahlkreisgeometrie. Das Massenauftreten der Polizei verstärkte nur den Eindruck der gelungenen Demonstration.

In Mannheim beteiligten sich unsere Genossen zum erstenmal an den Wahlmännerwahlen zur Kreisversammlung für Mannheim-Stadt. Der Erfolg war ein glänzender. Die Sozialdemokratie eroberte 578 Wahlmänner, die Liberalen brachten es nur auf 83. Von 26 Wahlbezirken wurden 23 gewonnen. Sechs sozialdemokratische Abgeordnete zogen in die Kreisversammlung ein. Die Wahlbeteiligung hatte durch das Eingreifen der Sozialdemokratie seit der letzten Wahl von 600 auf 6000 zugenommen.

In den Kommunalwahlen für den Regierungsbezirk Wiesbaden wurden von dem Magistrat und den Stadtverordneten der Stadt Frankfurt a. M. mit 75 bez. 72 von 79 Stimmen zum erstenmal zwei Genossen gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte entsprechend ihrer Stärke sechs Sitze verlangt, die Fortschrittler wählten aber nur zwei Genossen.

In Offenbach a. M. gelang es unsern Genossen nach einem Wahlkampf von beispielloser Schärfe zu siegen. Den Gegnern mußte ihre gefäßliche, persönliche Kampfesweise nichts. Die Sozialdemokratie hat damit wieder die Mehrheit im Offenbacher Stadtverordnetenkollegium. Die Wahlbeteiligung betrug über 85 Prozent.

Im Grazer Gemeinderat besiegte die Sozialdemokratie die Zweidrittelmehrheit, nachdem bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen zu den 11 Genossen, deren Mandat noch weiterläuft, 15 Genossen zugewählt worden sind.

Der Niddorfer Wahlkreisraub wurde im vorjährigen Bericht behandelt. Inzwischen ist der Bezirksausschuß erneut mit dem gegenwärtigen Vor. des Niddorfer Magistrats beschäftigt und auch die am 15. Juni 1910 offengelegte Wählerliste für ungültig erklärt. Das Oberverwaltungsgericht hat in der Sitzung vom 2. März das Urteil des Bezirksausschusses über die im Sommer 1910 angelegte Liste bestätigt und diese Wählerliste für ungültig erklärt. Der Niddorfer Magistrat ist also selbst bei den preussischen Verwaltungsgerichten mit seinem im Interesse des Wahlbürgerturns unternommenen Planen zur Entrechtung der Arbeiterschaft abgeblüht.

In der zweiten heftigen Kammer wurde der Ministerpräsident Ewald wegen Nichtbestätigung von sozialdemokratischen Beigeordneten zur Rede gestellt. Ewald erklärte, daß das Ministerium für die Bestätigung des Beigeordneten Eißner in Offenbach seinerzeit die Verantwortung übernommen habe. Inzwischen habe sich aber vieles geändert. Auf dem Magdeburger Parteitag habe die Sozialdemokratie offen die republikanische Parole für die Reichstagswahlen ausgegeben. Diese Neuerung des heftigen Ministerpräsidenten zeigen, wie preussisch die Regierungsgrundsätze in Hessen bereits geworden sind, wo die liberalen Arm in Arm mit antisemitischen Bündlern und heillosen Nationalliberalen jede Maßregel bedenken, die die verfassungsgemäß zustehende Gleichheit der Staatsbürger aufhebt.

Am 4. Mai beschloß eine in Stuttgart tagende Versammlung der organisierten Genossen von Groß-Stuttgart die Bestätigung an der Oberbürgermeisterwahl durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Die Stuttgarter Parteileitung und die Vertrauensmännerversammlung hatten der Versammlung folgende Entschliebung vorgelegt:

Die Vertrauensmännerversammlung spricht sich für eine eigene Parteikandidatur aus. Unter der Voraussetzung, daß der Kandidat die für jeden Genossen geltenden Parteitag- und Organisationsbestimmungen grundsätzlicher Art auch für sich als bindend erachtet, spricht sich die Versammlung für die Kandidatur Dr. Lindemann aus.

Zu dieser Resolution erklärte Genosse Dr. Lindemann u. a., daß die Parteitagbeschlüsse, soweit sie ihm bekannt seien, kein Hindernis für die Hebernahme einer Kandidatur seien, daß eine genaue Prüfung der lokalen Organisationsbestimmungen ihm aber gezeigt habe, daß mit ihnen die Ausübung eines Postens als Oberbürgermeister unmöglich sei, daß er volle Freiheit in der Ausübung der Repräsentationspflichten, namentlich auch im Verkehr mit der Krone als Vorbedingung für die Ausübung des Amtes betrachte. Nach eingehenden Erörterungen wurde die Resolution der Parteileitung und der Vertrauensmänner mit 337 gegen 199 Stimmen abgelehnt. Es gelangte dann folgende Resolution mit 451 gegen 115 Stimmen zur Annahme.

Die Parteiverammlung hat nach der bisherigen Wirksamkeit des Genossen Dr. Lindemann und nach seinen heutigen Ausführungen das Vertrauen zu ihm, daß er stets im Sinne unserer Bestrebungen und Forderungen tätig sein wird; sie stellt Lindemann als Kandidaten für die Stadtorfstandswahl auf und wird mit aller Energie für dessen Wahl eintreten.

Der Parteivorstand wurde von dem Ergebnis der Versammlung telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Der Parteivorstand hat darauf erwidert, daß er gegen die Kandidatur Lindemanns im einzuwenden habe, aber erwarte, daß Genosse Lindemann im Falle seiner Wahl die Grundsätze der Partei und die Beschlüsse der Parteitage beachte. Von dieser Ent-

scheidung wurde sofort auch dem Genossen Lindemann Mitteilung gemacht.

In Württemberg werden die Stadtorfstände von der Stadtbürgerchaft in direkter Wahl gewählt. Die Stuttgarter Genossen stellten eine Parteikandidatur für die Oberbürgermeisterwahl auf, weil sie glaubten, daß die Wahl eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters unter den gegebenen Verhältnissen den Interessen des Proletariats förderlich wäre. Das war das gute Recht der Stuttgarter Genossen, wenn auch andererseits nicht verhehlt werden soll, daß einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister in der Ausübung seines Amtes die größten Schwierigkeiten entständen wären, weil er in Stuttgart im Magistrat und im Bürgerausschuß einer bürgerlichen Mehrheit gegenübergestanden hätte. Jedoch diese Sorgen waren verfrüht. Die Gefahr eines sozialdemokratischen Sieges bei der Oberbürgermeisterwahl, bei der die relative Mehrheit entschied, rüttelte die bürgerlichen Parteien zu äußerster Kraftanstrengung auf. Die Volkspartei zog zwar ihren Kandidaten nicht zurück. Aber die Volksparteiler wählten in hellen Haufen den nationalliberalen Kandidaten, der mit 13 154 Stimmen siegte. Die Volkspartei vereinigte nur 3380 Stimmen auf ihren Kandidaten, während Genosse Lindemann 12 278 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung betrug 86 Prozent. Das Massenbewußtsein des Bürgerturns hatte sich bewährt. Der „Württembergische Staatsanzeiger“ triumphierte, weil Stuttgarts Bürgerchaft „den politischen Aufbruch der württembergischen Hauptstadt vor dem Neiche gerettet“ habe. Der „Württembergische Staatsanzeiger“ stellte mit Genugtuung fest, daß das Bürgerturn die Entscheidung selbst getroffen und sich nicht auf das Eingreifen der Staatsregierung und der Krone verlassen habe. Der Minister v. Bischoff wurde wegen dieses Artikels des „Staatsanzeigers“ am 23. Mai im Landtag zur Rede gestellt und der Redner unserer Fraktion kennzeichnete die Haltung der Regierung mit den Worten: „Die Regierung hat gezeigt, daß sie ein Organ des Klassenstaates ist.“

Trotzdem der eigentliche Wahlkampf ein sehr kurzer war — die Proklamierung der Parteikandidatur erfolgte erst 8 Tage vor dem Wahltag — hat die Partei den Wahlkampf in strenger Geschlossenheit geführt und seit den Bürgerausschuwahlen im Dezember vorigen Jahres 2039 neue Wähler gewonnen.

Mit der Bürgermeisterwahl hatten sich auch unsere Genossen in Höchstädt bei Solingen ernstlich zu befassen, wo wir im Gemeinderat die Mehrheit haben. Eine Konferenz der Gemeindevertreter des Stadt- und Landkreises Solingen lehnte es ab, eine Parteikandidatur für diesen Posten aufzustellen. Unter den preussischen Verhältnissen ist diese Haltung richtig. In Preußen würde die Wahl sozialdemokratischer Bürgermeister nur den Charakter einer Demonstration haben. Ein sozialdemokratischer Bürgermeister würde nicht in sein Amt eingeführt werden, sondern die Stelle würde nach wiederholter zum gleichen Ergebnis führender Wahl von einem der Regierung genehmen Affessor besetzt werden.

Im letzten Jahre ist die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 7729 auf 8910 gestiegen.

Aus der Parteibewegung.

Kritik um der Kritik willen? In der „Leipziger Volkszeitung“ hatte die Genossin Luxemburg, wie wir seinerzeit mitteilten, lebhaft Kritik am Parteivorstand geübt, weil er nicht rechtzeitig eine Massendemonstration gegen den Marzoff-Kummel veranstaltet habe. Nachdem der Parteivorstand ihrem Drängen nachgegeben und einen Aufruf zur Veranstaltung von Massenversammlungen erlassen und gleich-

Viktoria-Theater.

Magdeburg, 28. August.

Robert und Bertram. Die lustigen Vagabunden Gustav Raebers haben sich schon vielerlei auf der Bühne gefallen lassen müssen. Jeder dockert auf seine Art an ihnen herum, so daß sie bei jedem Auftreten ein anderes Gesicht haben. Am Montag tanzen man sie kaum wieder. Da trat ohne jeden Zusammenhang mit dem Stück ein Bauberkünstler auf, der Wein in Wasser verwandelt und Wasser in Wein, aus der Luft Blumen griff und 1000 Meter Band aus dem Nichts hervorjagte. Dazu plauderte er ganz angenehm. Dann teilte Bankier Zappelmeier mit, daß er zur Erheiterung seiner Gäste das Sannemannsche Konservatorium für Musik gewonnen habe. Zappelmeiers Diener Jack, der mit den Fremdwörtern auf dem Kriegsfuß steht, sagte freilich immer Musiksanatorium. Es war aber nicht böse gemeint. Zuerst sang Krülein Hoffmann. Ein niedliches Persönchen, mit eben solcher Stimme und Seele. Es klang ziemlich sicher und rein. Herr Erich Rötze trat als Zigeuner auf und brachte eine Violinsonate von Handel recht frisch zur Gehör. Ihm folgte Krülein Elsa Heinisch am Flügel und dann sang Siegfried Münter Lieder für Bass mit Klavier und Orchester, in dessen Tönen die Stimme hin und wieder verlor. Bankier Zappelmeiers Gäste auf den Brettern und das Publikum vor der Bühne machten mit dem Vorrücken des Uhrzeigers immer längere Gesichter. Die Schauspieler hatten aber den Vorteil voraus, hin und wieder hinter den Kulissen verschwinden zu können. Und die Macht dieser Töne war so überwältigend, daß Volksgüte und Lakaien einträchtig auf den Bauberkünstler hereinwunder schrien. Zum Schluß dirigierte Direktor Sannemann noch zwei eigene Kompositionen für Orchester. Das „Frühlingsstreben“ wurde ruhig angehört, beim „Hofenreigen“ aber traten einige Zuhörer den Takt mit und andre kläfften. Kurz vor Mitternacht ging diese sehr, sehr eigenartige Vorstellung zu Ende.

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 28. August.

Konzert im Stadtheatergarten. Das heutige Programm war ein recht inhaltsreiches. Aus der sechsten Sinfonie von Joseph Haydn wurde der vierte Satz, das Finale und Allegro molto, gespielt. Wenn man erwägt, daß Sannemann allein 12 Sinfonien geschrieben hat, so wird man über die Menge dieses musikalischen Stoffes staunen müssen, der sich in seiner Stelle wiederholt. Von diesen Sinfonien sind die bekanntesten, die Sinfonie mit dem Bauberkünstler, von der heute der vierte Satz auf dem Programm stand, die „Cyclus-Sinfonie“, „La Reine“, „La Chasse“, die „Minder-Sinfonie“ und die „mit dem Bauberkünstler“. In allen tritt die heitere, fast naive und schlichte Art des Komponisten zutage, der mit den einfachsten, ja spärlichen Orchestermitteln haushaften Musik (wie es der Staat der Gieselerischen Kapelle zuließ), und der mit diesen Mitteln große Wirkungen erzielte. Mit einem ganz andern orchestralen Mittelzeug geht Haydns Programm nachher Richard Wagner in seinem „Meisterjüngler“-Vorspiel vor. Die künstlerischen Ziele beider Kompositionen sind zwar sehr verschieden; aber die rein abstrakte, die Nettowirkung beider Werke wird die gleiche bleiben. Kapellmeister Georg Bruno brachte

beiden sehr verschiednen gearteten Autoren gleiches Interesse entgegen. Viel Anerkennung fand auch Engelbert Humperdincks „Traumpantomime“ aus „Hänsel und Gretel“, deren Lyrik, besonders in einzelnen Teilen, wie versagt. In der Vertonung des Droschke's ist äußerlich weisensherwand Richard Strauß und Heinrich Marschner, von denen der Militär- und Kriegsmarsch und die Ouvertüre zur Oper „Hans Heiling“ in das Programm aufgenommen waren. Mit andern Mitteln arbeitet Leo Delibes, Adolphe Adam und Franz von Suppé. Ihre Musik entbehrt nicht des äußeren Reizes, der gefälligen Form, einer festgefühten Rhythmik und reicher Melodik. Für diese Musik ist das Publikum empfänglicher und daher eher zu Beifall geneigt, was Kapellmeister Bruno schon häufig hat erfahren müssen. Außer den angeführten Nummern waren im Programm noch Blon. Konzal, der Unvermeidliche, Johann Strauß und Mozakowsky vertreten, die am meisten verehrt wurden.

Kleines Feuilleton.

Was Jungmädchen wissen. In einer Artikelserie des „Kunstwart“ handelt Hedwig Venzler-Wafer von „Jungmädchenart“, die sich nach ihr besonders in einer fräuleinartigen Vereinnahmung von Gegenständen ausdrückt, von „Anschuld und Raffinement, Naivität und Koketterie, Treuebereitschaft und Bosheit, hilflosem Hindernis und intriganter Durchtriebenheit“. „In so einem Jungmädchenleben“, schreibt sie, „fädelst das Licht des Bewußtseins von oben bis unten wie ein Scheinwerfer, läßt bald diese, bald jene Partie blühartig aufleuchten; auf einmal scheint alles in Felle hervortreten zu wollen, dann verlischt es wieder in undurchdringliche Finsternis. Sie bekommt man einen verlässlichen Heberblick des Ganzen. — Da kann man zum Beispiel fragen: Was weiß ich ein Mädchen? Der Lehrer, wenn er ein Psychologe ist, wird kaum je darüber ganz klar sein, sondern am Ende sogar zugeben, daß er von den wenigsten Mädchen seiner Klasse sicher sei, ob sie objektiv dumme sind oder geistig. Am wenigsten weiß natürlich die Kleine selber, was sie weiß. Sie könnte auch zum Beispiel vollkommen ehrlich versichern, es sei ihr unbekannt, wo die kleinen Kinder herkämen, um am nächsten Morgen einen Traum zu erzählen, der in durchsichtiger Beschreibung den Vorgang nicht nur der Geburt, sondern sogar der Zeugung symbolisiert. Neben großer Unwissenheit der einfachsten Tatsachen gedeiht da manchmal das feinste Ahnungsvermögen persönlicher Beziehungen zumal derer zwischen beiden Geschlechtern. So bezogte mit eine fünfzehnjährige alles Erntes schriftlich, daß der Mann durch sein Krabben die Geburt eines Eies anzeige; dieselbe Naive mußte aber nachher auseinanderziehen, wie man aus dem, was Ariemchild und Brunhild im Abfingergedicht über ihre Männer sagen, ganz gut merken könne, welche ihren Gatten liebe, welche bloß mit ihm prahlte — Einmal beobachtete ich, wie einem in derlei Sachen noch ganz kindischen Mädchen von einem etwas ältern Gymnasialisten, der sie sonst recht spöttisch behandelte, ausnahmsweise Kirchen vom Paume geholt wurden, wobei er unter dem Gelächter des kleinen Kobolds zu Falle kam. Nach einiger Zeit entdeckte ich in ihrem Poetikalbum unter dem Verstecktitel „Nach einem Bild“ die Verschen: Schwarze Kirchen, rote Kirchen wollte einst für dich ich pflücken Doch es brach die schwarze Leiter — feugend lag ich auf dem Rücken. Schwarzer Kirchen schimmernd Dunkel: deiner Augen süße Nacht!

Roter Kirchen Purpurjunkt: deiner Lippen holde Bracht, Dran ich — ach so gern — mich labte! Doch der Worte keine Strophen Stets mir brachen und mein Sehnen bleibt im Herzen scheu verschlossen.

So mußte die Kleine also ebenso genau wie eine 30jährige Kokette, was in der Seele des tatsächlich beliebten, wenn auch todstummen Jungen vorgegangen war. — In einer Gesellschaft wird ein 14jähriges, sehr begabtes, aber noch ganz kindliches Mädchen zum Vortrag eines selbstverfaßten Gedichtes aufgefordert. Neben Stolz, völlig unbefangenen, deklamiert das Kind mit Feuer zum Schrecken des Damenpublikums die folgenden, sprachlich so unreisen, und doch durch den Gefühlshyphmus padenden Verse:

So sage ich.

Ich werde in weissem Schleier Einher zur Kirche gehn, Und alle Buben und Mädchen, Die werden nach mir sehn, Und alle Männer und Frauen Und all die alten Leut, Die werden nach mir schauen Und denken vergangener Zeit. Wo sie auch einst geschritten Zum großen Bundesfest, Das mit seinen Freuden und Schmerzen Sich nicht mehr leihen läßt. Denn jede Hochzeitsfeier Trägt zum Bestand der Welt Die vorbestimmte Steuer, Damit sie nicht zerfällt. Solange sich noch Kräfte Verschmelzen Blut in Blut, Solang die Schmiedeflamme Im Weltkern nicht ruht, Solange sich noch Kräfte Entzünden, zeugungsstark, Im heißen Schaffensdrange Der Erde tiefstem Markt, Solang am Edelfalsberde Hoch frische Würfel sehn, Solange wird die Erde Nicht modern noch vergehn!

Dasselbe Mädchen weiß in einem Rhythmus von Gedichten, die sie ihrer Mama widmet, der Liebe zum Kinde so warmen, ja leidenschaftlichen Ausdruck zu geben, daß eine wirkliche Mutter das Gefühl nicht ausgebildeter besitzen kann. Wie echt weiblich und von welcher merkwürdigen Reife ist der Einfall, den lieben Gott zu bitten, wenn er ihr einen Gatten bestimme habe, diesen vor ihr sterben zu lassen, um ihm das Alleinsein zu ersparen:

... Gib mir die Last, ich bin das Weib Und ihm das Glück. Ich trag nicht deine Werdenot Mit dir, für dich — So laß mich nehmen deinen Tod Ganz auf mich.

Weil sie nicht die Schmerzen seiner Geburt getragen habe, so wolle sie wenigstens des seines Todes erliden — die echt weibliche Verschmelzung des Kindes mit dem Geliebten schon bei dieser Halbbrüchigen! . . .

Die Weltpolitik

jetzt ein Flugblatt über „Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie“ herausgegeben hatte, setzte die Kritik der Genossin Rosa Luxemburg wiederum in derselben Schärfe und an derselben Stelle ein, nämlich in der „Leipz. Volksztg.“. Den Wert des Flugblattes glaubt sie von vornherein durch Charakteristiken zu müssen, es sei „beinahe verlorne Mühe“. Kein Wort enthalte das Flugblatt über den Zusammenhang des Wesens der Weltpolitik mit dem Kapitalismus. Wehe man aber von diesem Zusammenhang nicht aus, bleibe nur übrig, die ethische Entstellung über das Unmensliche der Kriege über „horrorisierte Kräfteverhältnisse“ und Arbeiterblut zu blättern aus der Weltpolitik. Das Flugblatt des Parteivorstandes stelle das Weltpolitikproblem ausschließlich auf den Gegensatz zwischen England und Deutschland. Nicht ein Wort auch finde sich im Flugblatt über den Zusammenhang der Marokkofrage und der inneren Politik Deutschlands. Das Flugblatt mühe sich vielmehr ab, zu beweisen, daß auch vom Standpunkt der bestehenden Klassen aus die Weltpolitik ein Blödsinn ist. Dadurch komme die sozialdemokratische Partei in die komische Lage, die eignen Interessen der Arbeiterklasse besser verstehen zu wollen als diese Klassen selbst. In die Partei übernehme damit das Amt, die kapitalistische Weltpolitik und den Militarismus statt vom proletarischen Klassenkampfstandpunkt vielmehr im Namen einer angeblichen Interessensharmonie zwischen dem Proletariat und der Masse der bestehenden Klasse zu bekämpfen. Nach dem Flugblatt des Parteivorstandes sei das große Geheimnis, dessen Unkenntnis die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland zu ihrer verfehlten Begünstigung für die Weltpolitik verleitet und dessen Kenntnis den Schlüssel zur sozialdemokratischen Stellung abgibt, die Tatsache, daß die „glänzende englische Kolonialpolitik“ ein für allemal für andre Staaten unerschwinglich sei, daß die Zeiten der jetzigen Höhe der Weltpolitik vorbei seien.

Der Name eines ganzen Flugblattes, sagt Genossin Luxemburg, gehöre dazu, um alle Eigenschaften, die in dieser Formulierung des Problems lägen, zu erörtern. In dem ganzen Flugblatt sei ferner nicht ein Wort enthalten von den Völkern, von den Eingebornen der Kolonien, von ihren Rechten, Interessen und Weiden infolge der Weltpolitik. Das Flugblatt spreche mehrmals von der „glänzenden englischen Kolonialpolitik“, ohne den periodischen Hungerstich der Indier, die Ausrottung der Eingebornen Australiens, die Mißhandlungen auf dem Rücken der ägyptischen Felleis zu erwähnen. Kein Wort werde von der beschämenden Lage des deutschen Volkes gesagt, das völlig unmäßig der Entscheidung über den Marokkoproblem harzt, nicht ein Wort von der künftigen Rolle des Reichstages und der Notwendigkeit seiner Einberufung, nicht ein Wort von dem persönlichen Regiment der Monarchie und seiner Rolle in der Weltpolitik, und schließlich — nicht ein Wort vom Sozialismus und seinen Zielen!...

Auf diese „niederschmetternde“ Kritik des Parteivorstandes-Flugblattes antwortet in der Dienstagausgabe des „Vorwärts“ in drei Spalten der Verfasser, der kein Geringerer als der allbekannteste Parteitheoretiker, Genosse Karl Kautsky selber ist. Punkt für Punkt weist Kautsky die Unhaltbarkeit der Luxemburgschen Kritik nach, um folgendermaßen zu schließen: „Wir persönlich kann es sehr gleichgültig sein, was Rosa Luxemburg über mich schreibt. Ich darf erwarten, daß man mich nach meinen Leistungen beurteilt und nicht nach dem, was Genossin Luxemburg als solche darstellt. Mit der Kolonialfrage speziell befaßte ich mich seit dreißig Jahren, ich habe in ihr von jeher den gleichen Standpunkt vertreten. Alle die theoretischen Zusammenhänge, die Genossin Luxemburg hier vermischt, habe ich seit Jahrzehnten in größeren Verhandlungen und Broschüren entwickelt und ich darf annehmen, daß auch Rosa Luxemburg nicht wenig von dem, was sie heute darüber weiß, von mir gelernt hat.“

Ich könnte also ruhig an ihrer Kritik vorbeigehen. Aber das Flugblatt erhebt nicht in meinem Namen, sondern in dem Namen der Partei. Die Partei hat es ohne Widerspruch akzeptiert, und auch Rosa Luxemburg macht dafür nicht bloß die Person des Verfassers verantwortlich, sondern benutzt es als Beweis dafür, daß die Marokkofrage und die Weltpolitik noch in unsern Reihen einer Klärung bedürfen.“

In Wirklichkeit beweise ihre Kritik, wenn sie berechtigt wäre, noch weit mehr und Schlimmeres. Wenn ihre Darstellung des Flugblattes der Wahrheit entspräche, dann wäre es so entsetzlich konfus, unzulänglich und unspezifisch, daß es eine erschreckende Verwirrung der Partei bedeutete, wenn es nicht einmündig abgelehnt worden wäre.

Niemals bedurfte unsere Partei mehr des allgemeinen Ansehens, mehr der allgemeinen Zuerkennung in ihre Klarheit und Geselligkeit, wie jetzt, und nie verdiente sie sie mehr. In keiner Frage seit dem Falle des Sozialistengesetzes ist unsere Partei so einmütig gewesen, wie jetzt in der Frage des Krieges und der Kolonialpolitik. Niemand traten mündliche prinzipielle oder tatsächliche Differenzen zutage, sondern

Eis!

Es war ein heißer Tag, ein sehr heißer Tag sogar! Die Anzeichen des Eggepreßens meinten, beinahe erlösen zu müssen — bei einer Gluthitze, wie man sie in Amerika nicht allzu selten antrifft.

Der D-Bug springt nur so über die Schienen, die das Licht der brennenden Sonne grell wiedergeben.

In dem Zugswagen des D-Zugs befindet sich eine Lady mit einem alten Herrn, der ihr Vater oder Onkel zu sein scheint. „Ich halte es nicht mehr aus“, jagte sie zu dem alten Herrn, „ich erlade. O hätte ich Eis, ein ganz klein wenig Eis. Soja, beschaffe mir Eis, ich ferbe!“

Ganz erschreckt springt der Herr auf und versucht, sie zu beruhigen.

„Eis, Eis“, winselt sie, aber nur noch leise.

Er verspricht, sein möglichstes zu tun, um etwas Eis für sie zu erlangen. Aber woher? Hier mitten auf der Strecke? Er reißt aufgeregt in dem D-Wagen hin und her und bietet dem Mitreisenden fünf Dollar für ein kleines Stückchen Eis. Niemand war, wie vorauszu sehen, zu bekommen. Bis zum dritten Wagen geht er durch und ruft fortwährend nach Eis, indem er schon zehn Dollar bietet.

Da kommt aus dem einen Abteil ein vornehm gekleideter Herr in mittleren Jahren, der sich anbietet, für zehn Dollar Eis zu besorgen. Er entwirrt sich und kommt nach drei Minuten mit einem kleinen Teller voll Eis zurück, für den er auch die bestmögliche Bezahlung erhält.

Der alte Herr eilt mit seiner Bitte zu der schmachtenden Dame und erwidert sie damit.

Doch nach fünf Minuten scheint die ganze Richtung wie beflügelt, und jemand über die große Hitze verlangt die junge Lady nach einmal Eis.

Der Herr sucht den Herrn wieder auf und bietet ihm wieder zehn Dollar für eine kleine Portion Eis.

„Ja mein lieber Herr, ich kann Ihnen leider nichts mehr geben“, erwidert er zur Antwort.

Der Herr, der den Wunsch der Dame durchaus erfüllen will, verbricht nicht. Er bietet auf hundert Dollar. Nach Anweisung dieser Summe geht er noch einmal hin, um das Eis zu beschaffen. Nachdem er das Eis gebracht hat, erhält er die hundert Dollar. Auch diesmal wieder wird die Lady herzlich erwidert. Doch kaum sind zehn Minuten verstrichen, so will sie wieder Eis haben. Aber diesmal bringt kein Herr und kein Geld des alten Herrn den andern dazu, noch einmal Eis zu holen.

Verzweifelt steht die Dame ihren Mitreisenden, ohne etwas erreicht zu haben, gegenüber.

„Komm du doch einmal mit“, sagt der alte Herr. „Deine Gegenwart wird ihm vielleicht unheimlich.“

Es gingen beide. Die heruntergekommene Dame hat und beschwert den Herrn, der vorher das Eis geliefert hatte, und hat ihm eine ungeheure Summe.

„My dear Lady, es geht beim besten Willen nicht“, antwortet er, „mehr Eis darf ich von niemandem mehr erlösen.“

Die junge Dame fiel in Ohnmacht!

Gebrüder Wolff.

höchsten Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Details. Man wünscht etwa beim Vorhand mehr Energie und größere Wachheit in der Einregung der Protestbewegung. Man mag auch mein Flugblatt kritischer finden, es solle mehr agitatorisch sein, weniger lehrhaft, oder es solle den einen oder andern Punkt noch enthalten: Solche Kritik ist am Platze und fördert nur die Sache.

Aber wenn man seinen ganzen Scharfsinn dazu anwendet, um Grundgedanken der Partei in einer Weise zu entstellen, um sie als verächtlich zu verächtlichen, daß die Welt den Eindruck erhält, jetzt in dieser entscheidenden Krise verläge die Partei vollständig, so ist es nicht bloß hilflos und unfähig und verurteilt sie ihre Grundgedanken — wenn man ohne jede Veranlassung solche unwahre Kritik übt in solchen Momenten, dann verabschiedet man sich auf das frevelhafteste gegen das Wohl der Partei.“

Sehr richtig! — Zum Parteitag in Jena nahmen die Marx'ner Genossen in einer gut besuchten Parteiverammlung Stellung. Zur Marokkofrage stellten die Genossen Auer und Kurt Eisner folgenden Antrag:

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstag und bezüglich einen Antrag auf Abänderung und Ergänzung der Reichsverfassung in folgender Richtung einzubringen:

Unter Aufnahme der bereits gestellten Anträge die konstitutionell-demokratischen Forderungen des Erfurter Programms (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswirtschaft, Entziehung über Krieg und Frieden durch die Volksherrschaft, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlicher Weise), in die Reichsverfassung zugleich als Verfassungsbestimmung eine Reichskriegssteuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften einzufügen, die im Falle eines Krieges mit dem Tage der Mobilmachung in Kraft tritt.

Nach der Begründung des Antrags durch Genossen Eisner, der in scharfen Wendungen das Treiben der Kriegsheber und das persönliche Regiment geißelte, wurde der Antrag gegen eine Stimme angenommen. Zum Parteitag delegierte die Versammlung die Genossen Franz Schmitt, Knieriem, Simmerl, Fuß und die Genossin Emilie Mauerer. —

Parteitag für Berlin und die Provinz Brandenburg. Der Parteitag trat Sonntag unter Anwesenheit von 123 Delegierten, darunter 24 aus Groß-Berlin, 53 aus der Provinz, 10 Kandidaten, 2 Reichstagsabgeordneten, ein Mitglied des Parteivorstandes, im großen Saale des Gewerkschaftshauses zusammen. Dem vom Parteisekretär Otto Wels (Berlin) erstatteten Geschäftsbericht war zu entnehmen: Das verfloßene Jahr war im allgemeinen dem Ausbau der Organisation und der Vorbereitung für die Reichstagswahl gewidmet. Der unerwartlichen Verheerung ist es zu danken, daß im Berichtsjahr neben den 164 bestehenden Ortsvereinen der Provinz noch 21 neue gegründet werden konnten. Die Mitgliederzahl der 18 Provinzvereine angehörenden Organisationen erfuhr eine Steigerung um 2654 und betrug am Schlusse des Berichtsjahrs 25 548, darunter 2320 weibliche Mitglieder. In 1382 Vereins- und 668 Volksversammlungen wurde die mündliche Agitation betrieben. Außerdem wurden 1 357 500 Flugblätter und 293 105 Broschüren unter die Landbevölkerung verteilt.

Genosse W. K. (Berlin) sprach hierauf über die Reichstagswahl. In der Diskussion wurde die Stichwahlpolitik angefaßt. Genosse Pfannkuch sprach sich in seinem Schlußwort dahin aus, daß diese Frage erst nach der Hauptschlacht entschieden werde. Es wurde hierzu ein Antrag angenommen, der die sozialdemokratische Fraktion ermahnt, im Reichstag die Einführung von amtlichen Wahlen noch vor der Neuwahl zu beantragen.

Zum Schluß referierte der Leiter der Parteischule, Genosse Schulz, über Jugendfürsorge und Sozialdemokratie. Er behandelte in seinem Vortrag sowohl die reaktionären Angriffe auf die Jugendbewegung der Arbeiterklasse, als auch die Veruche der preußischen Regierung, mit Staatsmitteln und unter Verschleierung der reaktionären Zwecke die Jugend im „nationalen Sinne“ zu beeinflussen. Nach kurzer belangloser Debatte nahm der Provinzialparteitag eine im Sinne des Referenten gehaltene Resolution an, in der hervorgehoben wird, daß unter der irreführenden gleichzeitigen Hülle eines Jugendbundes und mit heuchlerischen Mitteln die Gegner der modernen Arbeiterbewegung versuchen, zu erreichen, was ihnen bisher durch rüchardige Gesetzesbestimmungen, harte Gerichtsentscheidungen und erbitternde Polizeimaßnahmen gegen die Arbeiterjugend noch nicht gelungen ist.

Die Konferenz wählte die Genossen allerorts vor den Agenten dieses neuen reaktionären Jugendgangs, die unter den verschiedensten Verkleidungen und in den scheinbar harmlosesten Formen arbeitertätigen Einfluß auf Volksschüler, Fortbildungsschüler, Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu erlangen suchen.

Endlich nahm der Parteitag auf Antrag des Genossen Rosenfeld Stellung zu den Jagowischen Schieberlassen und nahm folgende Resolution einstimmig an:

Der Parteitag für Berlin und die Provinz Brandenburg protestiert gegen die unter dem Namen der Jagowischen Schieberklasse bekanntgewordene Aufforderung des Berliner Polizeipräsidenten an seine Beamten zur Begehung von strafbaren Handlungen und fordert zum Schutze der Bevölkerung die sofortige Aufhebung der beiden Schieberklassen.

Damit waren die Arbeiten erledigt. —

Landeskonferenz für das Herzogtum Braunschweig. Die Konferenz fand am 27. August in Langelsheim a. H. statt. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Organisationen gute Fortschritte machen. Am Schlusse des Berichtsjahrs hatten die drei Kreisorganisationen des Herzogtums einen Mitgliederbestand von 19 144, darunter 1705 Frauen. Im ganzen war eine Zunahme von 1625 Mitgliedern zu verzeichnen. Nach den Kreisberichten haben im ganzen Herzogtum Versammlungen und Vorträge stattgefunden. Zur wichtigsten Agitation auf dem Lande dient das monatlich erscheinende Blatt „Empor“, das sich auch im Berichtsjahr gut bewährt hat. Trotz der großen Hindernisse konnte das Blatt in einer monatlichen Auflage von 45 000 Exemplaren verbreitet werden. Außerdem wurden 156 000 Flugblätter und der alljährliche Leitfaden-Kalender in einer Auflage von 20 000 Exemplaren verbreitet. — Die Gemeinderatswahlen brachten im Berichtsjahr einen bedeutenden Zuwachs an Mandaten. Die Partei hat in sechs Städten 25 Abgeordnete und in 47 Landgemeinden 88 Gemeinderatsmitglieder. — Die Dokumentenzahl des „Volkspreudes“ liegt von 1909 auf 13 690. Der Bezirkssekretär Antrich hielt ein wichtiges Referat über „Organisation und Agitation“, mit besonderer Berücksichtigung der Reichstagswahlen. Genosse Dr. Jasper sprach über die bevorstehenden Landtagswahlen, die im Spätherbst noch einmal nach dem alten Gesetz stattfinden. Dilem Landtag wird ein neuer Wahlgesetzentwurf vorgelegt werden, der zwar an den Privilegien und an der Dreiklassenwahl nicht rührt, aber die direkte Wahl bringt. Damit wird der Landtag außerordentlich. In den nächsten Landtag werden dann die ersten Sozialdemokraten einzutreten. — Zum Vorsitzenden der Landesorganisation wurde wieder Genosse Heinrich Kiese (Braunschweig) gewählt. —

Gerichtliches Nachspiel einer Gemeinderatswahl. Wegen Beleidigung des Rittersmanns und Gemeindevorstehers von Dornum in einem Briefe, wurde Genosse Bierackampfer vom Hochmurer Volksklub am Sonntag vom dortigen Schöffengericht zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Das „Volksklub“ habe in satirischer Form die Ungleichberechtigung einer Gemeinderatswahl kritisiert, die zum zweitenmal erfolgte, weil allen Ritters der Gegner zum Trotz, Sozialdemokraten gewählt waren. Die Form der Kritik und der Umständen, daß der Brief nicht vom Gemeindevorstand, sondern von Bürgern ausging, führte zur Verurteilung. Der in den Protesten behauptete sozialdemokratische Dornum wurde nachträglich auch in der Gerichtsverhandlung nicht erwähnt. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Stand der Metallarbeiterausperrung in Dresden. Nach den Feststellungen sind am Sonnabend bei 34 Firmen 3794 Arbeiter ausgesperrt. Bei 14 Firmen hat die Verbandsleitung 535 Arbeiter herausgezogen. Es kommen also nicht entfernt 30 Prozent in Frage, die ausgesperrt sind, während vorher von 60 Prozent die Rede war. Bei der Firma Seidel u. Naumann, die allein 2800 Arbeiter beschäftigt, ist die Sache noch nicht geklärt, da sich dort Montag früh sämtliche Arbeiter als nicht organisiert zur Arbeit gemeldet haben. Davon werden zunächst 1000 beschäftigt, die anderen sollen benachrichtigt werden. —

Generalversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter.

kr. Berlin, 28. August, Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen mit der mündlichen Berichterstattung der beiden Gauleiter (H. J. ... und Dresden (Markredwig), ... als die Krise die Nachkriegszeit ... Die Verhandlungen begannen mit der mündlichen Berichterstattung der beiden Gauleiter (H. J. ... und Dresden (Markredwig), ... als die Krise die Nachkriegszeit ... Die Verhandlungen begannen mit der mündlichen Berichterstattung der beiden Gauleiter (H. J. ... und Dresden (Markredwig), ... als die Krise die Nachkriegszeit ...

Gauleiter Dresden, Gau Oberfranken und Oberpfalz, ist erst dreiviertel Jahr im Amte. Seit seiner Tätigkeit ist ein Zuwachs von 1831 Mitgliedern eingetreten, die Zahl steigt aber auch gegenwärtig noch beinahe. Der Verband hat dort stark mit der Hilfe christlicher Agitatoren zu tun, die mit unruhigen Häuten operieren und jede Neuerung eines Kollegen in das Gegenteil umzuwandeln. Ueberhaupt bereitet die Tätigkeit der Geistlichen der Agitation in Bayern ganz besondere Schwierigkeiten. In jedem kleinsten Orte gibt es einen kirchlichen Agitator. In Orten, in denen die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung bereits abgewirkt hat, gründen sie Gesellen-, Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, suchen die Eltern der jungen Leute in der Wohnung auf und bearbeiten sie, um alt und jung nach Möglichkeit von der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten.

In der Diskussion wurden einige Anträge gegen die Tätigkeit Hoffmanns vorgebracht, doch traten diesen Nebenher wieder andere Delegierte aus Thüringen gegenüber, die energisch für Hoffmann eintraten. Im allgemeinen wurde anerkannt, daß das Gauleitersystem sich durchaus bewährt hat und für Mitglieder und Verband von Vorteil ist. Damit war dieser Punkt erledigt.

Die Beschwerdekommission hat in 86 Sitzungen 81 Beschwerden erledigt. Jeder einzelne Verbandsinstanzen einstimmig Beschwerde erteilt. Redakteur Ziesch gab dann den Bericht über die Gewerkschaftskongresse 1908 und 1911.

In der Nachmittags Sitzung nahm die Generalversammlung die Referate der Genossen Wollmann, Drunzel und Girbig über die Fragen der Verschmelzung mit den Verbänden der Köpfer und Glasarbeiter entgegen. Die Frage hat die betreffenden Verbände schon mehrere Generalversammlungsperioden beschäftigt. Die trennenden großen Schwierigkeiten: die Klärung der Frage, ob die Köpfer zu den Bauarbeitern übergehen sollten, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bei den Köpfen, der Krankenunterstützung bei den Glasarbeitern, sind aus dem Wege geräumt. Jetzt bleibt noch eine Vorbedingung zu erfüllen, die Köpfer und Glasarbeiter stellen: die Unterfertigungen im Porzellanarbeiterverband müssen herabgesetzt werden. Diese Reduzierung des Unterfertigungswezens im Interesse der Kampffähigkeit ist aber eine Notwendigkeit selbst dann, wenn die Verschmelzung absehbar werden sollte. Ist aber das Unterfertigungswezen herabgesetzt, dann ist auch das letzte Hindernis zur Verschmelzung aus dem Wege geräumt, die für alle drei Verbände ohne weiteres eine Erhöhung der Macht, der Kampffähigkeit und Erfolges mit sich bringen würde.

Auch Drunzel und Girbig, die Vertreter der Köpfer- und Glasarbeiterverbände, sprachen für die Verschmelzung. Girbig wies besonders auf die Unternehmertätigkeit der Ausperrungen hin, die allein schon bezeuge, daß die Verschmelzung nicht eine aus dem Kopfer einzelner Organisationsleiter, sondern eine aus der Entwicklung der Verhältnisse entspringende Notwendigkeit sei. Eine Kommission soll das in Frage kommende Statut vorberaten. —

Kleine Chronik.

Eine Nachricht von dem Befreiten. Ingenieur Richter ist Sonntag nachmittag unter dem Schutze einer Abteilung türkischer Infanterie von Estafona aufbrochen. Nach Ueberschreiten der Wasserscheide zwischen dem Keris und der Wistiza hat er in einem Dorf im Tale der letzteren übernachtet, um in aller Frühe den Weitermarsch nach Karafaria fortzusetzen. Hier ist er um die Mittagstunde erwartet worden. Von Karafaria gedenkt Richter mit der Bahn nach Saloniki zu fahren, wo er um 5 Uhr abends eintreffen wird.

Schwere Automobilkatastrophe am Bodensee. Bei einer Automobilfahrt, die ein St. Galler Großkaufmann von seiner Heimatstadt nach Brezgen unternahm, stürzte das Auto, das mit einer rasenden Schnelligkeit dahinjauzte, bei Stadt am Straßenhöfchen hinab, überschlug sich und blieb total zertrümmert im Gassengraben liegen. Die beiden Angehörigen des Großkaufmanns, der Proturist Oberlin und der Buchhalter Hassli, die sich in der Gesellschaft des Kaufmanns befanden, kamen so unglücklich unter das Automobil zu liegen, daß beide in der Brustkammer eingedrückt wurde und sie schon nach wenigen Minuten der Welt aufgaben. Der Führer, dem die Schuld beigemessen wird, samt mit verhältnismäßig leichten Hautabwühlungen davon. Er bemühte sich sofort um seinen Herrn, schaffte ihn unter dem zertrümmerten Auto hervor und sorgte für seine Ueberführung nach dem konstanzer Krankenhaus. Der Kaufmann hat neben einem komplizierten Beinbruch eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen. —

Zyklon in Südrussland. Schwere Gewitter, die von einem furchtbaren Zyklon begleitet wurden, gingen über Dezza und seine Umgebung nieder. Das Unwetter währte 3 Stunden und richtete einen unbeschreiblichen Schaden an. Zahllose Dächer wurden abgetragen, Schornsteine zum Einsturz gebracht, und die Straße viele Meter hoch unter Wasser gesetzt. Der Schuppen der Asiatischen Gesellschaft wurde vollständig zerstört, die darin befindlichen Jarman-Apparate vollständig vernichtet. Durch herabfallende Ziegelsteine wurden 50 Personen so schwer verletzt, daß sie in den Krankenhäusern Aufnahme finden mußten. Im Hafen sind zahlreiche Fahrzeuge gesunken und hierbei ein ganze Anzahl Matrosen ertrunken. Durch die fortwährend herabfallenden Witter wurden 20 Personen getötet, ein ganze Anzahl durch schwere Brandwunden verlegt. —

bestimmt werden? Kaufleute werden nicht mehr zu gewinnen sein, aber Hunderte sind noch zu holen, auch in Burg. Und wenn es auch nur einige Hundert, aber nur ein Hundert werden sollten, lohnt das etwa nicht der Mühe? Wir haben uns schon manchmal mit noch weniger begnügen müssen und sind stolz gewesen, sie gewonnen zu haben. Viele Wenig machen ein Vieh. Das sollte sich jetzt jeder Arbeiter, jede Arbeiterin sagen. Wenn sich jeder zum Ziele setzt, einen Abonnenten zu gewinnen, dann ist schon ein Erfolg zu verzeichnen, ehe überhaupt die eigentliche Agitation erst begonnen hat. Das wäre eine Vorarbeit, ein Nützlich, wie es sein sollte: Also Hand ans Werk, Genossen, rüfset zur Agitation für die „Volksstimme“, dieser wichtigen Waffe der Partei im Regierungsbezirk, im Kreis und nicht zuletzt auch in Burg!

(Eine Stadtverordneten-Sitzung) findet Donnerstags nachmittags 3 Uhr statt. Die Tagesordnung zieren gar wichtige Punkte. Die Wahl des Zweiten Bürgermeisters ist vorzunehmen. Der Magistrat rückt sich über die Abänderung der Paragraphen 4 und 34 der Schlichtungsordnung. Am Schlusse findet sich auch der Antrag Blumenthal und Genossen über die Badeanstaltsbeihilfe.

Gerichtland, 29. August. (Dem Armen die Steuern, dem Reichen das Recht!) Ueber dieses Thema referierte am Reichstagsabend am Sonntag nachmittags hier vor über 400 Personen Natürlich auch wieder unter freiem Himmel. Was sind doch die Wirte nicht! Sieh so ein Geschäft aus der Nase gehen zu lassen! Das war eine Bomben-Veranstaltung. Ausnahmsweise viel Frauen befanden sich unter den Versammlungsteilnehmern. In etwa 1 1/2 stündiger äußerst wirkungsvoller Rede führte Genosse Haupt den erkrankten Fußboden die Tätigkeit des Reichstags vor. Folgender Beifall am Schluß und häufige Beifallsbezeugungen während der Rede zeigten, daß der Redner mit so mancher seiner Aufforderungen den Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte. Für den Wahlfonds gingen 24 Mark ein. Das klingende Ergebnis war gut. So muß das Stimmenergebnis bei der Wahl ausfallen. Wir hatten bei der letzten Wahl zwar schon 68 Stimmen, diesen standen aber noch 101 gegenwärtige (54 konservative und 47 freisinnige) gegenüber. Das Verhältnis muß mindestens umgekehrt werden. Es gibt aber noch sehr viel zu tun bis dahin. Wir müssen noch mehr Mitglieder für die Partei und noch viel mehr Leser der „Volksstimme“ haben. Tue ein jeder seine Schuldigkeit, dann kann es nicht fehlerhaft sein. Der gerechten Sache muß der Sieg werden. Und wenn hier wieder eine Versammlung stattfindet — daß das bald der Fall sein möge, war ausgedrügelter Wunsch der Versammelten — dann wollen wir hoffen, daß in dieser Beziehung alles stimmt. Sonst bleiben noch lange dem Armen die Steuern und dem Reichen bleibt das Recht.

Größe, 29. August. (Gemeindevertreter-Sitzung und Bürgermeisterwahl) findet am 30. August, nachmittags 4 Uhr, statt. Die Tagesordnung der Gemeindevertreterung umfaßt sieben Punkte. Um 5 Uhr findet die Bürgermeisterwahl statt.

Salzstadt, 29. August. (Sozialdemokratischer Verein.) Eine Mitgliederversammlung, in der Genosse Dr. Krohn über die „Marxoffläche“ referiert wird, findet am Donnerstag bei W. Dollmann statt.

Neuhaldensleben, 29. August. (Differenzen in der Steingutfabrik Sauer u. Koloff.) Erst vor einiger Zeit wurde ein Dreher ohne Grund entlassen, so daß Veranlassung genommen werden mußte, die Differenzen in der „Volksstimme“ bekanntzugeben. Es besteht seit dem letzten Streik bei obiger Firma eine Lohnkommission, um bei Preisfragen mit der Firma zu verhandeln. Vor 14 Tagen kam nun ein Klumpen in Frage, 17 Zentimeter hoch, 29 Zentimeter weit. Die Arbeit wurde dem betreffenden Dreher ohne vorherige Rücksprache mit der Kommission zum Preise von 1,60 Mark gegeben. Der Preis von 1,60 Mark ist ein sogenannter Stundenpreis; in anderen gleichartigen Betrieben wird das Doppelte und mehr gezahlt für diesen Artikel. Die Arbeit wurde von dem betreffenden Dreher zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß erst mit der Kommission der Preis festgelegt werden möge. Bei dieser Gelegenheit wurden die großen Klumpen eingeschaltet, welche ebenfalls schon lange ein Schmerzenskind der Dreher darstellen. Es wurde nun für die Dreher ein guter Erfolg erzielt. Die Stala veränderte sich wie folgt: 8-Klumpen, je 1,300 Mk., jetzt 1,50 Mk.; 10-Klumpen, je 1,40 Mk., jetzt 1,70 Mk.; 1000-Klumpen, je 1,50 Mk., jetzt 1,90 Mk.; 0000-Klumpen, je 1,60 Mk., jetzt 2,60 Mk. Acht Tage später kamen wieder drei neue Klumpen Dedel, und zwar „Meißlerstädte“ des Oberdrehers Prüfer. Prüfer traute sich aber selbst nicht zu, einen derartigen Dedel anzufertigen. Daraufhin wurde der Dedel abgeändert und gleichzeitig der Preis festgesetzt. Dabei wurde bemerkt: „Jetzt geht es nicht wieder so wie das letzte mal! Schließlich verlangen Sie noch mehr. Wenn Sie das nicht wollen, hören Sie auf.“ Die Kommission wurde vorkellig, aber es war bei dem bekannten schroffen Verhalten des Herrn Sauer und des Oberdrehers Prüfer nicht möglich, eine Einigung zu erzielen. Mit dem Bemerkten: „Es gibt nicht mehr, wer das nicht will, kann woanders hingehen“, wurde die Kommission abgetan. So blieb den Drehern weiter nichts übrig, als den Dedel zu sperren. Die Firma übertrug nun die Anfertigung der Dedel dem Sohne des früheren Oberdrehers Feiste, der auch beim letzten Streik der Firma seine geschätzte Kraft nicht entzog. Auf Grund dieser Vorformnisse sind in den letzten 14 Tagen sechs Dreher

entlassen worden. Es gibt Zeiten bei der Firma, wo die Dreher wegen Mangels halbe Tage nicht arbeiten können und gezwungen sind, in der Fabrik sich den Rücken auf der Scheibe lehnen zu liegen, denn das Verlassen der Fabrik während der Arbeitszeit ist verboten, auch dann, wenn nicht gearbeitet werden kann. Dann folgt wieder eine andere Zeit, wo die Dreher bis abends 11 Uhr, sogar Nächte durcharbeiten müssen, um das wieder nachzuholen, was veräumt ist, und weil die Lieferungen fertiggestellt werden sollen. In der Materie geht es nicht besser. Es ist schon vorgekommen, daß Materialen 34 Stunden arbeiten mußten. Es wäre doch angebracht, daß die Gewerbe-Inspektion ihr Augenmerk auf die Fabrik lenke. Der Oberdrehler Prüfer scheint sich bei der Firma dadurch beliebt machen zu wollen, daß er Dreher, die für neue Artikel annehmbare Preise verlangen, einfach entläßt. Hat er doch selbst erklärt, daß die Dreher bei ihm schon zu bekannte Gesichter hätten, unzufrieden und unansständig seien, am liebsten hätte er alle 14 Tage andre Leute. — Auch bei der Firma Carlens rührt es. Vor 8 Tagen wurden dort die Genossen Goldig und Hermanns entlassen. Dem Genossen Hermanns ist es bereits gelungen, anderweitig Arbeit zu kommen. Genosse Goldig ist heute noch arbeitslos und schwerlich woanders Unterkunft finden. Arbeiter, übt Solidarität!

(Ein Ausflug des Sozialdemokratischen Vereins) den Adolfsberg, dem höchsten Gipfel im städtischen Forstrevier Dueritz, fand am Sonntag nachmittags statt. Jung und alt war vertreten; die Beteiligung ließ aber dennoch zu wünschen übrig. An Unterhaltung mangelte es nicht. Der Einzug abends in die Stadt fand mit Lampen statt.

Diesdorf, 29. August. (Die Folgen der anhaltenden Hitze) machen sich jetzt auch hier bemerkbar. Ein Schüler der Knabenmittelschule wurde während der Pause vom Hitzschlag getroffen. Glücklicherweise ist eine Besserung im Befinden des Knaben zu verzeichnen. Ein weiterer Fall ereignete sich am Montag mittags. Eine ältere Dame wurde infolge der Hitze von Krämpfen befallen. Beim Aufstehen wurden auf einem Ackerstück an der Westerkühner Chaussee Kratoeffeln gefunden, welche zum Teil schon fingerlange frische Keime hatten.

(Metallarbeiter.) Die von den verschiedenen Metallarbeiter-Organisationen den Arbeitgebern überreichten Forderungen sind ziemlich alle von der Firma Steulle u. Hartung bewilligt; so die Lohnzahlung am Freitag abend und der Feierabend um 1 Stunde früher am Sonnabend. Der dadurch den in Lohn Arbeitenden entstehende Lohnausfall wird durch eine Zulage ausgeglichen.

Salzwedel, 29. August. (In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins.) die etwas besser besucht war, wurde in die Präsidialleitung der Genosse Karl Peters als Vorsitzender, Genosse Wilhelm Genz als Kassierer, Genosse Krüger als Schriftführer gewählt. Der Bildungsausschuß setzt sich zusammen aus den Genossen Karl und Paul Kubner. In die Zeitungskommission wurden ebenfalls vier Genossen gewählt. Als Landpostverkäufer für Diesdorf und Dähre werden die Genossen Herbst und Brel bestimmt. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab der Genosse Schulze, den Bericht der Kreisliste der Genosse Plant. Hierauf hielt der Genosse Fribdenau (Neuhaldensleben), der vom Bezirksvorstand im Kreise Salzwedel-Gardelegen als Wahlsekretär angestellt wird, einen instruktiven Vortrag über „Die Pflichten der Parteigenossen und -genossinnen“. In den in diesem Jahre stattfindenden Stadtverordnetenwahlen soll in nächster Zeit Stellung genommen werden. In der Erneuerung des Bürgerrechts sollen Schritte unternommen werden. Einem Antrag, bei dem Magistrat die Ueberlassung einer Abtheilung der Wählerliste der 3. Abteilung gegen Entschädigung zu beantragen, wurde zugestimmt. In der Ueberzeugung der Lebensmittel soll in einer öffentlichen Versammlung Stellung genommen werden. In die Abwehrkommission, die aus Parteigenossen und Parteimitgliedern bestehen soll, wurden die Genossen Haase, Kleinau und Scheibner gewählt. Ingeschlossen wird, die Mitgliederversammlungen an jedem zweiten Sonnabend im Monat stattfinden zu lassen. Parteigenossen! Schüttelt das Joch der Trägheit und Gleichgültigkeit ab und helfe mit arbeiten, damit die Parteibewegung im Kreise und am Orte auf ein höheres Niveau gelangt. Will die Arbeiterklasse des Lebens froh werden, frei von wirtschaftlicher Not und politischer Unwirksamkeit, so muß sie ihre Kräfte vereinen zu politischer Arbeit. In der Vereinigung liegt die Macht! Die Parteiorganisation ist das Werkzeug der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampfe. Darum vorwärts! Werbt Parteimitglieder und „Volksstimme“-Abonnenten!

Schönebeck, 29. August. (Die elektrische Kleinbahn Magdeburg-Schönebeck.) Dazu ist ein Vertrag zwischen Magdeburg und Schönebeck abgeschlossen und von den hiesigen Stadtverordneten auch genehmigt. Es bedarf nur noch einer Vereinbarung mit dem Kreise wegen Benutzung der Kreis-Chaussee. Der Vertrag ist dahingehend ausgearbeitet, daß Schönebeck die Genehmigung erteilt zur Benutzung seiner Straßen, Plätze und Brücken bis zum 1. Januar 1965 zur Anlage des Bahnkörpers und sämtlicher elektrischer Einrichtungen. Eine Strecke soll von Frohse aus in die Königstraße einmünden und dann durch die Poststraße über den Markt durch das

Salztor, die Salztor Straße entlang bis zum Ueberweg führen; die zweite Strecke wird vom Landhaus aus durch die Friedrichstraße bis zur Groß-Salzer Grenze geführt. Nach Erteilung der staatlichen Konzession muß die erste Strecke binnen einem Jahr in Angriff genommen werden, die zweite Strecke, sobald keine Rechte der jetzt bestehenden Straßenbahn auf die Benutzung der Friedrichstraße mehr vorhanden sind. Es könnte dieses durch Aufhebung des Vertrags oder Ablösung der Rechte bewerkstelligt werden. Der Vertrag gilt als aufgehoben, wenn der Betrieb auf der elektrischen Bahn länger als 4 Wochen ruhen sollte. Will Schönebeck im übrigen Stadtgebiet elektrische Bahnen anlegen, so hat Magdeburg das Recht, Angebote zu machen; soweit diese nicht unangenehm sind als andre, müssen sie angenommen werden. Schönebeck steht aber das Recht zu, eine elektrische Straßenbahn vom Bahnübergang über die Elbbrücke zu bauen und die Magdeburger bis zur Poststraße zum Betrieb zu benutzen. Das Projekt ist der Stadtgemeinde vorzulegen, welche auch berechtigt ist, die Bauausführung zu beaufsichtigen. Die Juleitung der elektrischen Kraft erfolgt durch oberirdische Leitungsdrähte. Auch müssen die eisernen Masten für die Tragdrähte nach Möglichkeit in den Baumreihen aufgestellt werden und die Stromleitungen innerhalb der Stadt mit allen Sicherheitsmaßregeln der neuesten Technik versehen sein. Die vorhandenen Ausschalter bei Unglücksfällen müssen von Kleinbahnbeamten und von städtischen Beamten bedient werden. Damit Fußgänger und Fuhrwerke nicht gefährdet werden können, müssen auch die Schienen mit dem Pflaster gleich liegen. Im Salztor sollen die Schienen auf die östliche Seite des Fahrdammes gelegt werden. Die Reinigung der Bahnteile und Strecken wird der Magdeburger Gemeinde überlassen. Nach Schönebeck wird der Fahrplan mit einem 15-Minuten-Verkehr eingerichtet. Schönebeck erhält in den ersten 3 Jahren je 600 Mark, dann weiter bis zum 11. Betriebsjahr je 1100 Mark und, sobald die Strecke Elmen mit in Betrieb gesetzt ist, noch 400 Mark mehr Entschädigung. Der Gewinnanteil darf mit Ablauf des 11. Jahres nicht unter 1500 Mark betragen. Magdeburg hat dann noch bei der hiesigen Kammereinfasse 500000 Mk. zu hinterlegen. Am 1. Januar 1965 gehen sämtliche Anlagen, welche in Orte liegen, in das Eigentum der Stadt Schönebeck über. Der Magistrat kann aber von dem Vertrag zurücktreten, wenn der Betrieb der Bahn nicht bis zum Schluß des Jahres 1915 aufgenommen ist.

(Cholera?) Drei Zugereiste sind in der Herberge in der Kaiserstraße unter Choleraverdacht gestorben. Ob der Verdacht begründet ist, muß erst die Untersuchung zeigen. Leider läßt man sich damit recht viel Zeit.

Staßfurt, 29. August. (Still ruhi der Bau.) Beim Bau des Realprogymnasiums ist der seltene Fall eines Unternehmerrstreiks eingetreten. Zwischen dem leitenden Regierungsbaumeister und dem ausführenden Baumeister Herrn Peters sind Differenzen ausgebrochen. Herr Peters hat deshalb die Arbeiter abgeholt und die kaum begonnene Arbeit eingestellt.

Wasserstände.

	+ bedeutet über, - unter Null.			
	Fier, Eger und Moldau.		Salz	Buchh
Jungbunzlau	25. August + 0,20	28. August - 0,18	-	0,02
Laun	„ „ - 0,78	„ „ - 0,45	-	0,33
Budweis	„ „ - 0,28	„ „ - 0,25	-	0,03
Prag	„ „ -	„ „ + 0,10	-	-
Ansturt und Saale.				
Straußfurt	27. August + 0,50	28. August + 0,50	-	-
Weißenselt Untp.	„ „ - 0,72	„ „ - 0,84	-	0,88
Trotha	„ „ + 1,00	„ „ + 1,06	-	0,06
Ursleben	„ „ + 0,84	„ „ -	-	-
Wernburg	„ „ - 0,10	„ „ - 0,20	0,10	-
Salze Oberpegel	„ „ + 1,22	„ „ + 1,24	0,08	-
Salze Unterpegel	„ „ - 0,70	„ „ - 0,53	-	0,17
Striezhne	„ „ - 0,45	„ „ - 0,35	-	0,10
Mulde.				
Deffau, Muldenbr.	27. August - 0,61	28. August - 0,57	-	0,04
Elbe.				
Parubitz	25. August - 0,82	26. August - 0,84	0,02	-
Brandeis	„ „ - 0,50	„ „ - 0,46	-	0,04
Melmit	„ „ + 0,18	„ „ + 0,26	-	0,08
Leitmeritz	„ „ - 1,01	„ „ - 0,99	-	0,02
Laußig	27. „ „ - 0,71	28. „ „ - 0,72	0,02	-
Dresden	„ „ - 2,22	„ „ - 2,21	-	0,01
Torgau	„ „ - 0,52	„ „ - 0,49	-	0,03
Wittenberg	„ „ + 0,39	„ „ + 0,35	0,04	-
Roßlau	„ „ - 0,29	„ „ - 0,29	-	-
Barby	„ „ - 0,18	„ „ - 0,22	0,04	-
Schönebeck	„ „ -	„ „ -	-	-
Magdeburg	28. „ „ - 0,03	29. „ „ - 0,03	-	-
Tangermünde	27. „ „ + 0,12	28. „ „ + 0,14	-	0,02
Wittenberge	„ „ - 0,23	„ „ - 0,24	0,01	-
Demitz	„ „ - 0,56	„ „ - 0,56	-	-
Boizenburg	„ „ - 0,70	„ „ - 0,71	0,01	-
Hohnsorf	„ „ - 0,63	„ „ - 0,54	0,01	-
Lauenburg	„ „ - 0,53	„ „ - 0,53	-	-

Der vorgeahnte Raub.

Vor etwa fünf Jahren erschien in Paris eine Novellen- und Skizzenammlung „La dame très-blonde“ (so genannt nach der ersten Geschichte des Buches), die das bekannte Autorpaar Mag und Alexander Fischer zu Verfasser hat und von Eugène Flammarion verlegt ist. Eine der hübschesten Novellen dieses Buches betitelt sich „L'envoi No. 5231“ und hat kein anderes Motiv als — die Entwendung der Mona Lisa (Joconda) von Leonardo da Vinci aus dem Louvre und die Konsequenzen dieses Diebstahls.

Alle Betrachtungen über die literarische Ahnungsvermögen beiseite gelassen — ist diese vor einem Jahrtausend erfolgte Ausmalung einer verbuchserischen Tat, unter deren Eindruck heute die Kunstkreise von Europa stehen, nach zwei Seiten hin denkwürdig. Müß nicht die Ueberwachung der Kunstschätze im Louvre eine notorisch schlechte gewesen sein, wenn die schalkhaften Verfasser der Satire, um die es sich hier handelt, auf dieses Motiv, das der Wirklichkeit vorgriff, gerieten? Und ist es nicht andererseits möglich, daß die ultige Novelle, die den Diebstahl ebenso anschaulich wie gemächlich schildert, die Anregung gegeben hat, Dichtung zur Wahrheit zu machen und den kosen Griff unter den gegebenen Verhältnissen zu wagen?

Die Novelle ist übrigens ein kleines Kunstwerk von ähndem Humor, und ihre Satire, die nach mehreren Seiten hin ausläßt, hat eine starke Aktualität; denn sie beleuchtet die Sorglosigkeit der mit der Beaufsichtigung der Kunstschätze beauftragten Persönlichkeiten und die Gleichgültigkeit verantwortlicher Kreise, die die Mona Lisa ihrer gefährlichen Einsamkeit überließen — also die Momente, die bei dieser neuen Sensation stark in die Wagschale fallen. In erster Linie freilich handelt es sich um eine Verpottung des Publikums einschließend der geeideten Kunstverständigen.

Wir geben hier zunächst die hübsche Einleitung wieder, die ebenso anschaulich wie launig schildert, wie der Diebstahl sich im Kopfe der Autoren malte, und wie er ähnlich vieldeutlich vor einigen Tagen wirklich erfolgt ist.

„Wir spazieren, Robert und ich, in den Sälen des Grand Musée auf und ab. Vor einem Wandgemälde hörte man von einer Gruppe Beschauder den Ausruf: „Gerrlich! La Joconda! Das ist sicherlich eine Million wert!“

Sollte man nicht länger diese Kostbarkeit bewundern? Wir blieben im Grand Musée bis nach Schluß.

Am Ritternacht befanden wir uns auf dem Hippodrom der Rue de Rivoli. Robin war bestrebt, mit einem Rodschuß seines Ueberziehers die Joconda zu verdecken.

„Schnell! schnell! fliehen wie! Der Museumsdirektor wird eine Untersuchung veranlassen — in 24 Stunden sind wir eingelockt.“

Verfluchtes Bild! An der Mauer schien es so klein und jetzt — unter dem Arme ist es riesig.

Wir konnten den Rest unerser Daseins nicht damit verbringen, Paris zu durchstreifen und dabei abwechselnd das Reiterwerk Leonardo da Vincis zu tragen. Wir befanden uns an der Place de l'Étoile. Es gelang mir, Robin zu überzeugen, daß es ein Gebot der Klugheit sei, unsre Beute sofort in meinem Hotelzimmer, Boulevard Magenta, unterzubringen. Auf der Place de la Concorde wollte Robin plötzlich nicht weiter. Er suchte mich zu überzeugen, daß nur eine einzige Lösung annehmbar sei: man müsse das Gemälde in meiner Dachstube in Auteuil verstecken.

Fünfundzwanzig durchschritt wir die Champs Élysées. Sobald wir uns dem Delikatsten näherten, entdeckte Robin einen spitzindigen Grund, der uns zwang, nach dem Etoile zurückzugehen. Sobald wir am Arc de Triomphe angelangt waren, erhob sich eine entscheidende Einwendung, auf welche hin wir wieder zur Place de la Concorde zurück mußten.

Der Tag hatte begonnen. An der Ecke der Avenue Alexandre 3 mußten wir tafelfähig nicht, welcher Entschluß zu fassen sei. Ein Mann mit einer Mütze, auf welcher man las: „Société nationale des beaux-arts“, näherte sich uns. Bevor wir unsre Kaltblütigkeit harten wiedererlangen können, nahm er Robin die Joconda ab.

„Ahal! Die Einwendungen für den Salon“, murmelte er. „Sie kommen sehr früh. Die Bureaus werden erst in zehn Minuten geöffnet. Na, macht ja nichts. Kommen Sie mit.“

Wir waren erschöpft. Wir fanden nicht die Kraft, den geringsten Einwand zu erheben.

Im Erdgeschoß des Grand Palais hielten sich andre Herren auf, die Bilder unter dem Arme trugen. Hatten sie sie selbst gemalt? Geheimnis!

An der Seite des Beamten betraten wir ein dunkles Zimmer, wo diese maßgebende Persönlichkeit ein Formular auszufüllen begann.

„Der Name des Künstlers? ... Ich lese B ... Wir ... Das heißt doch Vinci, nicht wahr? Jetzt den Namen des Wertes, bitte? Ein Frauenbildnis. Bildnis von Frau ... nun, wem?“

Er wünschte, daß einer von uns beiden ihm über diesen Punkt Gewißheit gebe. Ich schwieg. Robin zwang sich zu einer Antwort:

„H ... ah ... schreiben Sie einfach ein: Bildnis der Frau ...“

Der Diener befestigte auf dem Rahmen eine Ordnungsnummer 5231. Er gab uns eine gleiche Nummer. Er zeigte uns den Ausgang:

„Sie können nächsten Montag wiederkommen, um zu hören, ob Ihre Sendung angenommen ist.“

Die weitem Schicksale der Diebe und ihres Schatzes führen uns in das Allerheiligste der Furch des Salons. Robin und sein

Genosse müssen da eine Weile warten, bis die Prüfung erledigt ist, und der Diener macht ihnen wenig Hoffnung auf eine günstige Entscheidung. „Die Herren prüfen eben eingehend einige Bilder — ich fürchte, Sie haben wenig Chancen.“ Inbes: Herr Vinci hat Glück — von den 6243,43 Metern, die auf der Ausstellung mit Leinwand zu bedecken sind, sind 281,77 Meter nach frei. In diesem günstigen Moment kommt Nr. 5231 an die Reihe. Es paßt in den Raum, und der wohlwollende Diener kann den beiden Werbern die tröstliche, väterliche Auskunft geben: „Sehen Sie, Sie hatten keinen Grund, sich zu ängstigen — nun sind wir im Salon. Jetzt aber warten wir die Kritik ab.“ Und die Kritik tut ihre Schuldigkeit. Zwei Kritiker über das Porträt der „Mad J.“ von Vinci werden mitgeteilt; die eine von Herrn Pierre Lindulgent im Universt quodidien lautet: „Ich habe mich vergeblich vor dem Bild eines gewissen Hrn. Vinci aufgehalten, habe aber keine Vorgänge entdecken können. Zeitung ungenau, kolorit so ja.“ Der Kritiker Jean Sévère aber äußert sich im Quodidien unüberfeld: „Und endlich ein Bild von Madame J. ... an dessen unterm Rand ich ein Zeichen, Vinci, entziffert habe. Dieses Bild ist weder sehr gut, noch recht schlecht. Vielleicht wird dieser Anfänger später Besseres leisten. Wünschen wir es ...“ Ueber das Schicksal des Bildes aber entscheidet der Schluß der Ausstellung. Nachdem 60 000 Kunstliebhaber an dem Bilde des Herrn Vinci vorbeigegangen, ohne ihm einen Augenblick Beachtung zu schenken, sind die Diebe drauf und dran, das Gemälde davonzutragen. Aber in dem Moment, in dem sie sich mit dem Schatz entfernen wollen, kommt ihnen ein ganz kariert Herr entgegen und sagt ihnen auf englisch-französisch: „Das Bild, das Sie da tragen, kommt aus dem Großen Museum. Die Engländer sind genau so wie die Franzosen — wäre das Bild aus dem Britischen Museum, ich hätte es nicht gekannt. Aber die Bilder des Großen Museums von Paris kenne ich genau. Mit Ungeduld habe ich den Schluß der Ausstellung erwartet. Nehmen Sie dieses Bankbillet, eine Million. Die Million ist für Sie, das Bild für mich.“

Das Geschäft ist sofort geschlossen — Robin und sein Genosse aber fühlen das tiefe Bedürfnis, sich im Museum umzusehen: sie sind neugierig zu erfahren, wie man den Verlust dort auffaßt, um so mehr, als die Zeitungen nichts vom Verschwinden des Bildes berichtet haben. Und siehe da, das Bild ist gar nicht verschwunden. Es prangt an seiner alten Stelle; nur der Rahmen ist ein wenig neu, und die Farbe ein wenig frisch — sonst ist alles beim alten. Und eine Gruppe ruft genau so wie vor dem Diebstahl aus: „Gerrlich! Die Joconda! Das ist sicherlich eine Million wert!“

So weit die Dichtung — nun erwarten wir, wie das Leben dichten wird. Satire liegt ja auch genug in der Wirklichkeit! — nur ist bisher weniger Wis und gute Laune dabei.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 202.

Magdeburg, Mittwoch den 30. August 1911.

22. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Eine Ursache der Hollaussuche.

Sehr viele kleine Leute werden in der herrschenden Dürre dadurch geschädigt, daß ihre Mastschweine wegen der in vielen Orten ausgebrochenen Hollaussuche getötet werden müssen. Der Ursach, den die Schweineverderben bilden, steht vielfach nicht im rechten Verhältnis zum eigentlichen Werte. Die Ursache der Seuche ist zumeist in der Verfehlung des Brunnenwassers zu finden.

Nach Professor Kettensofer (München) sind die Bodenpartien, welche durch das Zurücktreten des Grundwassers wasserfrei werden, aber ein gewisses Quantum Humus in sich aufgenommen haben, der Sitz der Bakterien, welche nicht nur für Menschen, sondern auch für das Vieh gesundheitsgefährlich sind. Beobachtungen, welche bis 1904, dem Jahre großer Dürre, zurückzuführen, haben sehr merkwürdige Resultate ergeben. In Thale a. S. hat das obere Dorf Wasserleitung, das untere Dorf nicht. Im Unterdorf herrscht die Seuche, im Oberdorf ist nichts zu spüren. In einem der Elbdörfer wurde bei einem Bestand von sieben Schweinen eins getötet. Nachdem Regen- oder Flußwasser zur Fütterung verwendet wurde, konnten, trotzdem ringsherum alle Ställe verseucht waren, die übrigen sechs Stück erhalten bleiben.

Es wäre erwünscht, wenn die Veterinärbehörden weitgehendste Untersuchungen hierüber anstellten. Durch die Resultate könnte nicht nur den kleinen Leuten, die Schweine halten, viel genützt werden, der stets angeführte Grund zur Grenzsperrung könnte auch auf seine Verächtlichkeit gebracht werden. Doch das kostet Geld! Bis dahin heißt es aber: Wehrgelt diese Anregerung und verwendet zur Fütterung kein Brunnenwasser!

Brände auf dem Lande.

Während der großen Hitzeperiode dieses Jahres hat sich die Zahl der Brände ganz erschreckend vergrößert, und zwar namentlich auf dem flachen Lande. Es ist nicht zu verkennen, daß auch in den kleineren Ortsteilen für den Feuerdienst heute mehr getan wird als in vergangenen Zeiten. Trotzdem muß der, der die technische Leistungsfähigkeit der Gegenwart kennt, sagen, daß noch viel zu tun übrigbleibt, wenn man dem lässlichen Feuerdienst alle die Hilfsmittel zuführen will, über die unsere fortgeschrittene Technik verfügt.

Schon vor einer Reihe von Jahren hat der jetzige Berliner Branddirektor Reichel den sehr beachtenswerten Vorschlag gemacht, das Automobil systematisch zur Bekämpfung von Feuersnöten auf dem Lande zu verwenden. Er erkannte sehr richtig, daß es aus finanziellen Gründen den einzelnen Gemeinden schlechterdings unmöglich ist, alle die verhältnismäßig teuren Apparate anzuschaffen, die für eine wirklich wirksame Bekämpfung des gefährlichen Elements nötig sind. Deshalb noch vor ungefähr 15 Jahren eine Stadt wie Dresden keine Dampfströme, so daß die Feuerwehr bei dem Brande der berühmten Kreuzkirche an einer wichtigen Lösungszeit verhindert war. Und die motorischen Spritzen haben für die Bekämpfung stark entwickelter Brände eine sehr große Bedeutung. Gerade auf dem Lande, wo sehr viel Holz und andere brennbare Stoffe dem Feuer die reichste Nahrung geben, sind starke Abwehrmittel vonnöten. Gegen einen Dorfbrand oder einen Waldbrand sind unsere gewöhnlichen Dorfwehren buchstäblich wertlos; man kann es den Leuten nicht verdenken, wenn sie ihre Kräfte schonen und gar nicht erst den Versuch zum Lösen machen. Sie wissen aus Erfahrung, daß bei Großfeuer ihre Wassertrahler bezugslos sind, wie Topfen auf einer heißen Herdplatte. Hier ist die motorisch betriebene Pumpe das erforderliche Instrument. Aber, wie schon gesagt: die einzelne Gemeinde kann sich das nicht leisten.

Ein andres Gesicht gewinnt die Sache aber, wenn man die Vorschläge Reichels beachtet. Er schlug die Verbindung der Feuer-

wehrgänge mit dem Automobil vor und im Zusammenhang damit eine weitgehende Zentralisation der Hilfsmittel. Wenn wir bedenken, daß heute bis zur Mobilisierung einer ländlichen Feuerwehr reichlich 1/2 Stunde vergeht, ein Auto aber stündlich bequem 50 Kilometer fahren kann, so ergibt sich hieraus, daß einer ländlichen, ständig bereiten Feuerwehrgänge ein Wirkungskreis von 25 Kilometern im Umkreis zugewiesen werden kann, ohne daß an den entferntesten Stellen eine Verschlechterung in der Hilfsbereitschaft gegen jetzt zu verzeichnen wäre. Vorausgesetzt natürlich, daß man gleichzeitig dafür Sorge trägt, daß die Brandmeldung durch Telefon oder Telegraph rasch zur Erstattung gelangt. Aber da bestehen sicherlich keine technischen Hindernisse, sich für heute fast in jedes Dorf der Draht, man muß den vorhandenen Nachrichtenapparat nur sorgfältig ausbauen und bereitstellen. Diese Zentrale könnten dann natürlich bei weitem reichlicher ausgestattet werden als die örtlichen Feuerwehren der Gegenwart. Man könnte letztere dabei ruhig beibehalten und ihnen auch einige einfache Geräte belassen, sind doch auf jedem größeren Brandplatz eine große Zahl geübter und geschulter Hände sehr nötig. Den Gemeinden würde dann nur noch die Aufgabe obliegen, mehr als bisher für Wasserstellen zu sorgen. In den meisten Dörfern ist die Erfüllung dieser Voraussetzungen leicht möglich. Eine Verbesserung des Dorfwehrganges, die stellenweise Stellung des Dorfwehrganges, das Graben eines oder mehrerer tiefer, großer Brunnen in günstiger Lage, alles das ist möglich. Wirklicher Wassermangel, in dem Sinne, daß überhaupt kein Wasser zu erlangen ist, gehört zu den seltensten Ausnahmen; wenn man in Brandberichten davon liest, darf in den meisten Fällen ruhig angenommen werden, daß es an sich an Wasser nicht gefehlt hat, sondern an den Einrichtungen, das Wasser rasch genug und in genügender Menge an die Pumpen zu bringen. Die Automobilspritzen selbst sind heute technisch derartig durchgebildet, daß an ihrer Betriebssicherheit nicht mehr zu zweifeln ist. In sehr geschickter Weise hat man dabei Automobil und Dampfströme kombiniert: derselbe Motor, der das Auto vorwärts bewegt, wird nach einfacher Umschaltung dazu benützt, die Wasserpumpe zu treiben. Von den übrigen Hilfsmitteln der großstädtischen Feuerwehren wäre nur noch ein sehr großer Schlauchwagen nötig, der zweckmäßig auch mit einem größeren Wasserbehälter ausgerüstet wird, um schlimmstenfalls als Zubringer von weit entfernten Wasserstellen her zu dienen. Mechanische Leitern und dergleichen sind für den Landbetrieb im allgemeinen entbehrlich.

Wendet man, daß in den letzten Jahren die öffentlichen Feuerwehrgänge-Gesellschaften Deutschlands jährlich rund 60 Millionen Mark Schaden vergütet haben, der wirkliche Schaden also noch größer ist, so erhebt man, welche wirtschaftliche Bedeutung der Feuerdienst hat. Gelänge es, die Schadenssumme durch bessere Feuerwehren um ein Viertel zu mindern, so stünden jährlich 15 Millionen Mark zur Verfügung, oder bei 250 deutschen ländlichen Feuerwehrgängen (jede für ein Gebiet von etwa 2000 Quadratkilometern) 60 000 Mark für die einzelnen. Bestenfalls man die Ausgabe nur auf die Hälfte, so würden sich etwa 30 000 Mark für jede Zentrale ergeben, mit denen sich wohl auskommen ließe. Dann wären immer noch 7 Millionen Mark Nationalvermögen jährlich gerettet. Das ist natürlich eine ganz übersehliche Rechnung, die keinen Anspruch auf Genauigkeit erhebt. Sie ist nur aufgestellt, um in groben Umriß die Durchführbarkeit der erwähnten Gedanken zu zeigen.

Bevor eine derartig großzügige Organisation des Feuerwesens auf dem Lande auch nur Aussicht hat, in einigen Bezirken ernstlich erwogen zu werden, werden noch viele Landbewohner ihr Hab und Gut in Flammen aufgehen sehen. Kleinliche Feuerschutzvereine und Kirchturnspitzen treiben in den allermeisten Gemeindevorträgen ihr Unwesen.

Biederitz, 29. August. (Aus der letzten Gemeindevortrags-Sitzung.) Die Bauerlaubnis wird erteilt dem Schmied

August Schulze und dem Arzt Dr. Kemp hier, dem Bauunternehmer Edward Schilke, Weisleben, den Architekten Franke und Schindler und dem Arbeiter Otto Freyberg, Magdeburg, nach Hinterlegung der Straßenherstellungskosten. Die Grundsteuer ist von 3 auf 5 Mark erhöht worden. Die Anlegung eines Bürgersteiges hinter der Polizeistation Gutsverwaltung Heyrothsberge wird wegen Erweiterung der Straße zurückgestellt. Zur Beschäftigung der Konzeptionsvereins werden 20 Mark bewilligt. Der Antrag des Bauunternehmers wird von 45 auf 60 Mark erhöht. Der Antrag des Bauunternehmers Otto Freyberg geplante Wohnungsbau im Dachgeschoss wird nicht genehmigt. Der Beschluß stützt sich auf den im März gefassten Beschluß der besagte, daß bei Erbauung eines zweistöckigen Häusern für Wohnungen im Dachgeschoss die Bauverwaltung nicht erteilt wird. Dieser Beschluß hat aber bis jetzt weder beim Kreisaustrich noch bei der Regierung Unterstützung gefunden, hat also noch keine Gültigkeit. Man hat ja auch bei verschiedenen Anbauern von diesem Beschluß keinen Gebrauch gemacht. Bei der Sache muß man sich eines Ausspruchs des Herrn Weite erinnern: „Wir müssen soviel wie möglich verschütten, daß Arbeiterwohnungen gebaut werden. Daran kann uns nichts gelegen sein, die Arbeiter sollen der Gemeinde nur Geld.“ Dieser Ausspruch, mit dem offenbar der größte Teil der Gemeindevorträge jetzt noch einverstanden ist, erklärt vieles. Darum dieses Messen mit zweierlei Maß. Ob diese Handlungsweise die richtige ist, wird die Zeit lehren.

Groß-Otterleben, 29. August. (Gemeindevortrags-Sitzung.) Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokal der Witwe Nische eine öffentliche Gemeindevortrags-Sitzung mit folgender Tagesordnung statt: Vorlegung der Gemeindevortrags-Rechnung für 1910 sowie Wahl einer Revisionskommission; Kenntnisnahme von dem Schreiben der Bergmann-Elektrizitäts-Unternehmungen (Berlin) betreffend die Bahnverbindung Magdeburg-Groß-Otterleben und Beschlußfassung in dieser Sache; Anstellung des Nachschuymanns Ehrede; Verschiedenes.

Olvenstedt, 29. August. (Die Diphtheritis) wütet in unserm Orte. Die Ortsbehörde hat zur Bekämpfung die Schließung der Schulen auf unbestimmte Zeit verfügt und Tanzlustbarkeiten verboten. Da durch das Verbot der Tanzlustbarkeiten die gefährliche Kindererkrankung bekämpft werden kann, ist mindestens sehr zweifelhaft. Um Massenentartungen zu verhindern, müssen in unserm Orte noch andere Aufgaben erledigt werden. Seien wir uns nur einmal die Ebendorfer Straße an. Reicht ist das Ansehen nicht, unmöglich direkt das „Ansehen“. Es wird uns über durch die Ausbreitung des Grabens, dieser grauenhaften Kloake. Kein Fenster kann in diesen heißen Tagen an der Ebendorfer Straße geöffnet werden. Der gefährliche Gestank macht es unmöglich. Und die Wohnräume müssen doch gelüftet werden. Es wird dringend notwendig, den Graben abzudecken und diesen für die Bewohner so gesundheitsgefährlichen Zustand ein Ende zu machen. Zwar war man schon bemüht, durch Pflasterung des Grabensbettes dem Uebel abzuhelfen. Das genügt aber nicht mehr. Der Unrat sammelt sich trotzdem an und verbreitet Gestank und Krankheitskeime.

Ufen, 29. August. (Wohltätigkeit des Feuers Nacht.) wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht. Die Strohscheffel von Ernst Bruchhoff wurde in der Nacht zum Dienstag gegen 11 Uhr ein Raub der Flammen; an irgend welche Rettung war nicht zu denken, da das Feuer sich rasend schnell verbreitete. Unsere Feuerwehr hatte alle Mühe darauf zu verwenden, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Burg, 29. August. (Rüftung zur „Volksstimme“ Agitation.) Wie auf dem Lande, nicht ganz in demselben Umfang, so haben wir auch in Burg zum Sommer eine Abnahme von Abonnenten zu verzeichnen. Diese Abnahme zu beseitigen und den vorjährigen Stand nach bedenkend zu erhöhen, ist bisher immer im Herbst Absicht und Ergebnis der Zeitung-agitation gewesen. Daß das in diesem Herbst, dem Zeitpunkt unmittelbar vor der Reichstagswahl, erst recht der Fall sein muß, bedarf langer Erörterungen nicht. Es wird, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, der Einwand geltend gemacht werden können, allzuviel sei nicht mehr zu holen. Aber wie soll das „allzuviel“

Jungfer Mutter.

Eine Wiener Sonettgeschichte von Uda Christen.

(37. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Zur selben Stunde als die Hanne verstorbt und zerbrochen auf dem Hügel des Judengartens lauerte, lag in dem Zimmer der Rene auf dem graublauen Teppich mit den blauen Blümchen ein stiller Mann. Er hatte die Augen weit offen und starrte mit einem klagenden Blick ins Leere. Um seinen Mund stand ein ödes Lächeln, wie von einem Bildhauer häutig mit dem Daumen in weichen Lehm gedrückt, unfertig oder halb vermischt.

Aus der schmalen Brustwunde sickerte noch das Blut, als die Menschen in das blaue Zimmer stürzten und ihn tot fanden. Sein Taschmesser lag neben ihm, er hatte sich gut getroffen damit.

„Warum?“ fragten die Leute seine junge schöne Witwe.

Die Rene wurde bleich und rot, zitterte und kramelte ängstlich: „Weil ich ihm das sagen mußte, daß ich nimmer sein Weib sein kann, nachdem er meiner falschen Freundin ihr Schatz war. Ich hab ihm und ihr alles verziehen, aber vergessen kann ich es nicht.“

Am nächsten Morgen schickte sie den kleinen Volberl zu der falschen Freundin, um den letzten Willen des Sterbenden zu erfüllen, damit er nur gewiß rasch Ruhe fände in seinem Grabe.

Der junge Soldat hat die Geschichte seiner Eltern zu Ende gelesen, er dreht die Lampe aus und schaut hinaus zu der bleichen Mondscheibe, die in dem grauen Morgenhimmel verschwimmt.

„Jungfer Mutter!“ sagt er leise und weich. „Bist schon amter?“

„Du hab nicht g'lasen, Kind.“

„Und ganz g'nau hast Du dem „einamen Tragen“ die Geschichte erzählt?“

„Freilich. So wie's halt war. — G'fähr und g'fähr hat's selber auch viel. Dein Herr Vater hat er die längste Zeit mit ihm g'redt, besonders nach seiner schweren Krankheit. „All' Leut' im Haus hat er auch allezeit auf's G'fähr und über unser ganzes Haus ein großes Päck zusammengebracht, mir hat er extra das Päckchen mit dem Brief g'geben, aber ich kann's halt nicht lesen.“

Er richtet sich auf, sitzt eine Weile nachdenklich auf dem Rande seines Lagers, schlendert mit den Beinen langsam hin und her, wie er es als Bürschlein getan, wenn er über seine Aufgaben brüten mußte, nagt an dem kleinen Finger und dann sagt er langsam mit der sanft klingenden Stimme seiner schönen Mutter:

„Sie riechen noch allerweil, die Rosen von — ihr, aber — nimmermehr gut.“

„So mach's Fenster auf. Weilt, sie vertrocknen halt g'schwind, weil's auf lauter Draht g'bunden sein.“

„So wie die falschen Rosen, gelt?“ er nickt ernsthaft und kramert das Fenster, aber so als ob er etwas sehr Wichtiges täte, denn jetzt er sich wieder bedächtig auf sein Lager und betrachtet aufmerksam die Spitze von seinem kleinen Finger.

Ein dünner Nebel schwebt draußen über dem Hof; in dem magern Kastenbau zeigen die Zweige, sonst ist es still. Die feuchtkalte Morgenluft strömt in das Zimmer und verdrängt langsam den herben Rosenduft.

„Mutter! heut' schiden wir der „Frau Mutter“ ihren Putzen zurück!“

„Wann, mein Kind?“

„Weil ich nicht selbst damit hingehn mag — und weil ich mein Lebtag nimmer zu ihr geh!“

„Aber Sub! warum?“ kramert die Hanne erschreckt.

„Weil he gelogen hat, weil he gesagt hat, daß Du der Schatz von meinem Vater warst, Jungfer Mutter!“

Es ist mit einem Mal, als sei jeder Laut erstorben in der Natur und in den vier Wänden da. Und jetzt ein verächtliches, schwaches bitterliches Weinen — und gleich danach das atembare Säureigen wieder — und nun, jählings, ungenügend, unaufhaltend, ein widerstandsloses, befreiendes Schluchzen.

„O mein Herr und Gott! ... Leopold! ... Kind! ... Wer hat Dir die Wahrheit gesagt? ... Du bist der erste, der das weiß und glaubt! ... Wer hat Dir's g'sagt ... wer?“

„Ich geh! — Wer? — mein kleiner Finger — und der Volkswind —“ kramert der Leopold und dabei schaut er immer auf das Blüschlein, lächelt zufrieden und wirbelt beide Unter seinen Schaurfärchen recht selbstherrlich auf.

Die alte Junger bewegt lautlos die Lippen und weint noch immer vor sich hin.

„So liegt ein Schatten über dein trübes Gesicht. „Mutter nicht weinen,“ er deutet lässig hinaus zu der weißen Mond-

scheibe, die noch am Morgenhimmel steht, und seine Stimme zittert leicht. „Schau nur den Mond an, wie schneeweiß der geworden ist, siehst's, der schämt sich, daß die Leut' auf der Welt manchmal keine Augen und kein Hirn im Kopf haben, und 's Herz nur am Sonntag einhängen, wenn's ausgeht, weil wo was Besonders passieren könnt, wo sie's herzeigen müssen. — Mit den G'schichten, die sie alle Tag' sehn und mit denen sie alt werden, strengen sie sich nimmer an.“

„Hoh! zum Erschrecken ist Dir das, Du redst wie Dein selbiger Vater manchmal! — Aber glaub mir, mein Kind, es gibt auch viele gute, gute Leut' — ich hab's kennen g'lernt!“

„Du! — Kann schon sein! — Wenn's g'nug g'schickelt haben, und wenn man nichts braucht hat von ihnen, nachher sein's die Allerbesten. — Wer hat denn Dir geholfen?“

Der Leopold läßt seine zehn Finger rasch nacheinander kneten und hercht gebannt, dem Bettstirn zugewendet.

„Na,“ erwidert die Hanne, breit herzählend, „die Paternanzjünderin hat Dir ein Engelhupf g'macht, und der einame Spatz hat mir Deine Brief' vora'lesen und Dir genau so g'schrieben, wie ich's ihm angefragt hab, und nachher“, sagt sie sinnend.

„Nachher?“

„Unser Herrgott! der hat mich allerweil g'sund sein lassen, mir Arbeit' geben und Dich wieder heimg'schickt. Das andre hat halt so sein müssen.“

„Acht! Du redst wie die türkischen Wosniaken!“

„Ach red von meinem Herrgott!“ sagt die Hanne erstaunt und als ob sie etwas Unheiliges abwehren müßte.

„Na ja, freilich, der ist wer!“

„Hoh! ich hilt Dich um was,“ Klingt es leise herüber zu ihm durch das graue Dämmerlicht und den letzten fadenhauch der weißen Mosen.

„So? — Mich? — Du? — na was denn?“ fragt er und starrt auf den alten Bettstirn.

„Daß Du Deine Frau Mutter nicht verstoßen tuft, weil's aeloaen hat. Es könnt Dir Unglück bringen.“

Der Soldat springt auf, packt sich mit beiden Handflächen an den Schläfen und schüttelt so zwei, dreimal seinen eignen Kopf gewalttätig nach rechts und links.

„Schau, he ist halt doch Deine rechte Mutter!“ bittet er eindringlich aus dem dunkeln Winkel zu ihm,

„Sie soll meinen Vater wieder lebendig machen!“

Ende.

Bei der Firma Th. Freitag, Kridtstraße 22, sind am Montag vormittag Differenzen wegen schlechter Behandlung der Arbeiter durch den Firmeneinhaber ausgebrochen, die zur plötzlichen Entlassung von drei Arbeitern und eines Aufsehers führten. Alle Bemühungen der Verbandsleitung, die ausgebrochenen Differenzen wieder zu schlichten, schlugen an der Erregtheit des Firmeneinhabers fehl. Diese Erregtheit ging sogar so weit, daß der Firmeneinhaber einen mit seiner Namensunterschrift versehenen Tarif-Vertrag vor den Augen des Verbandsvertreeters während der Verhandlung organisierter Arbeiter wird Herrn Freitag beweisen, daß auch Arbeiter Anspruch auf eine menschenfreundliche Behandlung haben. Will er sich auf dieser Grundlage verständigen, sind die Arbeiter gern bereit dazu.

Flur- und Furchschäden bei Truppenübungen. Der Magistrat macht folgendes bekannt: Bei Gelegenheit der Herbstübungen sind eine Reihe von Flur- und Furchschäden für die verschiedenen Arten der zu schonenden oder von der Benutzung auszuscheidenden Grundstücke anzunehmen. Es sind nämlich zu machen durch Stangen mit schrägen Flügeln: alle Stellen, deren Vertreter mit Gefahr verbunden ist, z. B. Steilabfälle, Stämme, Grubenlöcher usw. sowie Grundstücke, die nach § 11 des Natural-Leistungs-Gesetzes überhaupt nicht betreten werden dürfen, insofern sie nicht ohne weiteres als solche zu erkennen sind, z. B. Gärten, Holzschonungen usw.; durch Stangen mit Strohweiden sind nämlich zu machen: alle vorzugsweise zu schonenden Ländereien, durch deren Betreten außerordentlich hohe Kosten für Flur- und Furchschäden entstehen, wie Saaträben, Samenfelder, Röhricht, Spargel- und Erdbeersfelder pp. Es ist häufig die irrige Ansicht verbreitet, daß nur die vorherige Anbringung der Strohweiden zum Anspruch auf Flur-Entschädigung berechtigt. Es werden daher stellenweise auf fast allen bebauten Grundstücken Warnungszeichen angebracht. Hierdurch wird es erschwert, die wirklich wertvollen Acker gleich zu erkennen. — Gleichzeitig wird zur weiteren Einschränkung der Flur- und Furchschäden auf folgendes hingewiesen: Das Betreten der bestellten Felder durch Zivilpersonen (Zuschauer) ist verboten. Zuwiderhandelnde können unter Umständen zur Verhaftung und zum Schadenersatz herangezogen werden. Bei Beschädigungen landwirtschaftlicher Grundstücke durch Truppenübungen begründet solche Arbeiten und Aufwendungen, von welchen die Beteiligten gewußt haben, daß sie durch diese Übungen in den nächsten Tagen zerstört werden müßten, einen Anspruch auf Entschädigung nicht.

Die trockne Dampfprize. Am Montag Abend geriet in der Schützenstraße das Holzgerüst einer Baugeschäfts-Laterne in Brand. Hellau loberte bereits die Flamme, und die liebe Jugend bemühte sich umsonst, das Feuer zu erlöchen. Es brannte lustig weiter, bis ein Fuhrmann kam, von seinem Wagen stieg und mit den Worten: „Man Platz da, jetzt kommt die Dampfprize!“ eine Schippe nahm und mit gewaltigem Schrei den „Herd“ des Brandes zerkümmerte. Auf dem gleichen trocknen Wege wurde die glimmende Laterne erstickt. Dann sagte der Kräftiger „Hilf!“ und fuhr vergnügt weiter.

Gradbrand. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr ist die freiwillige Feuerwehr des Stadtteils Cracau durch Fernsprecher nach der Königshornstraße gerufen worden, wo an der Eisenbahn zwischen Fort 10 und der Föhrerischen Bäckerei in einer Ausdachung das Glas in Brand geraten war. Das Feuer ist vermutlich durch Funken aus einer vorbeifahrenden Rangiermaschine entstanden und wurde durch die Feuerwehr gelöscht.

In eine peinliche Situation geriet am Dienstag früh 5 1/2 Uhr die Fahrgäste auf dem Breiten Weg. Bekanntlich treffen zwischen Ulrichstraße und Altem Markt von allen Richtungen um die angegebene Zeit die sogenannten Früh- oder Arbeiterzüge ein. Nachdem alle Wagen entgessert und die Fahrgäste umgeladelt sind, gibt ein Kontrolleur das Zeichen zum Abfahren. Als nun heute morgen die Zeit zum Abfahren schon verstrichen war, warteten alle Augen auf den Herrn Kontrolleur, doch — der kam nicht. Die Arbeiter wurden schon unruhig und glaubten zu spät an ihre Arbeitsstätte zu kommen. Kurz entschlossen rief ein Arbeiter „Abfahren!“ Sämtliche Wagen setzten sich hierauf in Bewegung, und in kurzer Zeit war der Breiten Weg leer. Wie sich nun herausstellte, hatte Herr Kontrolleur Jost die Zeit verpaßt. Erst nach etwa 2 Stunden wurde er sichtbar. Wie nun, wenn ein anderer Angestellter der Straßenbahn die Zeit verpaßt hätte? Dann würde er sicher entlassen. Bei Herrn Jost wird das nicht der Fall werden, und wir würden das auch nicht billigen. Aber warum werden denn von der Straßenbahn organisierte Angestellte erbarmungslos entlassen, wenn sie einmal die Zeit verpassen!

Unfall. Am Dienstag vormittag war dem Fleischergehilfen Söder auf dem Schlachthof bei der Arbeit das Messer ausgenutscht, wodurch er sich eine tiefe Fleischwunde am linken Oberarmteil beibrachte. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Verletzte nach dem Sudenburger Krankenhaus gebracht.

Gestohlen sind hier: innerhalb der letzten 14 Tage aus einer verschlossenen Wohnung am Körnerplatz 10 Paar Stiefel (3 Paar Herren-Zugstiefel, 1 Paar Schafstiefel, 6 Paar Damen-Anopstiefel) und 1 Paar Schuhe; am 25. in der Zeit von 10 bis gegen 12 Uhr vormittag in einer unverschlossenen Küche in der Artilleriestraße aus unverschlossener Küchenschrank eine silberne Damen-Memorialuhr mit Goldrand nebst langer Kette mit Schieber mit rotem Stein; in der Zeit vom 26. bis 28. in einem Neubau in der Halberstädter Straße unter erscheinenden Umständen mehreren Handvertern eine hell gestreifte englische Uhr, eine blaue Monteurjacke, eine blaue Leinwand, rot durchwirkte Weste, drei Anzeiger, ein Hammer, ein Zweimetermaß, ein Schraubenschlüssel (Engländer), eine Lederbörse und zwei Bleistifte; am 27. in der Zeit von 7 bis 8 Uhr morgens aus dem Flur des Hauses Jakobstraße 4 ein grauer Kinderwagen aus Holzgeleisch mit Gummirädern, Nickelbeschlag und einem Berd mit weißen Mullgardinen.

Ermittelter Dieb. Einem Zimmermann ist vor etwa 14 Tagen aus seiner damaligen Wohnung in der Kurfürstenstraße ein goldener Ring gestohlen worden. Als Dieb ist sein Schiffskollege, der Arbeiter Otto S., ermittelt. Der Ring ist wieder herbeigekauft.

Unterdrückung. Der Wägerei-Geselle Arno B. hat von seiner Meisterin in der Lübecker Straße am 27. d. M. 36 Mark erhalten, um den Betrag drei Nebengehilfen auszuzahlen. Er hat aber die Summe unterschlagen und ist verschwunden.

Verhaftet sind die Arbeiter Gustav S. und Franz R. von hier (Neustadt), die am 28. d. M. aus einem Garten in der Umfassungstraße etwa 15 Kilogramm Birnen und von dem Grundstück eines Landwirts Gurken im Werte von etwa 4 Mark entwendet haben. Birnen und Gurken haben sie verkauft. R. hat ferner vor etwa 4 Wochen mit dem Arbeiter Gustav M. aus einem Hausflur in der Umfassungstraße einen Zentner Kartoffeln gestohlen.

Konzerte, Theater, Sport etc.

Viktoria-Theater. Die letzte Vorstellung im Viktoria-Theater ist am Donnerstag, und zwar wie bereits angekündigt, für Herrn Alfred Habel zum Verzeß. Zur Aufführung kommt die bekannte Detektiv-Romandie „Sherlock Holmes“, in welcher Herr Habel die Hauptrolle spielt. Die noch ausstehenden Duzenkarten müssen bis morgen verwendet werden, da dieselben mit genanntem Tage ihre Gültigkeit verlieren.

Sirkus-Theater. Wie wir bereits mitgeteilt haben, findet am Sonnabend den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, die Eröffnung statt mit dem Ensemble-Gastspiel des „Modernen Theaters“ Berlin. Zur Aufführung gelangt die überall mit so großem Beifall aufgenommene Bauernkomödie „Erster Klasse“ von Ludwig Thoma, dem bestbekanntesten Mitarbeiter des „Simplicissimus“. Ferner zwei lustige Einakter, betitelt „Cousin Pamponette“ von Weinzierl und Grünwald und „Kollegen“ von Anni Neumann-Hofer. Der Vorverkauf für Sonnabend hat bereits begonnen. Billette sind zu haben im Zigarrengeschäft von Jacobs, Ulrichsbogen, sowie abends an der Theaterkasse.

Nur noch 1 Tag

liegen in Baden die

Wählerlisten

zur Stadtverordnetenwahl im Rathaus und Eintragungsscheine zur Kontrolle der Wählerlisten durch beauftragte Personen sind wie immer bei allen Vertrauensleuten zu haben, außerdem beim Bezirksleiter Otto Kleeß, Marktstraße 10, bei Westphal in der „Thalla“ und im Restaurant von Fabner, Sudenburger Straße.

Rechtlich Wahlberechtigter veräume die persönliche Aufnahme in die Wählerliste oder die Einzeichnung in die Kontrolllisten.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 27. August 1911.

Vorsitzender: Stadtrat Sahm. Beisitzer der Arbeitgeber: Speidter Erlede, Zigarrenfabrikant Kleeß junior; Beisitzer der Arbeitnehmer: Drahtweber Matthies, Bohrer Willborn.

Verstittene Abmachungen. Der Zigarrenmacher H. Nag: gegen den Zigarrenfabrikanten Wehler für 2 Wochen auf 1.60 Mark Entschädigung für sogenannte Rauchzigarren, im ganzen auf 85,70 Mark. Der Beklagte weigert sich, zu zahlen, da er bei dem Engagement des Klägers gesagt habe, daß in seinem Geschäft keine Kündigung bestiehe. Diese Behauptung stellt der Kläger in Abrede. Niemand hätte er seine frühere Stellung, wo er eine tägliche Kündigung hatte, aufgegeben, wenn er in der neuen Stellung nicht dieselbe Kündigungsfrist gehabt hätte. Bei den beiderseitigen Abmachungen sind Zeugen nicht zugegen gewesen und es bleibt als Beweismittel nur der Eid. Da der Kläger beschwört, daß ihm der Beklagte bei seinem Austritt nicht gesagt hat, es gibt bei ihm keine Kündigung, wird B. verurteilt, an den Kläger 85,70 Mark zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Vom Streit in der Hafenschule. Wegen 64 Mark Lohn und 11 Mark Reiseentschädigung klagt der Untermeister K. gegen den Direktor Bergmann. Der Vertreter des Klägers begründet die Klage folgendermaßen: Im Dezember h. J. erschien in der „Mühle“ ein Inseerat der Firma, worin ein Wagenführer geschäftig wurde. Daraufhin meldete sich der Kläger. Von der Firma wurde seine persönliche Vorstellung am 1. Januar d. J. gewünscht. Bei dieser Vorstellung wurde der Arbeitsvertrag zum 15. Januar perfekt. Am 3. Januar reichte das Personal der Firma verschiedene Forderungen ein, die aber nicht akzeptiert wurden, worauf am 7. Januar die Arbeiter in den Ausstand traten. Am gleichen Tage schrieb die Firma an den Kläger, daß ein Wagenführer arbeitsunfähig geworden wäre und der Kläger bereits am 9. Januar seine Stellung antreten möge. Dem ist er auch nachgegangen. Als er aber kurz nach seinem Austritt merkte, daß bei der Firma ein Streit ausgebrochen war, sei er am anderen Tage, trotzdem er nicht organisiert war, nicht wieder zur Arbeit gegangen, um seinen Arbeitskollegen nicht in den Mägen zu fallen. Er hält seine Forderung deshalb für berechtigt, da ihn die Firma abzüglich getauht habe. Wäre ihm mitgeteilt worden, daß bei ihr gestreikt würde, hätte er seine alte, gut bezahlte Stellung nicht aufgegeben. Der Direktor Bergmann stellt in einer längeren Rede, gepiekt mit drastischen Ausfällen gegen die moderne Arbeiterbewegung, den größten Teil der Begründung der Klage als unwahr hin. Noch niemals haben in seinem Betriebe die Arbeiter Forderungen gestellt. Nur die „Kartelleitung“ habe sich an seine Leute herangedrängt und sie gegen die Firma aufgehetzt. Er sei stolz darauf, daß er mit seinen Arbeitern noch niemals Differenzen gehabt habe. Seine Arbeiter brauchten keine Vormünder, deshalb gingen ihn auch ihre Organisationen nichts an. Trotzdem würde er aber nicht ruhen, bis sich die ganze Müllerei, d. h. die Arbeitgeber, organisiert hätten. Von einem Streik konnte er dem Kläger nichts mitteilen, da bei ihm keiner ausgebrochen war. Nur ein Teil der Leute, die keine Lust zum Arbeiten hatten, seien nicht wiedergekommen. Er habe gar nichts dagegen, wenn sich seine Arbeiter organisierten; nur nicht da, wo die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufgehetzt würden. Der Vertreter des Klägers trat nochmals für die Klageforderung ein und wies den Beklagten darauf hin, daß in seinem Betriebe schon längere Zeit Differenzen bestanden, in deren Verlauf er sich des öftern geäußert habe, daß er keine Organisation wolle. Der Arbeitsvertrag ist deshalb unter einer abtätlichen Täuschung des Klägers zustande gekommen. Im längeren Verlauf der Verhandlung erkennt der Beklagte die Forderung von 11 Mark für Reiseentschädigung an, die aus dem persönlichen Vorstellungsverbanden entstanden ist. Im übrigen wird die Klage auf Kosten des Klägers abgewiesen, da der Arbeitsvertrag schon am 1. Januar zum 15. Januar abgeschlossen war und demnach von keiner Täuschung der Firma dem Kläger gegenüber die Rede sein könne.

Ein farfsinniger Arbeitgeber. Drei Bauarbeiter klagten gegen den Bauunternehmer Wille in Groß-Otterleben wegen rückständigen Lohnes und Lohn für den angefangenen Arbeitstag, und zwar einer auf 14,25 Mark und zwei auf je 14,50 Mark und Kündigungs ihrer Papiere. Als die drei Arbeiter eines Morgens in Selbst zur Arbeit kamen, trat der Kolier auf sie zu und teilte ihnen mit, daß sie aufhören müßten. Die Papiere wurden ihnen aber nicht ausgehändigt. Auch dann nicht, als der Beklagte 1 1/2 Stunden später auf dem Bau erschien. Der Beklagte weigert sich, den angefangenen Tag zu bezahlen, da die Arbeiter ohne Kündigung bei ihm ständen und er sie deshalb jederzeit entlassen könne. Das Geld und die Papiere hätten sich die Kläger von dem Kolier holen können. Es wurde ihm vom Gericht jedoch bedeutet, daß es nicht angeht, sei die Arbeiter von Groß-Otterleben nach Salka zur Arbeit gehen zu lassen und sie dann zu entlassen, zumal er dieser Entschluß am Tage zuvor dem Kolier mitgeteilt habe. Da sich der Beklagte vom Gericht nicht belehren läßt, daß er sich im Unrecht befindet und deshalb die Forderung anerkennen soll, wird er kostenpflichtig verurteilt, an die Kläger den geforderten Betrag zu zahlen und die Papiere auszuhändigen.

Letzte Nachrichten.

Vc. Brüssel, 29. August. Die Versuche des Gelehrten Dr. Doyen mit seinem neuen Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche sind bisher von Erfolg gezeigten. Das erste Ergebnis seiner Untersuchungen ist gestern bekannt geworden. Alle Tiere, die mit dem neuen Mittel behandelt wurden, wurden vollständig hergestellt.

Hd. Worms, 29. August. Der Kreis Worms ist gestern von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht worden. Durch einen Wolkenbruch wurden die Straßen einzelner Ortschaften meterhoch unter Wasser gesetzt. Die Keller blieben große Seen. Ganze Weinberge und Baumplantagen rief das Wasser mit fort. Hunderte Schaf Vieh sind ertrunken. Viele Gebäude sind eingestürzt. Besonders schwer beschädigt wurden die Kuranlagen im Schlangenbad.

Wb. Lagen, 29. August. Gestern vormittag wurden die beiden drei und fünf Jahre alten Töchter des Arbeiters Hübner in Duesel beim Spielen in einer Sandgrube von losgelassenen Erdmassen verschüttet und getötet.

*** Feuerstein, 29. August.** Bei Umbauten im Hause des Landwirts Sprenger in Feuerstein bei Bissa stürzte das Haus ein. Dabei wurde der etwa 20jährige Sohn des Sprenger getötet und ein Mauerlehrling schwer verletzt. Ein anderer Maurer sowie die Frau des Sprenger wurden leicht verletzt.

Vc. Marseille, 29. August. Nachdem erst kürzlich aus der Villa Carlotta am Comer See eine wertvolle Kopie der Mona Lisa gestohlen worden ist, hat man nun auch im hiesigen Museum die Feststellung machen müssen, daß die von dem berühmten französischen Maler Ingres hergestellte sehr gute Kopie der Gioconda ebenfalls verschunden ist. Eine Untersuchung wurde bereits eingeleitet, hat aber ebenso wie bei dem Louvre Diebstahl zu einem negativen Resultat geführt.

Wb. Paris, 29. August. Auf dem Markte in Vrest nahmen die Hausfrauen eine drohende Haltung gegen die Händler an, so daß diese genötigt waren, die Butter- und Eierpreise bedeutend herabzusetzen. Aus verschiedenen anderen Orten werden ebenfalls Kundgebungen der Hausfrauen gemeldet.

Wb. Paris, 29. August. 17 Mitglieder des Arbeiterschiedsgerichts für das Baugewerbe, die öffentlich und schriftlich mit den in der Angelegenheit des „Sou du Soldat“ verfolgten Sekretären des Verbandes der Bauarbeiter sich solidarisch erklärt haben, sind von der Staatsanwaltschaft aufgefordert worden, über ihr Verhalten Aufklärung zu geben. Hierauf haben 63 andere Mitglieder des Arbeiterschiedsgerichts beschlossen, sich ebenfalls mit den verfolgten Sekretären für solidarisch zu erklären.

Hd. Paris, 29. August. Wie aus Perpignan berichtet wird, sind gestern zwei Choleraerkrankungen festgestellt worden.

Wb. Paris, 29. August. Ein Mitarbeiter des „Paris Journal“ teilt mit, ein Unbekannter habe ihm eine Kiste übergeben, die er vor einiger Zeit im Louvre gestohlen habe. Der Unbekannte erzählt, er habe seit dem März 1907 im Louvre hier derartige Diebstähle begangen. Der Konservator der ägyptischen Altertümer des Louvres habe die Kiste tatsächlich als Eigentum des Museums erkannt.

Wb. London, 29. August. Wie Lloyd's Agentur aus Antofagasta meldet, ist der Hamburger Biermaler „Thella“ auf der Fahrt von Cardiff nach Valparaiso in der Lemairestraße (Feuerland) gestrandet. Neun Mann der Besatzung wurden von einem anderen deutschen Schiff gerettet und in Antofagasta gelandet; der Verbleib des Restes der Besatzung ist unbekannt. Ferner soll ein Schiff unbekanntem Namens in der Lemairestraße gestrandet sein. Das Schicksal der Mannschaft ist unbekannt; doch sind Leute an der Küste gesehen worden.

Hd. Innsbruck, 29. August. Die hiesigen sozialistischen Eisenbahner protestierten in einer Versammlung gegen die Maßnahmen der österreichischen Regierung, wodurch die Einfuhr argentinischen Fleisches untersagt wird. Die Eisenbahner geben die Parole aus, daß, wenn die Regierung diese Einfuhr bis Ende September nicht wieder freigebe, auf 41 österreichischen Bahnen mit der passiven Resistenz eingesezt werden solle.

Hd. Prag, 29. August. In dem Schnellzuge Budapest-Kronstadt wurde der Pferdehändler Stephan Foghocz von vier Männern überfallen. Sie warfen ihm ein mit Chloroform getränktes Tuch über den Kopf und raubten ihm, nachdem er betäubt war, die Brieftasche mit 2400 Kronen sowie seine goldene Uhr und Kette. Der Gendarmen, die sofort umfangreiche Nachforschungen anstellte, gelang es, einen der Diebe in der Person des internationalen Taschendiebes Scheiber zu verhaften.

Vc. Le Mans, 29. August. Bei dem hier abgehaltenen Flugmeeting kam es gestern zu einem schweren Unfall. Als die Fliegerin Helene Dutriez einen Aufstieg mit dem Präsidenten des Aeroklubs der Marne, Herrn Leon Bollée, als Passagier unternahm, stieß der Doppeldecker bei einer Wendung gegen einen Baum und überschlug sich. Beide Insassen fürzten herab, kamen jedoch ohne ernstliche Verletzungen davon. Die herabfallenden Trümmer des Apparats fielen mitten in eine Zuschauermenge, wodurch 20 Personen schwer verletzt wurden.

Hd. Teheran, 29. August. Das Ministerium hat gestern demissioniert, angeblich, weil ein neues Wahlgesetz ohne seine Zustimmung angenommen worden sei; wahrscheinlich aber wegen der allgemeinen Lage, die immer verwickelter wird. Zwischen dem Parlament und dem Kabinett, dessen Entlassungsgesuch noch nicht angenommen worden ist, herrscht Mißstimmung. Die Regierungstruppen erlitten unweit Semnan durch die Vorhut Arschad ed Daulsch eine Schlappe.

Wb. Petersburg, 29. August. Gestern Abend stürzte der Vlierist-Flieger Leutnant Polotzin mit einem Apparat so unglücklich, daß er in der Nacht gestorben ist.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 30. August: Zeitweise wolfig, vorwiegend trocken, mäßig warm.

Waren, mit deren Qualität Sie nicht zufrieden sein sollten, nehme sofort ohne weiteres gegen vollen Betrag retour!

Hausfrauen versuchen Sie bitte **Knäusels Tafel-Butter** **1/2 Pfund** mit 5% Rabatt **68** Pfg. **Knäusels** weltberühmten **Wähle selbst** **1/2 Pfund** mit 5% Rabatt **48** Pfg. **Molkerei-Butter-Ersatz** **Wähle selbst** **1/2 Pfund** mit 5% Rabatt **48** Pfg. **Alpen-Limburger** **1 Pfund** mit 5% Rabatt **50** Pfg. **Schweizerkäse** **1 Pfund** mit 5% Rabatt **110** Pfg. **Tilsiter** **1 Pfund** mit 5% Rabatt **80** Pfg. **Eier** **1 Dutzend** mit 5% Rabatt **85** u. **115** Pfg. **Speck** **1 Pfund** mit 5% Rabatt **70** Pfg. **Honigersatz** **1 Pfund** mit 5% Rabatt **40** Pfg. **Zitronen** **3 Stück** mit 5% Rabatt **20** Pfg. **Korb-Käse** **1 Pfund** mit 5% Rabatt **25** Pfg. **Albert Knäusel, Jakobstr. 50**

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

Der vorgerückten Saison wegen bringen wir grosse Posten **Kostümröcke** aus Waschestoffen, schwarz und creme Wollstoffen sowie Wollstoffen in englischem Geschmack, in allen Grössen u. mod. Fassons **bis zur Hälfte im Preise ermässigt zum Verkauf**

Beachten Sie unsre Schaufenster Alter Markt

Konsumverein

für Magdeburg und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

- Ganz vorzüglich kochende Speisekartoffeln.
- Alkoholfreie Getränke aus chemisch reinem, destilliertem Wasser Selterwasser, Brauselimonaden mit Waldmeister- und Himbeergeschmack, Champagnerweisse, Sinalco Dem Publikum gegenwärtig sehr zu empfehlen!
- Koch- und Ebbirnen billigst.
- Molkerei-Butter, im Preise äusserst billig gestellt.
- Margarine, nur erste Marken Pflanzen-Margarine „Sanella“ und „Rheimsa“ Apfel-Marmelade, gemischte Marmelade, Zitronatrup Konsumtrup, Rübensaft, gar. reiner Honig, Kunsthonig.
- Kondensierte Milch.

Zur Lieferung von Hausbrand-Briketts
bester Qualität halten wir uns empfohlen. Vorrat besteht wenig Mühselig, Kohlen aus Böhmen heranzubekommen. Wegen Lieferung des Heizungsmaterials für den Winter werden wir unsern Mitgliedern zu gegebener Zeit schon noch Vorschläge machen, wir bitten darum, etwaige Aufträge für uns rezerbiert zu halten.

Ist Ihr Fahrrad reparaturbedürftig? Näht Ihre Nähmaschine nicht? **A. ROSE** Magdeburg, Breiteweg 264

Stadt-Theater
Freitag den 1. September
Anfang 7 Uhr. 1. Abonnements-Vorstellung (graue Karten). Ende nach 11 Uhr.
Die Walfire.
Sonnabend den 2. September
Anfang 7 1/2 Uhr. 2. Abonnements-Vorstellung (graue Karten). Ende gegen 10 1/2 Uhr.
Das Glas Wasser.
Sonntag den 3. September
Anfang 3 Uhr. 1. Volksvorstellung. Ende nach 5 Uhr.
Hagemanns Tochter.
Anfang 7 1/2 Uhr. 3. Abonnements-Vorstellung (grüne Karten). Ende 10 1/2 Uhr.
Wignon.

Stephanshallen
— Dir. Rich. Froherz. —
Abends 8 Uhr 3855
Variété-Vorstellung.
Streng dezentes Programm für Familien-Publikum.
Vorzeiger dieser Annonce hat an einem Wochentag freien Eintritt.
Mittwoch
Burg Frische Würst
5482 Carl Jesse.

ZENTRAL-THEATER.
Freitag: 8848
Eröffnungs-Vorstellung der V. Spezialitäten-Saison mit einem **Riefenprogramm.**
Vorverkauf ab Mittwoch 10-1 vorm., 5-7 nachm.

Viktoria-Theater
Mittwoch den 30. August
Grafzer durchschlagender Erfolg:
Das Prinzchen.
Donnerstag den 31. August
Sechste Vorstellung!
Benefit für Alfred Habel
Sherlock Holmes
Wilhelm-Theater.
Sonntag d. 3. Septbr.
Eröffnungs-Vorstellung!
Gr. Operetten-Komiker
Der lustige Kakadu.
Vorverkauf tägl. von 10 bis 1 Uhr.

Tonbild-Theater Schönebeck
Bahnhofstrasse.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend neues Programm
Erstklassige Erklärung
Täglich von 4 Uhr nachm. bis 11 Uhr abends geöffnet
Sonnabends von 3 Uhr an
Um gütige Unterstützung bittet **Die Direktion: M. Baudt**

Plötzlich und unerwartet verchied unser hochverehrter Chef, der Fabrikbesitzer Herr **Hugo Voigt**
Wir verlieren in ihm einen gerechten Arbeitgeber und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Das Fabrikpersonal der Firma Voigt & Co. Magdeburg-Sudenburg.

Zwei mit gefärbte neue **Brautbetten** zum **Prüfieren** in und ausser dem Hause empfohlen sind für 39 Mark zu verkaufen **Charlotte Düster, Fermers-Mittagstraße 42, part. 952** leben, Schönebecker Straße 8.

Ortskrankenkasse für die im Maurer- und Baugewerk beschäftigten Personen zu Magdeburg.
Am Montag den 11. September cr., abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Halbjahrsbericht.
2. Berichterstattung von den Generalversammlungen in Nördern-Lieben und Dresden.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
H. Diez, Vorsitzender.

Fermersleben.
Mittwoch den 30. August, abends 8 1/2 Uhr
Öffentliche Volksversammlung
im Stillerschen Lokal in Fermersleben.
Tagesordnung:
Die Nahrungsmittelverteuerung.
Referent: Arbeitersekretär **Carl Mössinger.**
Es wird erwartet, dass die Gemeindefraktion zahlreich in dieser Versammlung erscheint.
J. A.: R. Richter.

Burg!
Lichtspiele.
Morgen Mittwoch:
Neuer Spielplan.

Belgische Komödie, komische Reue, erregendes Lebensbild, Reue, die Reue, komisch, 30 Teil, komische Entlage, Gedanke unter Händen, Episode nach einer neuen Gegenüberstellung aus dem deutsch-französischen Krieg 1870-71.
In den Nachmittagsvorstellungen diese Entlage.
Es sollte niemand dieses mit besonderer Sorgfalt zusammengefasste Programm verpassen, da es in allen Teilen für jeden einen neuen Blick.
Otto Wohlfarth.

Perfekter Durchnäher
für die Ter-Allianz-Maschine wird zum sofortigen Eintritt gesucht.
3535
Haasa & Raß, Schuhfabrik, Nowawas bei Berlin.

Neuhalbensleben
Jeden **Schlachtfest!**
Donnerstag: **Otto Ebeling, Holzmart 30**
Arbeiterin für Holzspanieren
Hof, gelehrt Halberstädter Str. 110b.

Kaiser-Theater
Heute Fortsetzung der **Detektiv-Serien**
Die **schwarze Kappe**
Sherlock Holmes